



Niederschrift

Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss

20. Wahlperiode – 62. Sitzung

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 100. Sitzung

am Mittwoch, dem 2. Juli 2025, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses

Claus Christian Claussen (CDU), Vorsitzender
Andreas Hein (CDU)
Lukas Kilian (CDU)
Peer Knöfler (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), i. V. von Nelly Waldeck
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Thomas Hölck (SPD)
Kianusch Stender (SPD)
Dr. Bernd Buchholz (FDP)
Sybilla Nitsch (SSW)

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender
Michel Deckmann (CDU)
Rixa Kleinschmit (CDU)
Tobias Koch (CDU), i. V. von Ole-Christopher Plambeck
Sönke Siebke (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)

Fehlende Abgeordnete

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Annabell Krämer (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung betreffend Wandelanleihe und TCTF-Förderung gegenüber Northvolt	4
Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 20/4137	
Antrag des Abgeordneten Kianusch Stender (SPD) und der Abgeordneten Beate Raudies (SPD) auf Entstufung weiterer Akten Umdruck 20/4964	
2. Bericht der Landesregierung zur Berichterstattung eines Übernahmeangebots für Northvolt	52
Antrag des Abgeordneten Kianusch Stender (SPD) und der Abgeordneten Beate Raudies (SPD) Umdruck 20/4944	
3. Verschiedenes	53

Der Vorsitzende des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses, Abgeordneter Claussen, eröffnet die gemeinsame Sitzung des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses und des Finanzausschusses um 10:05 Uhr. Für beide Ausschüsse wird die Beschlussfähigkeit festgestellt; die Ausschüsse billigen die Tagesordnung jeweils einstimmig in der vorstehenden Fassung.

Beide Ausschüsse beschließen jeweils einstimmig, den [Umdruck 20/4947](#) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und seine Inhalte geheim zu halten.

1. Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung betreffend Wandelanleihe und TCTF-Förderung gegenüber Northvolt

Antrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 20/4137](#)

hierzu: [Umdrucke 20/3493](#) (vertraulich), [20/3679](#) (vertraulich),
[20/3796](#) (vertraulich), [20/3893](#) (vertraulich),
[20/4043](#) (vertraulich), [20/4062](#) (vertraulich),
[20/4115](#), [20/4137](#), [20/4138](#), [20/4211](#), [20/4216](#),
[20/4348](#), [20/4480](#), [20/4481](#), [20/4493](#), [20/4545](#),
[20/4560](#), [20/4561](#) (vertraulich), [20/4575](#), [20/4589](#),
[20/4591](#) (neu), [20/4646](#), [20/4656](#), [20/4657](#),
[20/4658](#), [20/4672](#), [20/4675](#), [20/4679](#), [20/4687](#)
(vertraulich), [20/4748](#) (neu – 2. Fassung),
[20/4804](#), [20/4806](#) (neu – 2. Fassung), [20/4807](#)
(vertraulich), [20/4828](#), [20/4832](#), [20/4839](#) (neu),
[20/4867](#) (neu), [20/4892](#), [20/4895](#) (nicht öffentlich),
[20/4933](#), [20/4941](#), [20/4945](#), [20/4947](#) (vertraulich),
[20/4955](#)

Antrag des Abgeordneten Kianusch Stender (SPD) und der Abgeordneten Beate Raudies (SPD) auf Entstufung weiterer Akten
[Umdruck 20/4964](#)

Auf Antrag des Abgeordneten Stender beschließen die Ausschüsse einstimmig, dass über die Beratungen zu Tagesordnungspunkt 1 ein Wortprotokoll geführt wird. Die gefassten Beschlüsse und Bitten an die Landesregierung, die sich im Folgenden auch wörtlich protokolliert finden, lauten zusammengefasst:

- Einstimmig nimmt der Finanzausschuss die zu Tagesordnungspunkt 1 seit der letzten Beratung verteilten [Umdrucke 20/4892](#), [20/4941](#), [20/4945](#), [20/4947](#) (vertraulich), 20/4933, 20/4955 zur Kenntnis.
- Jeweils einstimmig stimmen sowohl der Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss als auch der Finanzausschuss dem Antrag der SPD auf Entstufung weiterer Northvolt-Aktenbestandteile entsprechend [Umdruck 20/4964](#) zu.
- Abgeordneter Dr. Buchholz bittet die Landesregierung, Schwärzungen in den bisherigen Tranchen zur Veröffentlichung von Northvolt-Akten zu entfernen, die sich nach Veröffentlichung des PwC-Gutachtens ([Umdruck 20/4945](#)) erübrigten.
- Die Mitglieder beider Ausschüsse stimmen jeweils einstimmig dem mündlichen Antrag des Abgeordneten Dr. Buchholz auf Entstufung des vertraulichen Teils der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung vom 12. Juli 2023 ebenso zu wie seinem mündlichen Antrag auf Entstufung sämtlicher Umdrucke, mit denen der Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss und der Finanzausschuss zu Northvolt bis zur Entscheidung im Januar 2024 unterrichtet worden seien, insbesondere der vertraulichen [Umdrucke 20/1779](#), [20/1841](#), [20/2366](#) und 20/2571.
- Die Ausschüsse folgen dem Vorschlag der Abgeordneten Nitsch, dass zur Strukturierung der weiteren Diskussion, Themenblöcke bestimmt werden, und der Ergänzung des Abgeordneten Dr. Buchholz, den Schwerpunkt der heutigen Beratung auf das PwC-Gutachten zu legen.
- Der Chef der Staatskanzlei und Minister Schrödter, Wirtschaftsminister Madsen und Finanzministerin Schneider erklären ihre Bereitschaft, infolge der teilweisen Veröffentlichung des PwC-Gutachtens alle im Antrag auf Einberufung des Einigungsausschusses geforderten Entschwärzungen vorzunehmen.
- Am Ende der Sitzung, unter „Verschiedenes“, bittet die Landesregierung die Antragsteller mitzuteilen, ob die Sitzung des Parlamentarischen Einigungsausschusses Ende dieser Woche vor dem Hintergrund der heutigen Sitzung entfallen könne. – Abgeordneter Stender sagt zu, die Antwort kurzfristig im Nachgang zur Sitzung zu geben.

Vorsitzender Claussen:

Es gibt einen Antrag der Abgeordneten Raudies und Stender zur Entstufung weiterer Akten. Der Kollege Stender hat sich schon gemeldet, weil er diesen begründen möchte.

Kianusch Stender [SPD]:

Zu dem Antrag, den wir gestellt haben, [Um-druck 20/4964](#), ist gar nicht so viel zu sagen. Es geht einfach um weitere Akten, die wir gesehen haben und von denen wir glauben, dass die Öffentlichkeit ein Interesse daran hat. Wir bitten darum, dass der Ausschuss mit demselben Wohlwollen wie bisher der Entstufung zustimmt.

Aber noch ein paar Worte vorab zu dem Tagesordnungspunkt, den wir auch beantragt haben: Nun ist das PwC-Gutachten da, und das ist gut so. Über Pressestatements hat die Debatte dazu begonnen, und darauf möchte ich gerne direkt eingehen.

Das Problem an der Frage: „Wie hätten Sie denn entschieden?“ oder „Hätten Sie anders entschieden?“, was ich noch aus der letzten Ausschusssitzung im Kopf habe, ist die Frage an sich. Die Tatsache, dass wir hier beieinandersitzen und diese Frage im Raum steht, ist das Problem. Denn diese Frage ist die Konsequenz des schicksalhaften Fehlers dieser Landesregierung. Sie hat beschlossen, dem Landtag und nebenbei übrigens auch dem Landesrechnungshof das PwC-Gutachten samt Risikoabwägung nicht zur Verfügung zu stellen.

Wir könnten jetzt über soundso viel Prozent Ausfallwahrscheinlichkeit, über die dünne Datengrundlage des Gutachtens oder die Doppelrolle der PwC-Gutachter diskutieren. Das sind alles richtige und wichtige Diskussionen, die zu führen sind, auch hier im Ausschuss. Doch über all dem schwebt meiner Meinung nach, wenn man einmal genauer hinguckt, eine ganz andere Frage, und zwar: Wer hat mit welcher Begründung entschieden, dem Landtag und ganz nebenbei auch dem Landesrechnungshof dieses Gutachten mit der Risikoabwägung vor dem notwendigen Beschluss im Ausschuss nicht zur Verfügung zu stellen?

Wir haben in diesem Aktenvorlagebegehren herausgearbeitet – Sie sagen es selber –: Das PwC-Gutachten war die zentrale Entscheidungsgrundlage der Landesregierung. – Wir als Opposition haben kritisiert, dass die Landesregierung mit den kritischen und warnenden

Rückmeldungen der Fachebene in den Ministerien nicht adäquat umgegangen ist. Wir als SPD würden sogar sagen: Sie hätten bei der größten Industrieansiedlung Schleswig-Holsteins selbst noch einmal prüfen sollen und sich nicht allein auf das PwC-Gutachten verlassen sollen. Warum? –Weil dieses PwC-Gutachten die zentrale Entscheidungsgrundlage der Landesregierung gewesen ist. Dieses Gutachten war der Dreh- und Angelpunkt nicht nur für die 300 Millionen Euro der Wandelanleihe, sondern auch für die 137 Millionen Euro TCTF-Förderung und die weitere Großbürgschaft von vielen Hunderten von Millionen mehr. Dieses Gutachten war der Ausgangspunkt für die Kabinettsvorlage, die im Dezember 2023 zum Beschluss für die Wandelanleihe führte.

Wenn man genau liest, stellt man fest: Da sind beinahe ganze Absätze, die aus diesem Gutachten in die Kabinettsvorlage hineinkopiert worden sind. Also bleibt die Frage: Wer hat mit welcher Begründung entschieden, dem Landtag und dem Landesrechnungshof das PwC-Gutachten vor dem Beschluss im Ausschuss nicht zur Verfügung zu stellen? Oder anders nachgefragt: Ministerpräsident Günther hatte vor zwei Wochen gegenüber dem NDR in Sachen Northvolt-Finanzierung verlauten lassen – ich zitiere –:

„Ich trage natürlich die Hauptverantwortung, dass wir das machen. Ich bin Regierungschef in Schleswig-Holstein.“

War es also seine Entscheidung? Wer in der Landesregierung hat entschieden, dass wir heute darüber diskutieren, wie man möglicherweise abgestimmt hätte, hätte man dieses Gutachten gekannt, und warum ist diese Entscheidung so getroffen worden? – Ich hoffe, dass wir zu diesem Sachverhalt heute ein wenig Aufklärung kriegen können.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Das hat jetzt schon mehrere Wortmeldungen ausgelöst. Es war aber vonseiten der Regierung angemeldet, dass Minister Madsen ein Eingangsstatement halten wollte. Ich wusste nicht, dass das jetzt inhaltlich schon so weit geht.

Sind alle damit einverstanden, dass wir erst einmal mit der Stellungnahme der Regierung beginnen?

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Ich würde gerne zwei Anträge stellen!)

– Jawohl. Wir haben auch noch ein paar weitere Formalien; wir müssen noch ein paar Umdrucke beschließen. Dann machen wir das zuerst. Dann kommen wir zu den Anträgen, und dann hält die Regierung das Eingangsstatement.

Also: Seit der letzten Beratung sind folgende Umdrucke zum Thema Northvolt neu hinzugekommen: der [Umdruck 20/4892](#) – der Sprechzettel des Ministers Madsen in einer gemeinsamen Sitzung –, der [Umdruck 20/4941](#) – mögliche Amtshaftung betreffend die Schwärzungen in Lila –, [Umdruck 20/4945](#) – Übersendung des PwC-Gutachtens –, vertraulicher [Umdruck 20/4947](#) – rechtliche Stellungnahme –, und die [Umdrucke 20/4955](#) und 20/4933 – das sind die fünfte und sechste Tranche.

Der Finanzausschuss nimmt das noch einmal zur Kenntnis.

Vorsitzender Christian Dirschauer:

Genau, wir stimmen üblicherweise über die Kenntnisnahme ab. Das will ich entsprechend zur Abstimmung stellen. Wer also diese Umdrucke zur Kenntnis nehmen will, den bitte ich einmal um das Handzeichen. – Das sind alle.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Dann haben wir noch den Einstufungsantrag, den Sie schon begründet haben. Ich würde sagen, dazu hören wir die Landesregierung auch noch einmal an. Aber das können wir vielleicht mit dem Eingangsstatement machen. – Wollen wir danach die Anträge stellen?

(Sybilla Nitsch [SSW]: Ich habe eine Verfahrensfrage!)

– Okay, eine Verfahrensfrage. Dann haben wir zunächst die Abgeordnete Nitsch.

Sybilla Nitsch [SSW]:

Ich möchte davon absehen, eingangs ein inhaltliches Statement abzugeben, möchte aber für die SSW-Fraktion beantragen, dass wir uns, bevor wir heute überhaupt in die inhaltliche Einarbeitung gehen, darüber unterhalten, wie wir in der Beratung verfahren. Unser Vorschlag wäre, dass wir vielleicht definieren, dass wir bestimmte Themenblöcke haben, uns gegebenenfalls auch die Jahreszahlen oder die Timelines anschauen, damit wir ein bisschen zielgerichteter in die Diskussion gehen können. Denn wenn

wir hier die Tranchen sozusagen in Zufälligkeiten abarbeiten, ist es, glaube ich, für die Öffentlichkeit sehr schwer mitzuverfolgen und für uns selber auch, weil wir ständig wieder aus der Debatte aussteigen.

In dem Sinne möchte ich gerne den Antrag stellen, dass wir uns erst einmal darüber unterhalten, wie hier in der Beratung das Verfahren sein soll, damit wir ein bisschen zielgerichteter als letztes Mal arbeiten.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Dann der Kollege Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz [FDP]:

Ich möchte zwei Anträge auf Einstufung von Akten stellen und die damit zu Protokoll geben. Ich wollte mich dann auch zu dem Verfahrensvorschlag der Kollegin Nitsch äußern.

Das Erste ist: Im Hinblick auf den Komplex ordnungsgemäße oder unzureichende Unterrichtung des Schleswig-Holsteinischen Landtags über Risiken des Geschäfts beantrage ich die Einstufung sämtlicher Umdrucke, mit denen der Wirtschafts- und Finanzausschuss zu Northvolt bis zur Entscheidung im Januar 2024 unterrichtet worden ist. Das sind aus meiner Sicht vier Umdrucke: der Umdruck 20/1779, der [Umdruck 20/1841](#), der [Umdruck 20/2366](#) vom 1. Dezember 2023 und dann der [Umdruck 20/2571](#) vom 18. Januar 2024. Hinzu kommt aus meiner Sicht die Niederschrift des Wirtschafts- und Finanzausschusses vom 12. Juli 2023, die bisher der Öffentlichkeit auch nicht zugänglich ist, weil sie als vertraulich eingestuft ist. Ich beantrage die Einstufung, weil wir öffentlich darüber diskutieren müssen, ob es eine vernünftige, ordnungsgemäße oder unzureichende Unterrichtung des Landtags gab. Das kann man in der Öffentlichkeit nicht tun, wenn die Öffentlichkeit keine Kenntnis davon hat, wie und mit welchen Inhalten der Landtag unterrichtet worden ist. Das ist der erste Antrag.

Mein zweiter Antrag bezieht sich auf das nunmehr vorliegende PwC-Gutachten, das ja mit einigen kleinen Schwärzungen, vielleicht auch mit manchen größeren Schwärzungen, aber jetzt öffentlich zugänglich ist. Im Hinblick darauf beantrage ich, dass in den bisher erstuften Unterlagen, die dem Ausschuss zur Verfügung gestellt worden sind, alles, was schwarze Schwärzungen im Hinblick auf die Einstufung des PwC-Gutachtens als Verschlussache angeht, aufgehoben wird – all diese Schwärzungen –, weil

es sich nicht mehr um eine Verschlussache handelt.

Ich bitte, dass sich die Regierung zu beiden Anträgen erklärt, weil wir das ansonsten zum Gegenstand der am Freitag stattfindenden Sitzung des Einigungsausschusses machen könnten.

Mein Drittes ist – eine Anmerkung –: Im Zusammenhang mit dem Thema Unterrichtung des Parlaments würde ich der Landesregierung vor ihrem Eingangsstatement ans Herz legen, sich angesichts der Äußerung des Chefs der Staatskanzlei in der letzten Sitzung: „Über dieses Stöckchen springe ich nicht“, zu der Frage, ob das Parlament richtig informiert worden ist, zu erklären. Dazu gibt es eine kleine Anfrage der Kollegin Raudies; auch da bestünde Gelegenheit. Ich weise nur darauf hin, dass eine solche Erklärung bisher noch im Raum steht und deshalb aus meiner Sicht wichtig wäre.

Das Letzte ist: Ich schließe mich dem Verfahrensvorschlag der Kollegin Nitsch insoweit an, als dass ich glaube, dass wir in inhaltlichen Blöcken diskutieren und Fragen stellen sollten. Deshalb rege ich an, dass wir uns heute mit dem PwC-Gutachten, das jetzt öffentlich vorliegt, beschäftigen und dazu Fragen stellen. Zu anderen Themen kann man hinterher noch Fragen stellen. Ich weise allerdings vorsorglich schon einmal darauf hin: Da der Einigungsausschuss erst am Freitag tagt und zu den dann noch öffentlich werdenden Unterlagen auch Fragen gestellt werden müssen, kann dies heute mit Sicherheit keine abschließende Beratung des Themas sein.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Es haben sich noch Herr Petersdotter und Herr Kilian gemeldet. – Ich denke aber, es ist konsensfähig, in der Beratung so vorzugehen, dass wir als Erstes das PwC-Gutachten aufrufen und dann mal gucken, wie weit wir kommen. Ist das einvernehmlich? – Das sehe ich so.

Die Einstufungsanträge müssen wir auch gleich noch behandeln. Vorher gäbe ich aber noch der Landesregierung das Wort; das können wir dann gleich machen.

Waren diese beiden Wortmeldungen noch aktuell, oder sollen wir erst einmal mit der Landesregierung anfangen?

(Zuruf Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Dann haben Sie das Wort, Herr Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank. – Ich will nur auf die Vorschläge reagieren, und zwar einmal auf das, was die Kollegin Nitsch gesagt hat: das entweder inhaltlich oder zeitlich zu strukturieren: Das ist total sinnvoll. Ich hatte das jetzt auch so gedacht – weil der Kollege Buchholz das letzte Mal abgeschlossen hat mit: wir sind jetzt im Herbst 2023 bei der Kabinettsvorlage –: Jetzt kommt natürlich das PwC-Gutachten dazwischen, das ist vielleicht ein My spannender. Damit können wir heute meinetwegen sehr gerne starten, auch wenn wir heute damit nicht fertig werden. Wir haben ebenso viele gute Argumente wie Zeit, insofern passt das.

Lukas Kilian [CDU]:

Ich hätte tatsächlich einen ähnlichen Verfahrensvorschlag machen wollen wie die Kollegin Nitsch. Ich finde es sehr gut, dass man das ein bisschen abschichtet, weil wir ja schon bei der Antragsbegründung für Einstufungen irgendwie die Vorwegnahme eines Fazits des Kollegen Stender erlebt haben. Es würde ein Chaotisieren der Sitzung bedeuten, wenn jeder ein Zwischenfazit bringt, bevor man überhaupt über einzelne Sachverhalte spricht.

Ich möchte nur noch dem Ausschussbüro beziehungsweise der Sitzungsleitung zur Kenntnis geben, dass die Abgeordneten Brandt und Kilian hier schon vor Sitzungseinstieg gegrillt werden. Vielleicht wäre es möglich – wenn die GM.SH diesen Raum vielleicht in zwei Jahren gekühlt hat, ist das schön –, zumindest die Vorhänge zuzuziehen; das wäre wirklich erleichternd.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Da kann ich die beruhigende Nachricht geben, dass ich die Frage der Vorhangzuziehung schon geklärt hatte und mir gesagt wurde, dass die elektrische Vorrichtung nicht funktioniert.

(Vereinzelte Heiterkeit – Unruhe)

Auch das ist, glaube ich, ein Thema bei der GM.SH.

(Lukas Kilian [CDU]: Ich finde, das sollten wir mal begutachten lassen!)

– Das können wir ja einmal separat beraten.

(Beate Raudies [SPD]: Wir könnten doch einfach in den Plenarsaal wechseln, Herr Vorsitzender, oder nach gegenüber!)

– Das kann ja noch mal geklärt werden, ob das möglich ist. Ich weiß nicht, welche Sitzungen dafür vorgesehen sind. Ich würde vorschlagen, dass wir sonst mit dem starten, was wir uns vorgenommen haben, und ich erst einmal Herrn Minister Madsen das Wort gebe.

Claus Ruhe Madsen, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Sehr geehrte Herren Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich fange auch mit einer Anmerkung zum Klima an. Ich freue mich sehr über Ihre Anregung, dass die Klimaanlage eingeschaltet wird. Ich hätte nämlich sonst gefragt, ob Sie vielleicht die Heizung abstellen können.

Seit unserer letzten gemeinsamen Sitzung ist rund um das Thema Northvolt viel passiert. Der Insolvenzverwalter hat einen ersten Zwischenbericht gegeben, immerhin mit der guten Nachricht, dass einer von mehreren ausländischen Interessenten sich offenbar eine Übernahme von Northvolt AB vorstellen kann. Aber wir alle hier wissen auch, dass es frühestens dann einen Grund zur Erleichterung gibt, wenn aus der unverbindlichen Interessensbekundung ein konkreter Vertrag erwächst, an dem am Ende ein für uns akzeptables Preisschild hängt.

Außerdem hat der Bund sich nach monatelangem Drängen von uns – und damit meine ich, von uns allen – endlich dazu entschieden, das PwC-Gutachten freizugeben – mit Schwärzungen bei Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen. Ich denke, wir sind uns einig, dass uns das ein gutes Stück weiterbringt.

Aber zurück zum möglichen Investor. Wir werden uns noch etwas in Geduld üben müssen, auch wenn klar ist, dass der Insolvenzverwalter mit Hochdruck verhandelt. Ich kann Ihnen versichern, wir halten mit dem Insolvenzverwalter und dem Bundeswirtschaftsministerium so engen Kontakt wie möglich, um alle nächsten Schritte bestmöglich beraten zu können.

Ich möchte hier noch einmal betonen: Wir als Landesregierung bleiben nach wie vor zuversichtlich, dass sich die bisherigen Investitionen in den Standort Heide auszahlen werden –

wenn nicht durch die Ansiedlung eines Batterieproduzenten, was natürlich die Ideallösung wäre, dann durch ein anderes Industrieunternehmen. Aber die Grundidee einer Batteriezellproduktion in Deutschland bleibt ebenso richtig und gut wie die Vorteile des Energieküstenstandorts Heide, die ich in diesem Kreis nicht zu wiederholen brauche.

Zu den wichtigen Ereignissen der letzten Tage zählt, wie eben erwähnt, auch die Veröffentlichung des Gutachtens der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC. Dafür haben wir beim Bund lange gekämpft und am Ende auch Bundeswirtschaftsministerin Reiche überzeugt. Ihnen liegt damit die weitgehend ungeschwätzte Fassung der Entscheidungsgrundlage vor, auf die sich die Bundesregierung und letztlich auch wir gestützt haben, als die 600 Millionen Euro Wandelanleihe vom Bund gezeichnet wurde und wir als Rückbürge eingestiegen sind.

Nun stand es ja auch in allen Zeitungen: Die Gutachter von PwC hatten einen vollständigen Verlust der Wandelanleihe mit einer Wahrscheinlichkeit von unter einem Prozent eingeschätzt und eine vollständige Rückführung der Wandelanleihe mit einer Wahrscheinlichkeit von 86 Prozent. Genau das war einer der tragenden Säulen der Entscheidung.

Lassen Sie mich kurz auf den Vorwurf der Fraktionen von SPD und FDP eingehen, wonach die Datengrundlage des Gutachtens dünn gewesen sei. Richtig ist, dass PwC auf eine limitierte Datengrundlage hingewiesen und daher partiell mit Annahmen gearbeitet hat. Die Verwendung von Annahmen ist in diesem Kontext ebenso üblich wie die Berechnung von Ausfallwahrscheinlichkeiten. Die Datengrundlage war der Landesregierung bekannt. Bei Start-ups liegt es nun einmal in der Natur der Sache, dass für neue Produkte, Märkte und Produktionsprozesse in stärkerem Maße mit Annahmen gearbeitet werden muss als im Vergleich zu etablierten Unternehmen; denn die können nun einmal auf langjährige Kalkulations- und Planungserfahrungen zurückgreifen.

Im Übrigen hätte auch ein zweites eigenständiges Gutachten des Landes auf derselben limitierten Datengrundlage des Start-ups Northvolt aufsetzen und partiell mit Annahmen arbeiten müssen. Die Risiken in Bezug auf Kapitaldienstfähigkeit, Rückzahlung sowie die limitierte Datengrundlage, aber auch die Chancen dieser Ansiedlung mit ihren geplanten 3.000 Arbeitsplätzen waren der Landesregierung bekannt

und wurden in der Kabinettsvorlage dementsprechend dargestellt. Eine Kabinettsvorlage, die die mit der Ansiedlung verbundenen Risiken dezidiert beleuchtet, sowie eine Landesregierung, die in Kenntnis dieser Risiken ihre Entscheidung ausreichend abgewogen hat, zeugen von einem nachvollziehbaren Entscheidungsprozess. Allein die hohe Verzinsung der Anleihe spiegelt allen Beteiligten den hohen Risikogehalt wider. Im Finanzausschuss wurde den Abgeordneten diese hohe Verzinsung mitgeteilt sowie unmittelbar darauf die Gelegenheit gegeben, direkt den persönlich anwesenden Vertreter vom Bund und von PwC dazu zu befragen.

Damit komme ich noch zu einem anderen Punkt. Ich will auch hier gerne nochmals einräumen, dass es aus heutiger Sicht ein Fehler war, die Antworten nach der Erörterung der Fragen in den Videokonferenzen nicht zu protokollieren, sondern nur Mitschriften anzufertigen. Das werden wir sicherlich beim nächsten Mal anders machen. Und ja, das habe ich auch schon ein paar Mal gesagt, im Nachhinein würde man heute die Chancen und die Risiken gegenüber den Ausschüssen besser verschriftlichen.

Gestatten Sie mir eine weitere Bemerkung zum PwC-Gutachten. Es wird von verschiedenen Seiten gerne kolportiert, dass das PwC-Gutachten, als es Anfang Mai 2023 vorlag, von uns unkritisch hingenommen und nicht mehr nachgebessert wurde. Das ist falsch. Aufgrund unserer Nachfragen lag Mitte Juni eine überarbeitete und damit finale Fassung vor. Und noch deutlicher: Nach den Videokonferenzen hat PwC noch Änderungen am Gutachten vorgenommen. Noch sind die entsprechenden entscheidenden Unterlagen, also die Fragenkataloge, nicht entschwärzt. Aber sobald dies geschehen ist, können wir auf Ihren Wunsch sehr gerne darlegen, an welchen Stellen aufgrund unserer Fragen das Gutachten noch angepasst wurde, mal mit der Folge, dass die Experten zu deutlich optimistischerer Einschätzung gelangten als zuvor, mal mit der Folge, dass sie Dinge kritischer bewerteten als in der Ursprungsfassung.

Meine Damen und Herren, das bringt mich zum letzten Punkt. Natürlich hat die Zurverfügungstellung des vom Bund geschwärzten PwC-Gutachtens auch Auswirkungen auf den Umfang der bisher von uns geschwärzten Unterlagen. Ich kann Ihnen schon jetzt sagen, und das dürfte auch keine Überraschung sein, dass sich die Lage nach der Veröffentlichung des PwC-Gutachtens wesentlich verändert hat.

Mit Blick auf den geplanten Einigungsausschuss am Freitag kann ich erklären, dass vor dem Hintergrund dieser neuen Sachlage alle geforderten Passagen entschwärzt werden. Aus Sicht der Landesregierung bedarf es daher des Einigungsausschusses nicht mehr. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses arbeiten aktuell schon mit Hochdruck daran, die von Ihnen angeforderten Unterlagen so schnell wie möglich entschwärzt vorzulegen.

Wir legen im nächsten Schritt den Fragenkatalog für die wirtschaftliche Due Diligence an PwC vor, also den Fragenkatalog sowie die von den Mitarbeitern erstellten Notizen zu den Videokonferenzen, und die Kabinettsvorlage, jeweils in der Version, die uns das vom Bund geschwärzte PwC-Gutachten erlaubt. Ich gehe davon aus, dass das die Dokumente sind, die am interessantesten für unsere Diskussion sind. Sollten Sie weitere Unterlagen als Vorlage wünschen, geben Sie uns bitte einen Hinweis.

Lieber Herr Dr. Buchholz, Sie haben das bereits in Ihrem Eingangsstatement gesagt. Ich will nur wirklich eindringlich einen Appell, letztendlich von unseren Mitarbeitern, an Sie richten. Es ist leider nicht so, dass es – PwC – komplett ohne Schwärzungen überstellt worden ist. Es ist also kein Automatismus, jetzt einfach alles Schwarze wegzumachen, sondern es muss wiederum jede einzelne Seite – ich habe jetzt nicht die Seitenzahl; möglicherweise sind es Tausende von Seiten –

Meine Frage an Sie ist – sicherlich ist das viel verlangt, aber –: Könnten Sie vielleicht Prioritäten setzen? Könnten Sie vielleicht sagen: „Genau dieses und jenes wäre für mich/uns von besonderer Wichtigkeit.“? Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten wirklich seit Monaten intensiv daran, Ihnen alles zur Verfügung zu stellen. Ein pauschales „Bitte das noch und dieses noch und jenes noch“ bedeutet eine wahnsinnige Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es wäre wirklich wünschenswert, wenn Sie sagten: Gut, akzeptabel – dieses oder jenes ist sehr wichtig. – Etwas anderes können wir gerne später machen. Wir können ja in einem laufenden Prozess auch immer wieder neue Unterlagen – – Aber als Generalbitte – „Alles!“ – ist es tatsächlich mit wahnsinnig viel Aufwand verbunden.

Es wäre mir ein sehr wichtiges Anliegen, dass Sie vielleicht noch einmal schauen, was genau Sie gerne dazu entschwärzt haben wollen. Wenn Sie sagen: „Pauschal!“, bedeutet es halt mit viel mehr Aufwand. Letztendlich ist es uns

allen, wie gesagt, natürlich ein Anliegen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht unnötig viel Arbeit haben. Eine Bitte – aber wenn Sie es nicht können, ist das auch in Ordnung.

Ich kann Ihnen auch noch mitteilen, dass ich davon ausgehe, dass Sie in den laufenden Wochen noch weitere überarbeitete Akten zur Verfügung gestellt bekommen. Trotzdem möchte ich jetzt sehr gerne, wenn die Vorsitzenden erlauben, der Ministerin Schneider die Möglichkeit geben, zu ihren Dokumenten etwas zu sagen. Damit ließe ich es dann erst einmal bewenden.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Kleinen Moment mal, der Kollege Stender hatte etwas zur Geschäftsordnung.

Kianusch Stender [SPD]:

Ich bin mir nicht sicher – weil das quasi die Fortführung des Tagesordnungspunktes vom letzten Mal ist –, ob wir das Wortprotokoll erneut beantragen müssen? Wir haben ja im Vorfeld darum gebeten, dass das gemacht wird, und ich sehe, dass die Kolleginnen schon fleißig mit-schreiben. Aber falls wir dazu einen Beschluss fassen müssen, muss der am besten jetzt am Anfang erfolgen, oder?

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Ja, dann machen wir das. Dann machen wir mit den Formalia weiter, bevor Frau Schneider das Wort kriegt.

Wir müssen für den Wirtschaftsausschuss noch darüber abstimmen, ob wir dem Entstufungsantrag, der vonseiten der SPD gestellt worden ist, zustimmen. Das ist der [Umdruck 20/4964](#). Der Finanzausschuss hatte das schon gemacht.

Vorsitzender Christian Dirschauer:

Eine Abstimmung über den Antrag ist tatsächlich noch nicht erfolgt; das müsste auch der Finanzausschuss an der Stelle machen. Daher will ich den Antrag der SPD, [Umdruck 20/4964](#), zur Abstimmung stellen. Wer dem so folgen kann, den bitte ich um das Handzeichen, damit das weitere Verfahren dazu sozusagen eingeleitet werden kann.

(Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Geht es gerade um die Entstufung? Eben ging es auch um die Frage Wortprotokoll!)

– Das kommt danach. Also wir arbeiten jetzt einmal die Formalitäten strukturiert ab.

(Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dieser Antrag ist die Entstufung, die diese Woche verschickt wurde?)

– Genau. – Dann üben wir noch einmal: Ich bitte um das Handzeichen, wer dem Antrag so folgen will. – Das sind alle.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Auch im Wirtschaftsausschuss stimmen wir einmal ab. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist dann auch beschlossen.

Jetzt kommen wir zum Wortprotokoll, da die SPD den entsprechenden Antrag gestellt hat. Es wird auch schon mitgeschrieben. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist jetzt für beide Ausschüsse.

(Handzeichen aller Wirtschaftsausschuss- und Finanzausschussmitglieder)

Bevor wir gleich mit der inhaltlichen Beratung weitermachen, bitte ich noch einmal darum, dass wir, wenn zitiert wird, die Umdrucknummer und die Seite nennen und dass in öffentlicher Sitzung natürlich nicht aus vertraulichen oder gar VS-VERTRAULICHEN Aktenbestandteilen zitiert wird.

Damit haben wir die Formalien abgeschlossen.

Wir kommen jetzt dazu, dass Kollege Buchholz zwei Anträge gestellt hat beziehungsweise dass Minister Madsen schon eine Ankündigung gemacht beziehungsweise eine Rückfrage gestellt hat.

Dr. Bernd Buchholz [FDP]:

Die Rückfrage bezieht sich, nehme ich an, auf die Entstufung aller Aktenbestandteile, die sich auf das PwC-Gutachten beziehen.

(Minister Madsen nickt.)

Da bin ich jetzt spontan nicht in der Lage, alles im Einzelnen zu ranken. Aber selbstverständlich werden wir Ihnen gerne die mitteilen, die uns vordringlich erscheinen, wobei in den bisherigen sechs Tranchen relativ einfach sichtbar ist, was schwarz geschwärzt war. Das anzugucken, ob dahinter doch noch ein Betriebs- oder

Geschäftsgeheimnis steckt, fällt aus meiner Sicht relativ leicht. Also sollte das von der Prüfung her schnell gehen. Dass Sie dafür Zeit brauchen, ist mir klar. Wir werden helfen, wo es geht, damit wir zu einer schnellstmöglichen Entstufung der Teile kommen, die uns besonders wichtig sind.

Zum zweiten Teil – das will ich nur noch mal sagen, Herr Vorsitzender – hat jetzt noch niemand von der Landesregierung Stellung genommen bezüglich der Umdrucke, mit denen Sie den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss des Landtags informiert haben. Da geht es um den Komplex Unterrichtung des Landtags als solchen, zu dem ich heute von Herrn Madsen wieder nur gehört habe, dass man die Risiken hätte besser verschriftlichen können. Das war die gesamte Erklärung dazu. Wenn das so ist, nehme ich das zur Kenntnis. Aber hinsichtlich der Unterlagen, die dazu zur Entstufung angemeldet sind, hätte ich gerne, dass darüber ein Beschluss gefasst wird.

Claus Ruhe Madsen, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Ich wollte nur gerne noch einmal den Appell verdeutlichen, lieber Herr Dr. Buchholz – dass Sie das nicht hier in der Ausschusssitzung machen können, verstehe ich –: Ob Sie vielleicht bei Durchsicht der Unterlagen auch erkennen, dass einiges dabei ist, das vielleicht nicht von der Wichtigkeit ist, dass Sie das vielleicht kategorisieren? – Nicht dass wir am Ende Tausende von – Sie wissen, vieles sind Wiederholungen, und leider ist nicht das gesamte Gutachten freigegeben. Also, man kann nicht einfach sagen: „Schwarz weg!“, und dann wäre es weg, sondern dann müsste man händisch sich tatsächlich jede einzelne Unterlage anschauen.

(Zuruf Dr. Bernd Buchholz [FDP])

– Genau. Also, die für Sie wirklich interessanten machen wir natürlich schnellstmöglich. Wir würden gerne priorisieren. Wenn Sie am Ende sagen: „Einiges davon kann ganz weg“ – also ich weiß: nicht ganz weg, aber. –, so dass wir im laufenden Prozess irgendwann sagen: „Dieses hätten wir jetzt auch gerne.“ – und dies vielleicht angehängt an den sehr guten Vorschlag von Frau Nitsch – blöckeweise, in den nächsten Sitzungen –, dann können wir das ein bisschen darauf fokussieren.

Dirk Schrödter, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, jetzt müssen wir tatsächlich einmal überlegen, wie wir vorgehen. Ich glaube, Frau Ministerin Schneider müsste noch ein Wort zum Einigungsausschuss sagen, zu einer Unterlage, die unmittelbar auch das Finanzministerium betrifft.

Dann haben wir in der Tat noch die Umdrucke. Da schlagen wir vor, dass wir uns die Umdrucke, die Herr Buchholz angesprochen hat – die nicht nur an den Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss gingen, sondern auch den Finanzausschuss erreichten – das sind noch weitere Umdrucke –, gleich mitnehmen, damit da wirklich gar nichts irgendwie unter den Tisch fällt. Wir haben schon ein großes Interesse daran, dass das, was ursprünglich im vertraulichen Teil behandelt wurde, auch öffentlich ist. Das sind ja insbesondere die umfassenden Darlegungen zum Finanzierungsmodell aus dem Sommer 2023.

Es ist schade, wenn jetzt der Beitrag des Abgeordneten Stender nicht im Wortprotokoll festgehalten ist. Da gab es noch die Frage: Wer hat sozusagen eine Entscheidung getroffen? – Da kann ich Ihnen nur sagen – die Situation ist doch klar –: Es gab keine Entscheidung. Das haben wir Ihnen das letzte Mal im Ausschuss auch sehr deutlich gesagt. Es gab keine Entscheidung dazu, das Gutachten nicht vorzulegen. Es gibt keine Prozedere, die festhalten, dass diese Gutachten vorgelegt werden. Das gibt es einfach nicht. Ich habe Ihnen das letzte Mal schon sehr deutlich gesagt – ich zitiere aus dem Wortprotokoll, Seite 43 –: „Wir müssen über Findings und Learnings an dieser Stelle nachdenken, wenn es um die Zurverfügungstellung von Gutachten geht und um weitere“ ergänzende Stellungnahmen sozusagen, die wir bereitgestellt haben. Wir haben diesen Punkt in diesem Ausschuss beim letzten Mal sehr eingehend erörtert. Wenn Sie mir aus den Akten eine Textstelle zeigen, wo drinsteht, dass die Landesregierung sich aktiv dagegen entschieden hätte, das vorzulegen, dann zeigen Sie sie mir. Aber die gibt es nicht, die Entscheidung.

Deshalb sind wir hier verfahren, wie wir üblicherweise bei Großbürgschaften verfahren sind. Auch das haben wir beim letzten Mal sehr intensiv miteinander erörtert.

Claus Ruhe Madsen, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Ich würde gerne das mit den Gutachten ergänzen, weil ich das auch letztes Mal im Ausschuss erklärt hatte, und zwar dass es nicht der Regelfall ist, dass Gutachten den Ausschüssen vorgelegt werden, in dem Fall normalerweise dem Beteiligungsausschuss. Zum Beispiel im Schiffs- und Werftenbereich, wo es zu sehr hohen Bürgschaftssummen kommen kann, wurde nach unseren Unterlagen in den letzten 15 Jahren kein Gutachten vollständig vorgelegt oder vom Ausschuss angefordert. Ein anderes Beispiel hatte ich auch genannt, nämlich eine Bürgschaft für ein Hotelgeschäft in 2021, das von den Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Schleswig-Holstein getragen wurde. Basis war damals ein sogenanntes IDW-S6-Gutachten, übrigens auch von PwC, welches alle Länder zur Grundlage ihrer Entscheidung gemacht haben. Damals gab es auch keine einzelnen Gutachten von jedem Land. Auch dieses Gutachten wurde – damals unter der Regie von Minister Buchholz und Ministerin Heinold – dem Landtag nicht vorgelegt. Ich will damit einfach nur sagen: Es ist bisher nicht Usus gewesen, und deswegen hat es auch keinen Beschluss gebraucht, um zu beschließen, dass man etwas nicht tut, was man sonst auch nicht tut.

(Unruhe SPD)

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Ich habe es jetzt so verstanden, dass Minister Schrödter zugesagt hat – die vom Kollegen Buchholz beantragten Umdrucke und auch die Mitschrift –, das mitzunehmen. Das sind die [Umdrucke 20/1779](#), [20/1841](#), [20/2366](#) und [20/2571](#).

(Unruhe Landesregierung)

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich mache hier mal den Vermittler: auch die Finanzausschussunterlagen. Das waren jetzt gerade die Unterlagen aus dem Wirtschaftsausschuss, wenn ich es richtig verstanden habe. Dazu kämen noch die aus dem Finanzausschuss.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Das hatte ich so verstanden, dass das die Unterlagen – die Umdrucke – sind, die sowohl für

den Finanzausschuss wie auch für den Wirtschaftsausschuss gemeinsam vorgesehen waren.

Dr. Bernd Buchholz [FDP]:

Meiner Kenntnis nach gab es keine exklusiven Unterlagen nur für den Finanzausschuss, was den Northvolt-Komplex anging. Die waren immer an beide gerichtet, aber ich mag mich täuschen. Deshalb – wenn es zugesagt ist – nehmen wir die in den Einstufungsantrag gerne mit rein.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Und die Niederschrift vom 12. Juli 2023. Das war jetzt zugesagt. Dann brauchen wir darüber jetzt, glaube ich, nicht noch einmal gesondert zu befinden. Richtig?

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Doch, wir müssen darüber beschließen!)

– Dann machen wir das natürlich und stimmen darüber ab. Wer für den Wirtschaftsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

(Handzeichen aller Wirtschaftsausschussmitglieder)

Vorsitzender Christian Dirschauer:

Dann machen wir das Ganze noch einmal für den Finanzausschuss. Auch hier bitte ich bei Zustimmung um das Handzeichen. – Das sind alle.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Dann machen wir in der Reihenfolge weiter, nämlich dass unsere Finanzministerin Schneider zu der Anfrage dran ist. – Natürlich ist auch der Beitrag des Kollegen Stender zu Beginn mit protokolliert worden, nicht als Wortprotokoll, aber –

(Beate Raudies [SPD]: Wir können ihn zur Verfügung stellen! – Heiterkeit)

– Das ist ja wunderbar. – Das nehmen wir mit, machen wir gerne.

Dr. Silke Schneider, Finanzministerin:

Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte auf die Schwärzung der beiden Sätze eingehen, die in der Kategorie Lila

sind, die aus meinem Haus kommen. In dem Zusammenhang steht auch der Umdruck zu der Frage der Amtshaftung; der liegt Ihnen ja vor.

Die Schwärzung der beiden Sätze in der referatsinternen persönlichen Mitschrift ist ja durch die Landesregierung begründet worden mit dem Risiko von möglichen Schadensersatz- und Unterlassungsansprüchen gegen das Land und gegebenenfalls gegen die Mitarbeiterin, da diese beiden Sätze, liest man sie isoliert für sich, isoliert vom übrigen Text und in einem Zusammenhang einen deutlich rufschädigenden Inhalt nahelegen. Damit verbunden ist die Sorge vor allem vor einer Schadensersatzklage durch PwC gegen das Land, wenn man es genau so liest.

Vorab: Wir haben angesichts der Tragweite dieser Entscheidung, wie ich das in der letzten Sitzung angekündigt habe, noch einmal ergänzend eine rechtliche Einschätzung hierzu eingeholt. Hiernach stellt es sich so dar, dass die Frage, ob trotz des Grundsatzes der Amtshaftung zivilrechtliche Unterlassungsansprüche gegen einen Mitarbeiter, eine Mitarbeiterin geltend gemacht werden können, juristisch unterschiedlich bewertet wird. Das sage ich jetzt einmal im Zusammenhang mit dem Umdruck, der Ihnen vorliegt, das heißt, es ist jetzt eine Ergänzung. Man kann demnach auch vertreten, dass im öffentlichen Dienstverhältnis unter keinen Umständen Druck, also eine Art Rechtszwang gegen eine Mitarbeiterin, einen Mitarbeiter ausgeübt werden kann – das bitte ergänzend zu dem [Umdruck 20/4941](#) nehmen. Das ist praktisch der letzte inhaltliche Satz.

Jetzt aber wieder zurück zu der Lesart dieser beiden Sätze, deswegen habe ich das auch so betont: Wenn man es so liest, also isoliert wirklich beide in einem Zusammenhang – wir waren im Finanzministerium genau auf diese Sätze fixiert; die Mitschriftenerstellerin hat vor allen Dingen – Sie kennen die Mitschriften ja in Reinform – alles so, ohne jegliche Sinnabsätze geschrieben; Punkt und Komma gibt es schon, aber ansonsten ist das alles untereinander –, da stellt sich die Frage, ob in Abwägung Ihres Informationsinteresses, des Parlaments, einerseits und des schutzwürdigen wirtschaftlichen Interesses des Gutachters andererseits die Veröffentlichung dieses Passus aus der referatsinternen Mitschrift wirklich gerechtfertigt ist. Man kann hier zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Auch das hat die ergänzende rechtliche Einschätzung jetzt ergeben.

Aber Stand heute kann ich sagen – das ist wirklich die Erkenntnis seit gestern, und wir haben uns viele Stunden immer wieder mit diesen Sätzen befasst –: Es braucht – kann ich heute sagen – keine Abwägung. Denn im Laufe der wiederholten Befassung mit dem hier in Rede stehenden Passus aus der Mitschrift ist jetzt klar geworden, dass beide Sätze gar nicht in einem Zusammenhang zu lesen sind.

Den ersten Satz muss man in Ergänzung der Formulierung vorher sehen, gedanklich einen Absatz machen und den zweiten dann zu den folgenden Ausführungen nehmen. Dann ergibt sich ein völlig anderer und in Wirklichkeit unmittelbar plausibler Sinn, und es stellt sich dann nicht mehr der Vorwurf einer möglichen Rufschädigung, den wir im Blick hatten.

Gerade der zweite Satz bezieht sich dann nicht auf PwC, sondern auf die Überlegung – sinngemäß –, ob man es in dieser Phase angesichts des Zeitdrucks schafft, einen Dritten zu finden, der ein solches Gutachten machen kann. Man kann sehen, dass dann von der Bürgschaftsbank die Rede ist. Darum geht es im Grunde in dieser gesamten Mitschrift.

Die Formulierung im ersten geschwärzten Satz, der im Zusammenhang mit der schon mehrfach öffentlich zitierten dünnen Datenlage steht, genügt rechtlich nicht, um Schadensersatzansprüche zu begründen. Das ist auch sehr klar. Vor diesem Hintergrund kann ich zu diesen beiden Sätzen jetzt sagen – mit einer anderen Betrachtung –, dass keinerlei Bedenken mehr gegen eine Entschwärzung bestehen.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Wir hatten ja beschlossen, heute sonst mit dem PwC-Gutachten inhaltlich weiterzumachen.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bevor wir zum PwC-Gutachten kommen, will ich einmal auf den Vorgang eingehen, weil er das letzte Mal zu Beginn der Ausschusssitzung eine sehr große Rolle gespielt hat: Wir müssen in den Einigungsausschuss gehen, und nach dem Einigungsausschuss kommt nur noch das Landesverfassungsgericht.

(Unruhe Dr. Bernd Buchholz [FDP] und Beate Raudies [SPD])

Zur Darstellung der Glaubwürdigkeitsketten, auch für Externe, will ich einmal darauf hinweisen, dass die Landesregierung gerade genau das tut, was sie die ganze Zeit gesagt hat: Wir entstufen alles, was wir entstufen können, und wenn das PwC-Gutachten, das wir alle gerne entstufen möchten, entstuft wird – das kann nur der Bund –, dann sind wir auch bereit, all das zur Verfügung zu stellen. Aber wir können die Rechte, wie sie bestehen, nicht dehnen.

Das einmal zu erkennen finde ich schon wichtig, weil wir ansonsten am Freitag eine sehr aufwendige Sitzung gehabt hätten. Aber hier wird genau das eingehalten, was vorher gesagt wurde. Das ist, glaube ich, eine Richtschnur, an die wir uns alle gut halten können.

Dr. Bernd Buchholz [FDP]:

Dann, Kollege Petersdotter, lassen Sie mich feststellen, dass wir über die Frage der Einstufung dieser Teile seit inzwischen einem halben Jahr streiten.

(Peer Knöfler [CDU]: Wir streiten nicht!)

Angesichts der Androhung, dass wir ansonsten eine gerichtliche Klärung herbeiführen müssten, bin ich sehr zufrieden damit, dass es zu dieser Einstufung kommt. Ich weise allerdings darauf hin, dass für den anderen Komplex der ordnungsgemäßen Unterrichtung des Landtags genau dasselbe gilt. Da erwarte ich weiterhin entweder eine Erklärung, oder man wird andere Wege gehen müssen.

(Wortmeldung Minister Schrödter)

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Wir haben jetzt schon eine größere Rednerliste. Deshalb würde ich Herrn Minister Schrödter hinten einsortieren, es sei denn –

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Vielleicht noch eine Anmerkung dazu!)

– Ja.

Dr. Bernd Buchholz [FDP]:

Damit jetzt in der Öffentlichkeit kein falscher Eindruck entsteht: Wir werden ja dann sehen, welche Entschwärzungen wir zum Beispiel beantragt hatten. Dabei ist nur noch einmal klarzustellen: Die meisten dieser Entschwärzungen

haben sich nicht auf das PwC-Gutachten bezogen, sondern die haben sich auf die Einstufung als Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis bezogen, die sie offensichtlich nicht sind, wenn die Landesregierung jetzt bereit ist, diese Entschwärzungen vorzunehmen.

Ich lege schon Wert darauf, dass diese Feststellung zu Protokoll genommen wird: Es waren Teile der Kabinettsvorlage unter dem Aspekt Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse eingestuft, die keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse waren und bei denen jeder demnächst nachlesen kann, dass es keine sind.

Tobias Koch [CDU]:

Ich bin dem Kollegen Dr. Buchholz sehr dankbar für das Eingeständnis, dass wir uns jetzt seit einem halben Jahr über Entschwärzungen gestritten haben; denn die Opposition hat ein halbes Jahr lang den Eindruck erweckt, die Landesregierung würde hier etwas verheimlichen, würde mauern, schwärzen, würde etwas nicht veröffentlichen. Seit einem halben Jahr wurde immer wieder erklärt: Solange das PwC-Gutachten vom Bund als Verschlussache vertraulich eingestuft ist, können wir es nicht veröffentlichen. Sie haben bewusst den Eindruck erweckt, es wäre die Schuld der Landesregierung, dass dieses nicht veröffentlicht wurde.

Seit das Gutachten öffentlich ist, ist doch vollkommen klar, dass das jetzt alles veröffentlicht werden kann.

(Beate Raudies [SPD]: Eben nicht!)

– Genau das hat die Landesregierung gerade erklärt. Alle strittigen Fragen des Einigungsausschusses können jetzt veröffentlicht werden. Minister Madsen hat erklärt: Alle anderen Schwärzungen, die in dem Gutachten veröffentlicht sind, können auch entfernt werden. – Er hat nur darum gebeten – da es viel Arbeit macht, sich jetzt wieder jede einzelne Passage anzuschauen, zu gucken: „Ist sie im Gutachten noch geschwärzt? Kann sie jetzt entschwärzt werden?“ – eine Priorisierung vorzunehmen. Aber es wird alles veröffentlicht, was veröffentlicht werden kann – was die Landesregierung seit einem halben Jahr immer so erklärt hat.

Nur Sie haben den Eindruck erweckt, es wäre die Landesregierung, die hier etwas verheimlichen würde. Dem war nicht so. Insofern noch einmal vielen Dank für Ihr Eingeständnis: ein vollkommen unnötiger Streit, das ganze letzte halbe Jahr über.

(Lachen Kianusch Stender [SPD])

Freuen wir uns alle gemeinsam darüber, dass wir es geschafft haben, den Bund zu überzeugen, vielleicht ja sogar mit unserem gemeinsamen Brief.

Lukas Kilian [CDU]:

Ich kann das nur bestätigen. Es ist tatsächlich so, dass die Schwärzungen sich einmal auf das Gutachten beziehen und einmal auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die aus dem Gutachten stammen, die jetzt anders veröffentlicht worden sind. Es ist schon interessant, wie diese ganze Northvolt-Debatte und -Entwicklung läuft, weil die Opposition jetzt das Problem hat, dass das Gutachten veröffentlicht ist.

(Lachen SPD und Sybilla Nitsch [SSW] – Beate Raudies [SPD]: Witzig, witzig!)

– Ich verstehe, dass Sie lachen. Das zeigt eine gewisse Hilflosigkeit.

(Beate Raudies [SPD]: Ha ha!)

Denn die 86 Prozent und die unter 1 Prozent waren Zahlen, die wir nie in den Mund nehmen konnten. Jeder von uns wusste sie und hat hier mit großem Brimborium so getan, als ob da irgendwelche gespenstisch-mystischen Zahlen drinstehen. Aber jeder von uns wusste, in diesem Gutachten steht: 86 Prozent Rückzahlungswahrscheinlichkeit inklusive Zinsen,

(Beate Raudies [SPD]: 14 Prozent Ausfallwahrscheinlichkeit!)

unter 1 Prozent Ausfallrisiko. Diese Zahlen kannten Sie und haben sich – –

(Kianusch Stender [SPD]: Nein, nein!)

– Natürlich kannten Sie die. Sie waren doch alle in der Geheimschutzstelle und haben sich das Gutachten angesehen.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Der Kollege Kilian hat das Wort, und ich bitte darum, dass alle das erst mal akzeptieren.

Lukas Kilian [CDU]:

Weil eben alle diese Zahlen kannten, konnte man sich sehr zurücklehnen und sagen: „Ja, es ist geschwärzt“, und: „Ach, es ist schwierig. Die

Landesregierung versteckt sich da hinter Schwärzungen“ – die die Landesregierung gar nicht zu verantworten hat. Die Landesregierung hat sich an den Bund gewandt und gesagt: Bitte entstuft das Gutachten! – Die Fraktionen haben sich an den Bund gewandt und haben gesagt: Bitte entstuft das Gutachten!

Jetzt ist – für Sie leider – das passiert, was passiert ist: Das Gutachten wurde entstuft, und wir können über diese Zahlen sprechen. Das macht das Ganze deutlich weniger dramatisch. Jetzt muss man darüber reden, dass man darüber gestritten hat, dass diese Entschwärzungen vorgenommen wurden. Nee, wir haben gemeinsam darum gerungen, dass diese Entschwärzungen vorgenommen wurden.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Gerungen!)

Angesichts dieser 86 Prozent und dieser unter 1 Prozent sage ich Ihnen auch, und das habe ich auch medienwirksam von Ihnen eingefordert – Herr Stender, Sie sagen immer, man hätte eine bessere Entscheidung getroffen. Frau Krämer sagt, hätte sie das Gutachten gekannt, hätte sie anders abgestimmt. Herr Buchholz sagt, für ihn gilt das nicht. Also, man weiß gar nicht. Alle haben dafür gestimmt. Die Fehlerkultur, die da jetzt irgendwie angestrengt wird, ist, man macht irgendwas besser. Man weiß noch nicht, wie man abgestimmt hätte, aber man hat die 86 Prozent, man hat die unter 1 Prozent. Über diese Zahlen, meine Damen und Herren aus der Opposition, müssen und können wir zum Glück jetzt auch reden.

Dirk Schrödter, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Ich bin jetzt ein bisschen verwundert. Eben haben wir festgestellt: Eigentlich wollten wir über das PwC-Gutachten und über 86 Prozent und unter 1 Prozent sprechen.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Das hat ja Kollege Koch verhindert!)

Jetzt reden wir über Schwärzungen, die nicht mehr da sind. Wir reden jetzt über eine Unterlage, über die wir gerade gesagt haben: „Sie steht vollständig transparent der Öffentlichkeit zur Verfügung“, eine Unterlage, die Sie seit Monaten kennen und auch einschätzen können.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Ja, darüber reden wir jetzt eine Weile! Das haben wir Herrn Koch zu verdanken!)

Das wundert mich einfach; das wollte ich nur einmal sagen.

Aber ich will einen Sachverhalt doch noch mal festhalten. In der Tat – ich hätte gar nicht gedacht, dass wir groß gestritten haben –: Wir hatten unterschiedliche rechtliche Einschätzungen dazu, ob man das mit einer Schwärzung versehen muss oder nicht. Aber in der letzten Woche hat sich mit der Veröffentlichung des PwC-Gutachtens die Lage vollständig geändert. Deswegen sitzen wir auch hier und sagen Ihnen: „Diese Unterlagen bekommen Sie“, weil wir schnellstmöglich alles durchgeguckt haben, was Sie begehrt haben, noch einmal geprüft haben, und Ihnen zusagen: „Sie bekommen diese Unterlagen sogar für die öffentliche Verwendung“ – Unterlagen, die Sie seit Monaten kennen, auch ein Gutachten, das Sie jetzt haben, das Sie seit vor Weihnachten kennen.

In der Tat – ich glaube, das ist erst einmal festzuhalten –: Wir haben hier eine geänderte Sachlage, und deshalb brauchen wir uns jetzt auch nicht mehr darüber zu streiten, ob die Schwärzungen gerechtfertigt waren oder nicht. Das wird der inhaltlichen Auseinandersetzung, die hier eingefordert wurde, überhaupt nicht gerecht.

Julia Carstens, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Nur ergänzend: Mir ist das schon wichtig, weil der Abgeordnete Buchholz gerade gesagt hat, ihm ist es so wichtig, dass protokolliert wird, was wie geschwärzt war, was jetzt entschwärzt wird. Ich will es gar nicht in die Länge ziehen, nur sagen: Ja, es werden jetzt dort Dinge entschwärzt, die auf Grundlage des Gutachtens VS-VERTRAULICH eingestuft waren. Es werden auch Dinge entschwärzt, die in der, ich sage einmal, blauen Kategorie – Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse – waren.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Nein!)

– Ja, aber ich sage Ihnen auch den Grund dafür. Gucken Sie sich einmal das Gutachten an, das jetzt entstuft ist. Dort sind auch Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse jetzt öffentlich geworden, die vorher nicht öffentlich waren.

(Lukas Kilian [CDU]: Tata, tata! – Peer Knöfler [CDU]: Hätte ja klappen können!)

Das ist der Grund dafür. Mir ist wichtig, dass das auch protokolliert wird.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Trotzdem werbe ich noch einmal dafür, dass wir in der Rednerliste fortfahren und jeder, der das Wort hat, das auch alleine hat. Dieses Privileg hat jetzt der Kollege Stender.

Kianusch Stender [SPD]:

Ich finde es – da bin ich ausnahmsweise einmal mit dem Herrn Minister Schrödter einer Meinung – erstaunlich, dass Schwarz-Grün, na, vor allem Schwarz, auf diesen Schwärzungen herumreitet, Herr Kilian, Herr Koch. Erst einmal, Herr Koch: Die Landesregierung lässt sich ohne Ende Zeit bei den Entstufungen. Über vier Wochen hat es gedauert, bis die erste Tranche kam, und Sie stellen sich hier hin und sagen: Ein halbes Jahr lang diskutieren wir darüber. – Wir haben erst vor Kurzem die letzte Tranche bekommen, in der Schwärzungen noch enthalten waren – erst vor Kurzem und nicht vor einem halben Jahr.

Hinzu kommt, dass auch noch die Entstufungen –

(Unruhe CDU)

– ja, komm, das haben wir in der vorletzten Sitzung belegt –, dass das bei diesen Entschwärzungen in Teilen zusammenhanglos Dokumente sind, auseinandergerissen, und nicht, wie Frau Carstens es damals dargestellt hat, alles sortiert je nach Themenblöcken entstuft wurde. Das vielleicht einmal zum zeitlichen Ablauf.

Dann habe ich gerade noch einmal nachgesehen: Sieben der elf Punkte für die Entschwärzungen, die wir für den Einigungsausschuss angemeldet haben, sind Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, sieben von elf.

(Tobias Koch [CDU]: Zuhören!)

Dazu kommt das, was Frau Dr. Schneider gerade gesagt hat, was nicht unbedingt Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind, was aber auch eine eigene Form der Schwärzung ist.

Jetzt sagen Sie: Na gut, wir haben das jetzt ja alles; dank des PwC-Gutachtens können wir das jetzt alles entschwärzen, und wir brauchen eigentlich überhaupt nicht mehr darüber zu diskutieren. – Ich meine, gut, wenn es jetzt entschwärzt wird, dann kann sich die Öffentlichkeit einmal ein Bild davon machen, wie viel davon

man ohne das PwC-Gutachten nicht hätte veröffentlichen können. Da sind teilweise Einschätzungen drin, die sich überhaupt nicht auf das PwC-Gutachten beziehen, was das Ministerium geschwärzt hat, weil daraus klar hervorgeht, dass Northvolt zum Beispiel mit der Datengrundlage sehr dünn war, mit der eigenen Finanzierung sehr dünn war. Da sind Punkte drin, die mit dem PwC-Gutachten wirklich überhaupt nichts zu tun haben.

Ich finde es wirklich sehr lobenswert, dass die Landesregierung sich heute hinstellt und sagt: Wir brauchen diesen Einigungsausschuss gar nicht mehr, wir veröffentlichen alles, was Sie sagen. – Aber das ist für mich eher, Herr Kilian, ein Zeichen für etwas anderes, und zwar, dass unser Druck sich gelohnt hat, dass unser Graben sich gelohnt hat. Und es war im Vorfeld andersherum.

Herr Dr. Buchholz hat schon vor Monaten klar gestellt, dass es nicht unsere Aufgabe ist, uns jedes einzelne schwarze Bälkchen anzugucken und der Landesregierung ganz sauber aufzuführen, was wir jetzt da finden, was alles nicht richtig ist, sondern: Das ist eine Bringschuld Ihrerseits. Dass wir das nun doch gemacht haben und dann auch sofort alles eine Woche später veröffentlicht wird, ist ein gutes Zeichen – eher für unsere Arbeit statt für Ihre.

Ich würde, ehrlich gesagt, heute auch noch sehr gerne über das PwC-Gutachten sprechen. Da vielleicht schon einmal vorweggenommen, Herr Kilian, weil Sie mit diesen absurden Zahlen um sich schmeißen.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Dieses „1 Prozent“ – Sie haben es nicht gelesen. Unter 1 Prozent Ausfallwahrscheinlichkeit von 100 Prozent, das ist doch aber nicht die Ausfallwahrscheinlichkeit. Wir haben eine Ausfallwahrscheinlichkeit von 14 Prozent, was deutlich höher ist.

(Michel Deckmann [CDU]: Nein!)

Das Ganze fußt auch noch auf dieser dünnen Datengrundlage. Das können Sie nicht ernst meinen.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

– Das können Sie nicht ernst meinen.

Dr. Bernd Buchholz [FDP]:

Angesichts der Tatsache, dass die Landesregierung angekündigt hat, dass die Unterlagen, die wir beantragen, jetzt tatsächlich entschwärzt werden, sehe ich mich veranlasst, dem Kollegen Koch auf seine nicht von Sachkenntnis getriebene Einlassung konkret zu belegen, warum das, was ich sage, richtig ist.

In der Kabinettsvorlage 219/23 stand unter dem Thema „Risiken/Schwächen“ folgender Passus:

„Die Gesamtfinanzierung ...“

– es steht noch etwas dazwischen –

„... ist nicht gesichert. Für die derzeitige Finanzierungslücke ist eine Fremdfinanzierung geplant, wobei gewisse Zweifel bestehen, dass ein Bankenkonsortium gefunden wird ...“.

Der Rest ist geschwärzt als Betriebs- und Geschäftsgeheimnis von Northvolt. Ich kann jetzt verlesen, was da steht. Da steht nämlich:

„... dass ein Bankenkonsortium gefunden wird, sofern sich Northvolt hinsichtlich der Bereitstellung von Zahlen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen und zum Projekt weiterhin sehr restriktiv verhält.“

Was, meine Damen und Herren, ist daran ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis? Nichts daran ist ein Betriebsgeheimnis. Es bezieht sich auch nicht auf das PwC-Gutachten. Es ist eine reine Einschätzung der Tatsache, dass sich Northvolt bei der Datenlieferung so restriktiv verhalten hat, dass man keine gesicherte Datengrundlage mehr hatte.

(Tobias Koch [CDU]: Bei der Datenlieferung zum Gutachten!)

– Na ja, dann hätten Sie zu dem Thema Gesamtfinanzierung den Satz auch nicht drin lassen müssen. Alles bezieht sich irgendwie immer auf das PwC-Gutachten. Die Schwärzung war von vornherein unbegründet, und sie ist jetzt aufgehoben vor dem Hintergrund, dass wir gedroht haben, das Verfassungsgericht gegebenenfalls damit zu beschäftigen. Das ist in Ordnung. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Landesregierung jetzt ein Stückchen mehr Transparenz schafft als vorher, aber sie tut es nicht freiwillig, sondern auf Druck.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Ich kriege gerade noch einmal den Hinweis: Wenn über Dinge gesprochen wird, die noch entschwärzt zugeleitet werden, und die Landesregierung der Auffassung ist, dass es so nicht in Ordnung ist, wenn wir darüber sprechen, dann brauchen wir noch einen Hinweis.

Ich habe jetzt die Kolleginnen Nitsch und Raudies, aber auch den Minister Schrödter und vor allen Dingen Frau Carstens auf der Rednerliste. Ich gäbe jetzt der Regierung noch einmal das Wort, und dann machen wir bei Ihnen weiter, Frau Nitsch? – Okay, Herr Schrödter.

Dirk Schrödter, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Ich muss einen Punkt des Abgeordneten Stender doch einmal sehr deutlich klarstellen, weil er hier von vier Wochen sprach: erster Antrag der Oppositionsfractionen vom 12. und 13. März des Jahres – Lieferung der Landesregierung am 20. März.

(Kianusch Stender [SPD]: Ja, und der zweite? – Zuruf CDU – Beate Raudies [SPD]: Von eurer Seite!)

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Frau Carstens, wollen Sie das noch ergänzen?

Julia Carstens, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Ich nähme auch gerne noch einmal Stellung; denn, Herr Stender, Sie haben gerade noch einmal angesprochen – das haben Sie in den letzten Sitzungen schon mehrfach getan –, wie viel Zeit wir uns lassen würden. Entschuldigung, aber diese Diskussion! Der Minister hat vorhin dargestellt, mit welchem Arbeitsaufwand dieses Aktenvorlagebegehren, das wir alle gerne miteinander durchführen, verbunden ist. Ich bitte wirklich um Verständnis. Wir haben eine Handvoll Mitarbeiter bei uns im Ministerium, die diese Sachen alle machen müssen, und seit Monaten quasi nichts anderes mehr machen – die eigentlich auch noch andere Aufgaben im Ministerium haben. Es ist ja nicht so, dass Menschen da sind, die sich nur um das Aktenvorlagebegehren Northvolt kümmern.

(Kianusch Stender [SPD]: Entschuldigung, dass wir das beantragt haben, Frau Carstens!)

– Nein, ich will einmal kurz ausführen, was das eigentlich für die Kolleginnen und Kollegen bedeutet. Das macht man nicht mal eben so nebenher.

Wir haben damals, als Sie den Antrag für das Aktenvorlagebegehren gestellt haben, in einer Sitzung miteinander besprochen, dass wir genau das Vorgehen, wie wir es jetzt machen, durchführen. Sie waren damit einverstanden.

Übrigens, die Alternative wäre ja gewesen, dass wir Ihnen Monate später die von uns geschwärzten Unterlagen vorlegen. Dann hätten Sie sie gar nicht ungeschwärzt bekommen, sondern Sie hätten sie geschwärzt bekommen zu manchen Teilen, die wir jetzt geschwärzt haben.

Das haben wir so miteinander besprochen, und ich bitte wirklich darum, diesen Sachverhalt nicht immer so darzustellen, als ließen wir uns viel Zeit, denn das tun wir nicht. Wir arbeiten die Dinge alle nacheinander ab. Wir haben auch heute wieder angekündigt, dass wir proaktiv – weil wir wissen, an welchen Dokumenten Sie für die weitere Diskussion sicherlich Interesse haben – diese Dokumente vorziehen und auch entschwärzen. Ich bitte wirklich, das jetzt einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Wir können das auch noch fünfmal in den nächsten Sitzungen besprechen, aber das macht es nicht besser. Es ist einfach unfair, auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung und der Landesverwaltung gegenüber.

Einen Hinweis noch – zu Ihnen, Herr Dr. Buchholz –, ich kann Ihnen sagen: Es stimmt nicht, was Sie gerade gesagt haben. Die Passage ist schwarz; sie ist nicht blau – Betriebs- und Geschäftsgeheimnis –, sondern sie ist schwarz geschwärzt. Das will ich nur einmal ergänzen.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Sie ist blau!)

Sybilla Nitsch [SSW]:

Ich hatte ursprünglich gedacht, dass es heute vielleicht ein bisschen sortierter abläuft, aber – es tut mir leid, Herr Koch und Herr Kilian – ich muss an der Stelle auch für den SSW noch ein-

mal zurückweisen, dass hier irgendwelche Taktiken über ein halbes Jahr lang verfolgt worden sind.

Wenn Frau Carstens zum Beispiel darauf hinweist, dass das viel Arbeit ist, dann kann ich Ihnen sagen, dass das Aktenvorlagebegehren für die Abgeordneten und für alle unsere Mitarbeitenden auch viel Arbeit ist. Wir sind intensiv in die Details eingestiegen. Auch vor einigen Wochen schon, als wir in die erste Behandlung gegangen sind, sind hier Äußerungen in den Raum gestellt worden, die wir als Opposition entkräften konnten. Wir haben die Hinweise gegeben. Wenn wir jetzt wirklich auf die Linie gehen zu sagen: „Hier waren Taktiken“, und wir hätten angeblich Hinweise gegeben, die nicht richtig sind, dann würde ich da ins Detail einsteigen. Denn wenn wir über die Entschwärzung sprechen, auch was den Fragenkatalog zum PwC-Gutachten und alle möglichen Annahmen zu den Produktionskapazitäten angeht, worauf ich nachher in der inhaltlichen Debatte noch eingehen werde, dann sind das alles relevante Punkte, die für die Entscheidungsfindung wichtig waren.

Eine andere Sache möchte ich auch noch anmerken. Wenn gesagt wird, wir kennten seit einigen Monaten das PwC-Gutachten und hätten uns dazu verhalten können, oder wir hätten das Wissen gehabt, dann – das muss man tatsächlich sagen – steht trotzdem immer noch die zentrale Frage im Raum, warum wir dieses Gutachten nicht bekommen haben, bevor wir eine Entscheidung treffen sollten.

Insgesamt freue ich mich darauf, Herr Kilian, wenn wir gleich in die Debatte gehen, was das PwC-Gutachten angeht; dann können Sie sich Ihre 86 Prozent und 1 Prozent ein bisschen irgendwo hinklemmen in dem Sinne, weil wir auch noch darüber sprechen werden, über welche Szenarien in dem Gutachten gesprochen und wie das bewertet wird. Darin ist genug Stoff, um dementsprechend infrage zu stellen, welche Grundlage wir hier haben; das muss man ganz deutlich sagen.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

– Lassen Sie es bitte. Ich muss wirklich noch einmal sagen, wir haben als SSW mehrmals darauf gepocht, dass wir uns in der Mitte treffen, dass wir ordentlich sprechen und dass wir dieser Sache auch ein bisschen Demut schenken. Ich muss Ihnen sagen: Sie haben heute keine Demut gezeigt.

Lassen Sie uns diese Sache jetzt ordentlich untersuchen und ins Detail gehen und nicht wieder darauf abzielen, dass hier angeblich Taktiken und Strategien gefahren worden sind.

Beate Raudies [SPD]:

Das geht ein bisschen in die Richtung der Kollegin Nitsch; denn ich wollte gerne noch einmal daran erinnern, was das Ziel dieses Aktenvorlagebegehrens und das Ziel dieser parlamentarischen Befassung ist. Das Ziel ist, Transparenz in die Entscheidung zu bekommen und den Bürgerinnen und Bürgern, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, zu erklären, warum 300 Millionen Euro weg sind. Das will ich gerne noch einmal sagen: Die sind weg.

(Widerspruch Lukas Kilian [CDU])

– Ja, Herr Kilian, ich habe, glaube ich, mehr Erfahrungen im Insolvenzrecht als Sie. Deswegen sage ich das jetzt einfach einmal so, wie Sie das sonst immer sagen. Die sind weg, und ich sehe im Leben nicht, wie wir die wiederkriegen. Ich lasse mich gerne eines Besseren belehren.

Ich und alle Kolleg_innen auf dieser Seite der Bank agieren hier nicht aus persönlichem Interesse oder aus persönlichen Beweggründen. Es ist deswegen auch nicht wichtig, Herr Minister Schrödter, ob und seit wann ich das Gutachten gekannt oder bewertet habe oder wie ich das beurteile. Es geht hier nicht um mich. Mit der Veröffentlichung bekommen die Öffentlichkeit, die Menschen, die Presse, alle bekommen die Möglichkeit, jetzt Selbsteinschätzungen und Bewertungen vorzunehmen und unser Handeln zu beurteilen. Das ist der wesentliche Unterschied, weshalb wir hier als Opposition so hart an diesem Punkt sind und da so hart hinterher sind.

Es soll gerade kein Eindruck nach draußen entstehen, da wird irgendwas weggemauert, da wird irgendwas gekungelt, sondern wenn alles ganz fein war, dann können wir alles offenlegen und alles offenbaren. Wenn dann am Ende herauskommt, wir haben einen Fehler gemacht, dann ist es auch unsere Aufgabe zu fragen: Was tun wir, damit der Fehler sich nicht wiederholt? – Auch das sage ich von Anfang an.

Und ja, Frau Staatssekretärin, dafür haben wir parlamentarische Instrumente, zum Beispiel die Akteneinsicht, zum Beispiel den Einigungsausschuss, die machen der Regierung Arbeit, die machen auch vielleicht manchmal keinen Spaß

– uns machen sie auch Arbeit –, aber die müssen wir manchmal ziehen, wenn wir den Eindruck haben, dass die Regierung nicht alles das vorlegt, was nach unserer Auffassung möglich ist. Den letzten Schritt sind wir noch nicht gegangen, aber im Zweifel würde das auch eine dritte Instanz entscheiden.

Ich will mich gerne, Frau Ministerin, an dieser Stelle Ihrem Dank an die Mitarbeitenden in den Ministerien anschließen, die bestimmt wirklich einen tollen Job machen und sich das auch nicht ausgesucht haben. Es gibt Dinge im Leben, die muss man mal machen und die muss man auch machen, weil sie wichtig sind. Wichtig ist am Ende das, was dabei herauskommt, und nicht, dass da jetzt leider die Akten zum 33. Mal durchgeguckt und entschwärzt werden müssen. Das Papier, was wir inzwischen vorliegen haben – es ist ja schon ein halber Wald, den wir damit abgeholzt haben –, das gefällt mir auch nicht. Aber wir sind im Moment, finde ich, wenn wir jetzt in die Fachdiskussion einsteigen auf einem guten Weg und kommen dann hoffentlich bald zu Ergebnissen.

Tobias Koch [CDU]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir jetzt wieder lange Zeit über Schwärzungen und Entstufungen sprechen,

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Das liegt an dir!)

– liegt an dir, Bernd, lieber Herr Kollege Buchholz, weil du die Geschichte mal erzählt hast: „Wir haben uns ein halbes Jahr darüber gestritten“, und so weiter. Darauf habe ich geantwortet.

Aber Frau Kollegin Nitsch, natürlich ist es für Sie als Opposition genauso schwer und mit genauso viel Arbeit verbunden. Der Unterschied ist nur: Wir machen Ihnen daraus keinen Vorwurf.

(Unruhe Beate Raudies [SPD] – Birgit Herdejürgen [SPD]: Das klang bei Herrn Kilian schon an!)

Wir haben heute, am 2. Juli, neue Anträge der Opposition auf Entstufung bekommen. Die haben wir vorhin einstimmig beschlossen, weil vollkommen klar ist: Das ist das Verfahren, das wir vereinbart haben. Die Opposition guckt an, was sie entstuft haben möchte, was sie entschwärzt haben möchte, und reicht das schritt-

weise in das Verfahren ein, damit alles möglichst schnell vorangeht. Da macht Ihnen doch niemand einen Vorwurf, dass es auch für Sie schwer ist und auch für Sie lange dauert.

Der Unterschied ist, als Opposition machen Sie der Landesregierung einen Vorwurf, dass die Landesregierung dafür so lange brauchen würde. Das ist das Unfaire. Sie brauchen ja auch lange dafür, um Ihre Anträge zu stellen. Wenn Sie sagen, es solle niemand so tun, als ob jetzt irgendwie Strategie und Taktik dahinter stünden – das tun wir nicht; aber Sie als Opposition tun es. Sie unterstellen der Landesregierung, da sind Strategie und Taktik dahinter nach dem Motto: Da wird versucht, etwas zu verheimlichen, und deswegen wird da auf Zeit gespielt. Sie unterstellen Strategie und Taktik, wir nicht. Das ist nicht unser Vorwurf, das ist Ihr Vorwurf.

Deswegen: Danke für Ihren Appell. Lassen Sie uns gegenseitig keine Strategie und keine Taktik unterstellen. Lassen Sie uns gegenseitig keine Vorwürfe machen, dass es hier 20.000 Seiten sind, dass es lange dauert. Alle haben die beste Absicht, das zu veröffentlichen, es so transparent zu machen wie möglich. Das hat die Landesregierung von Anfang an erklärt. Jetzt, wo das Gutachten da ist, sind wir einen großen Schritt weiter. Deswegen können wir jetzt auch in die inhaltliche Debatte einsteigen, und alle bisherigen Diskussionen haben sich eigentlich erübrigt.

Lukas Kilian [CDU]:

Ich möchte einmal, Frau Kollegin Nitsch, schon erheblich unterscheiden zwischen Opposition und Opposition. Denn ich finde, es ist schon sehr deutlich und sehr erfrischend, wie der SSW und auch der Kollege Dr. Buchholz in dieser ganzen Angelegenheit in den letzten Wochen und Monaten immer wieder darauf hingewiesen haben, dass es eine gemeinsame Entscheidung war, die getroffen wurde. Beim Kollegen Stender habe ich immer das Gefühl, dass er und die SPD-Fraktion möglichst den weitesten Weg zu dieser Zustimmung zu Northvolt suchen und den weitestmöglichen Abstand zwischen sich und die Entscheidung bringen wollen. Ich finde, zu einer Fehlerkultur gehört, und deswegen habe ich in der letzten Sitzung – wenn das Wortprotokoll fertig ist, wird man das nachlesen können –

(Kianusch Stender [SPD]: Hast du nicht gelesen?)

als Einziger hier vorgeschlagen: Was lernen wir daraus?

Wir sind im Moment die ganze Zeit in einer Rückspiegeldiskussion und sagen: das und dies und das und da. – Aber keiner außer mir hat bislang Vorschläge gemacht, was wir in der Zukunft anders machen sollten.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Was für Vorschläge habt ihr gemacht?)

Wir haben bislang – das haben wir gerade von der Landesregierung gehört –, es eskaliert sich jetzt auf die Frage: Warum wurde das Gutachten dem Ausschuss nicht zur Verfügung gestellt? – Die Antwort war: In keinem vergleichbaren Fall wurde bislang dem Landtag ein derartiges Gutachten zur Verfügung gestellt. Es gab aber eine Diskussion mit dem Gutachter im Ausschuss, pipapo.

Aber wenn wir jetzt einmal fragen, was wir daraus lernen – Frau Nitsch, deswegen greife ich Ihr Wort der Demut auf –: Wir lernen daraus, dass wir da vielleicht die Verfahrensabläufe ändern und sagen müssen: „Wir schauen mal, wir reden mal darüber: Gibt es Möglichkeiten? Will man mit dem Gutachter? Braucht man das, braucht man das nicht?“ und Ähnliches. Da hat sich die Landesregierung schon in mehreren Punkten selbstkritisch eingelassen.

Ich finde aber, dass auch uns als Abgeordneten, jedem von uns – wir sind frei in unserem Mandat und können uns natürlich verhalten, wie wir wollen –, auch eine gewisse Demut zusteht und man sagen muss, wenn man diese Entscheidung getroffen hat, wir den Gutachter da hatten: Wieso bin ich, Abgeordneter Lukas Kilian, nicht auf die Idee gekommen, wenn der Gutachter hier Fragen beantwortet? Wieso frage ich nicht: Kann man mir das Gutachten vorlegen? – Diese Frage muss sich im Nachgang jeder von uns stellen.

Ich komme für mich zu dem Schluss, dass wir uns die Abläufe bei derartig großen Investitionsentscheidungen und Landesbürgschaften oder Wandelanleihen angucken müssen, dass man in Zukunft sagt: Wir lernen daraus etwas. – Mir gefällt es nicht – das meinte ich mit diesen Schwärzungen; das betrifft ausdrücklich nicht den SSW –, dass man hier so tut, als ob hinter den Schwärzungen ein großes Geheimnis steckt, das quasi die Anklage bestätigte, dass die Landesregierung quasi fahrlässig Geld aus dem Fenster geworfen hätte.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Doch, klar! Das bestätigt der Bundesrechnungshof!)

Die Conclusio – wir haben ein 93-seitiges Gutachten –, das Fazit dieses Gutachtens findet auf den Seiten 88, 89 und so statt,

(Beate Raudies [SPD]: Nee, vorne auf den ersten Seiten steht das schon!)

indem alle Informationen, die zusammengetragen wurden, auch alle Wissenslücken, die PwC hatte, all das, bewertet wurde, und es wurde dann in den Randnummern 425 und 426 entsprechend bewertet und mit einem Prozentsatz ausgeworfen.

Der Vorwurf, den ich – da haben Sie recht, Frau Nitsch – Teilen der Opposition mache, ist, dass man mit dieser Mystik jetzt nicht mehr arbeiten kann, weil wir die Zahlen auf dem Tisch haben: vollständige Rückzahlung inklusive Zinsen, also mit einem Gewinn für den Steuerzahler, 86 Prozent; komplettes Ausfallrisiko unter 1 Prozent.

(Beate Raudies [SPD]: Ha, das ist das falsche Zitat!)

Deswegen sage ich immer noch: Wenn wir diese Zahlen gehabt hätten und diese Diskussion intensiver geführt hätten, dann, glaube ich, hätten wir als Schleswig-Holsteinischer Landtag diese Entscheidung genau so getroffen. Ich glaube auch, bei diesen Zahlen – 86 Prozent und unter 1 Prozent –, wären wir nicht auf die Idee gekommen, auch im Sinne des Steuerzahlers, zu sagen, wir brauchen noch einen weiteren Mandatar, der das überprüft, weil es eben kein Gutachten ist, das uns sagt: „Wir haben 51 Prozent Wahrscheinlichkeit, dass es läuft, 49 Prozent Wahrscheinlichkeit, dass es in die Hose geht – das ist eine wackelige Kiste“,

(Kianusch Stender [SPD]: Das ist keine wackelige Kiste!)

sondern wir haben eine so dermaßen weit überwiegende Wahrscheinlichkeit von 86 Prozent, dass es eben auch im Sinne des Steuerzahlers aus der damaligen Perspektive klug war zu sagen: Man verlässt sich darauf. Denn es ist eben keine Feld-Wald-und-Wiesen-Institution, die dieses Gutachten ausgeworfen hat, sondern es ist PwC, ein Gutachteninstitut, das wir schon diverse Male beauftragt haben – jeder in seinen unterschiedlichen Funktionen – und worauf man sich auch in den vergangenen Jahren verlassen hat.

Ich appelliere immer noch – wenn die Frage ist: Was lernen wir daraus? –: Wir sollten trotzdem nicht den Mut verlieren, Schleswig-Holstein zu entwickeln, und nicht am Ende zu dem Ergebnis kommen: Wir wollen in Zukunft nur noch Gutachten haben, in denen 100 Prozent steht, weil wir jedes andere Risiko gar nicht mehr eingehen wollen. Dann können wir den Laden abschließen, dann sind wir Schläfrig-Holzbein, und dann wird sich hier gar nichts entwickeln.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe das ein bisschen mit ausgelöst, weil ich einfach nur darauf hinweisen wollte, dass wir die Debatte die ganze Zeit so geführt haben, auf der einen Seite – da zitiere ich Herrn Kollegen Stender von Mitte Juni, wo Sie sagen –: mangelnder Aufklärungswille der Landesregierung. – Dem wollte ich widersprechen, weil die Gegenüberstellung der Landesregierung die ganze Zeit, beständig war: Wir wollen so viel an Informationen und Transparenz zur Verfügung stellen, wie rechtlich möglich ist. – Für diese Argumentation wurde gerade ein glaubhafter Beweis dargelegt, indem man in der jetzigen Situation, in der das PwC-Gutachten auf unser aller gemeinsamen Druck öffentlich gemacht wurde, genau so agiert, dass man all den Forderungen der Opposition nachkommt. Das Argument, die Landesregierung würde mauern oder so, hat eben nicht an Glaubwürdigkeit gewonnen.

Zum anderen: Ich finde die Idee vom Kollegen Kilian sehr gut, stärker über das Lernen zu sprechen. Und die Idee: Sollten wir künftig auf der einen Seite Gutachten zur Verfügung stellen? – ich nehme die SPD so wahr, dass man das machen sollte, weil das bei Ihnen einer der größten Druckpunkte ist. Ich weiß nicht genau, wie wir da noch mal zurückblicken. Hätte man das in der Vergangenheit immer machen können? – Dazu habe ich auch von der FDP noch nichts gehört. Ich glaube, das wäre interessant, damit wir einen Eindruck bekommen, wie wir als gesamter Ausschuss dazu stehen. Einmal: Hätte man in der Vergangenheit immer solche Gutachten zur Verfügung stellen sollen? Und: Wollen wir uns künftig eine Regel geben, dass solche Gutachten für Entscheidungsfindungen des Parlaments immer zur Verfügung gestellt werden müssen, und wir nicht so eine Art Holschuld haben, sondern es da eine eindeutige Verantwortung gibt? – Das kann ja eine Schlussfolgerung dieses Prozesses sein.

(Beate Raudies [SPD]: Also die Bringschuld der Regierung gibt es jetzt schon!)

Dirk Schrödter, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Ich will für die Landesregierung noch einmal sehr klar sagen: Niemand ist wahrscheinlich glücklicher als wir, dass das PwC-Gutachten jetzt öffentlich ist und in den wesentlichen Teilen auch dort nicht geschwärzt ist, sondern es zu ganz klaren Aussagen hinsichtlich der Ausfallwahrscheinlichkeiten kommt. Niemand ist glücklicher als wir, weil wir damit deutlich machen können: „Auf welcher Basis haben wir denn tatsächlich die Entscheidung getroffen?“, und: „War es verantwortlich bei einer Ausfallwahrscheinlichkeit von unter einem Prozent und einer Rückzahlungswahrscheinlichkeit – vollständig – von 86 Prozent, eine positive Entscheidung für ein Ansiedlungsvorhaben, für das seit Jahrzehnten größte Industrieprojekt in diesem Land, zu treffen? – Ich halte das nach wie vor für verantwortlich.“

Wir sind glücklich, dass dieses Gutachten öffentlich ist, weil sich jede und jeder in diesem Land jetzt ein Bild darüber machen kann. Unabhängig von den Ausschussberatungen kann jeder da reingucken und sagen: „War das eine Entscheidung, die gerechtfertigt war?“, sich ein Bild machen – die gesamte Öffentlichkeit.

Worüber sich die Öffentlichkeit aber bis jetzt kein Bild machen kann – Frau Raudies, das war mein Hinweis zu dem halben Jahr; denn Sie kennen die Unterlagen seit einem halben Jahr –, ist die Haltung der SPD dazu.

(Beate Raudies [SPD]: Sie und das Stöckchen, Herr Minister!)

Der Abgeordnete Stender erklärte letztes Mal ausweislich des Protokolls:

„... die Entscheidung am Ende wäre ebenfalls eine bessere gewesen.“

Was ist denn die bessere Entscheidung? – Die Antwort, sind Sie uns schuldig.

(Beate Raudies [SPD]: Nee!)

Ich sage Ihnen – nein, ich habe es hier schon einmal gesagt –: Es ist gratismutig, was Sie tun. Das ist wirklich gratismutig. Da hat Frau Abgeordnete Krämer viel mehr Schneid.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Beate Raudies [SPD]:

Herr Minister Schrödter, vielen Dank für die Einschätzung. Ich teile Ihre Einschätzung, was grundsätzlich den Schneid der Kollegin Krämer angeht.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Ich auch! –
Vereinzelte Heiterkeit CDU)

Aber wir sind das Parlament, und wir befragen die Regierung, und nicht die Regierung befragt das Parlament. Nur, um das noch einmal klarzustellen.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Sie haben kein Recht, von uns hier irgendwelche Antworten zu bekommen und irgendwelche Antworten zu erhalten. Ich habe Ihnen bereits mehrfach erklärt: Über das Stöckchen, das Sie uns hier hinhalten, springen wir nicht.

Ein Beispiel dafür, was wir mit „besser“ meinen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist vielleicht die Debatte, die wir in diesen Ausschüssen gemeinsam über die Frage der Auszahlungsmodalitäten zur TCTF-Förderung hatten. Darüber haben wir uns ja unterhalten, als schon dunkle Wolken über Northvolt aufzogen. Dafür hatten wir eine Einschätzung aus dem Wirtschaftsministerium – ich versuche, das jetzt so zu sagen; das ist ja alles noch nicht öffentlich –, die doch viele Fragen offengelassen hat. Viele Fragen wurden in dieser Sitzung nicht beantwortet, und daraufhin sind wir mit einem anderen Ergebnis aus dieser Sitzung rausgegangen, als die Landesregierung sich das, glaube ich, gewünscht hat. Sie hat nämlich in der Sitzung zu diesem einen Punkt ihre Meinung geändert.

So etwas meine ich mit „bessere Entscheidung“, und: Wir kommen gemeinschaftlich zu Ergebnissen. – Wenn nötig, können wir auch die Entstufung dieser Unterlagen noch beantragen.

Tobias Koch [CDU]:

Als Mitglied des Parlaments ist es bestimmt in Ordnung, wenn wir uns untereinander Fragen stellen.

(Beate Raudies [SPD]: Selbstverständlich!)

– Wunderbar. Denn ich würde den Kollegen Stender schon fragen wollen, ob ich das richtig

verstehe, wenn er immer davon spricht, es hätte eine bessere Entscheidung gegeben, wenn das Gutachten vorgelegen hätte. Herr Kollege Stender, meinen Sie damit eine Zustimmung der SPD auf Basis einer besseren Grundlage? Dann hätten Sie die 86 Prozent und das maximale Ausfallrisiko von unter einem Prozent gekannt, und dann hätten Sie doch zugestimmt, mit dieser besseren Entscheidungsgrundlage. Verstehe ich Sie da richtig?

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Bernd Buchholz.

(Tobias Koch [CDU]: Ach so, kriege ich keine Antwort?)

– Er kommt dran, wenn er sich meldet.

Dr. Bernd Buchholz [FDP]:

Ich würde mal versuchen, an dieser Stelle einen anderen Sachverhalt in den Blick zu nehmen und dabei zu zeigen, dass es nicht immer so ist, dass die Landesregierung es von vornherein so sieht, wie sie es heute sieht. Das gilt zum Beispiel für die Dokumentation der vier Videokonferenzen im Zuge der 150 Fragen zu dem Thema. Da hat der Chef der Staatskanzlei in den letzten Sitzungen erklärt, das sei alles ordentlich dokumentiert; das sei in den Akten alles ordentlich enthalten. Heute räumt der Wirtschaftsminister ein, dass es ein Fehler war, diese Sitzungen nicht zu protokollieren. Die Frage ist, ob das jetzt freiwillig ist, dass die Landesregierung das einräumt, weil das ein Fehler war, oder ob es daran liegt, dass der Bundesrechnungshof festgestellt hat, dass die Nichtdokumentation dieser vier Videokonferenzen ein schwerer Verstoß gegen die Aktenordnung war. Das ist inzwischen öffentlich. So ist das mit dem Thema: Wir sind von uns aus ganz transparent und räumen von vornherein die Fehler ein.

Deshalb komme ich jetzt mal zum Zweiten – zu dem, was ich eigentlich wollte –, nämlich zum PwC-Gutachten. Vielleicht, Herr Kollege Kilian, versuchen Sie einmal, nicht nur Ihre eigene, persönliche Perspektive auf dieses Gutachten einzunehmen, sondern nehmen auch die Positionen zur Kenntnis, die andere zu diesem Gutachten eingenommen haben. Ich will damit gar nicht Ihre Bundeswirtschaftsministerin zitieren, die gesagt hat, auf der Basis war es eine Fehlentscheidung, sondern ich will insbesondere darauf hinaus, dass der Bundesrechnungshof ausweislich der Presselage und des Gutachtens, das er erstattet hat, gesagt hat, dass die

Annahmen dieses Gutachtens nicht tragfähig waren. Das ergibt sich aus meiner Sicht aus dem Gutachten selbst, und deshalb habe ich Fragen dazu.

Bei der Frage der Analyse der Unternehmensplanung von Northvolt zum sogenannten Szenario 150 Gigawattstunden – das ist ja das, wozu es überhaupt nur Planungsunterlagen gab –, erklärt in Randnummer 270 der Gutachter von PwC selbst:

„Detaillierte Hintergrundinformationen – z. B. in Form eines Annahmenbuchs – zu der Unternehmensplanung von NV AB lagen uns nicht vor. Aus diesem Grund war es uns nicht möglich, die Positionen der Ergebnisrechnung ... zu plausibilisieren.“

Meine Frage an die Landesregierung ist: Wie haben Sie denn diesen Satz interpretiert? Wie kann man ihn anders interpretieren, als dass eine Ergebnisrechnung in Wahrheit nicht nachvollzogen werden konnte?

Das findet sich übrigens in ähnlicher Art und Weise in der Analyse der Unternehmensplanung zu Heide, genau auf dieselbe Art und Weise – Zitat Nummer 181 des Gutachtens –:

„Da uns keine gebündelten Hintergrundinformationen zu der Unternehmensplanung vorlagen, war es uns nicht möglich, die Positionen der Ergebnisrechnung im Detail zu plausibilisieren.“

Heißt, die Ergebnisrechnung, die schon die Basisannahme ist, lässt sich nicht einfach nachvollziehen.

Wir nehmen ein weiteres Beispiel, wenn es um die Finanzierungsfrage des Themas geht. Ich bitte Sie als Landesregierung, einfach dazu Stellung zu nehmen. Nummer 432 des PwC-Gutachtens:

„Die zur Verfügung gestellte Unternehmensplanung von Northvolt verfügt über keine vollständige Kapitalflussrechnung. Die dargestellten Positionen beschränken sich auf die Ertragslage ..., die Abschreibungen und Wertminderungen, die Veränderung des Umlaufvermögens sowie Investitionszahlungen. Informationen zur geplanten Finanzierung liegen nur rudimentär vor und Informationen zum Schuldendienst fehlen vollständig.“

(Beate Raudies [SPD]: Genau!)

„Um trotzdem die zukünftigen Zahlungsströme Northvolts abschätzen zu können, werden von uns diverse vereinfachende Annahmen getroffen.“

Mit Verlaub, wenn Sie zur Ergebnisrechnung keine Basis haben und zur Finanzierung keine Basis haben, dann haben Sie gar keine Basis, um irgendwelche Simulationen aufzusetzen. Genau das stellt der Bundesrechnungshof fest.

Ich möchte Sie bitten, einfach dazu einmal Stellung zu nehmen; denn es geht darum, dass auf der Fachebene genau diese Fragen ja gestellt worden sind, und der Bundesrechnungshof kritisiert, dass im Bundeswirtschaftsministerium gar keiner Fragen gestellt hat. In diesem Land sind auf der Fachebene Fragen gestellt worden, und zwar die richtigen Fragen, aber meine Frage ist: Inwieweit sind sie denn dann in das endgültige Abwägungsthema eingeflossen?

Minister Madsen hat vorhin erklärt, es habe zwischen der Version 1 des Gutachtens und der letzten Version noch Änderungen gegeben. Wir werden das dann anschließend nachvollziehen, Herr Minister; denn der Bundesrechnungshof hat auch dazu eine Feststellung getroffen. Er stellt nämlich fest, dass es zwischen der ersten Version und der endgültigen Version allenfalls redaktionelle Änderungen am Gutachten gegeben hat, allenfalls redaktionelle Änderungen. Meine Frage ist deshalb insgesamt: Wollen Sie, wenn Sie heute auf dieses Gutachten mit diesen Passagen blicken, allen Ernstes sagen, dass Sie die Entscheidung dazu genauso getroffen hätten wie damals, ja oder nein?

Zweite Frage. Im Hinblick auf die Übersendung des Gutachtens – das ist eigentlich ein anderer Block, nämlich: Information des Parlaments – habe ich nur eine Frage. Ja, in der Vergangenheit war es auch durch mich nicht üblich, immer Gutachten zu verschicken – das hängt damit zusammen, dass man darin auch ganz viele Geschäftsgeheimnisse hat, insbesondere wenn es um Schiffsfinanzierung und so einen Kram geht –, also: in der Regel nicht. In diesem Falle haben Sie als Landesregierung besonderen Wert darauf gelegt, dass PwC im sogenannten Reliance Letter ausdrücklich einräumt, dass sowohl Landtag als auch Landesrechnungshof dieses Gutachten bekommen dürfen. Meine Frage ist: Warum haben Sie das so speziell gewollt, nachdem es dann zugestanden worden ist, aber nicht realisiert? – Wenn Sie das beantworten können, wäre ich dankbar.

Kianusch Stender [SPD]:

Ich wurde ja gerade direkt von Herrn Koch angesprochen. Ich finde es schon ein bisschen tollkühn von Ihnen, jetzt so über diese Risiken zu sprechen, obwohl Sie nicht ein einziges Mal selber im Keller waren, um sich diese Akten anzusehen.

(Tobias Koch [CDU]: Mittlerweile doch!)

– Ja, mittlerweile.

(Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist ja alles öffentlich!)

– Aber ja mit Schwärzungen, Herr Petersdotter. Worauf wir uns nicht einlassen wollen – das ist das, was Kollegin Raudies mit dem Stöckchen meint, worüber wir nicht springen –, ist dieses Pistole-auf-die-Brust Ihrerseits: Ja, aber mit dem Wissen, was Sie jetzt haben, hätten Sie dann zugestimmt, ja oder nein? – Dieses Schwarz und Weiß ist so unangemessen der Situation gegenüber.

(Tobias Koch [CDU]: Ich will nur Ihre Aussage verstehen! Was heißt denn „bessere Entscheidung“?)

– Das kann ich Ihnen gerne erklären, wenn Sie zuhören würden. Ich habe gesagt, es geht darum: Wenn wir diese Risiken gekannt hätten, dann wäre das vor allem erst einmal eine andere Diskussion gewesen, eine ganz andere Diskussion. Die Risiken waren nicht bekannt. Es war vor allem auch nicht die Höhe des Eigenkapitals bekannt, auch im Verhältnis zum Gesamtkapital, was es am Ende gegeben hat. All diese Dinge waren nicht bekannt. Hätten wir das alles gewusst – Ich selber war damals noch nicht mal Teil des Parlaments und habe gar nicht mit abgestimmt – Herr Koch, deswegen erübrigt sich die Frage, wie ich dann abgestimmt hätte –, aber ich kann auch für meine Fraktion sprechen. Meine Fraktion hätte ganz anders über diese Frage diskutiert, wenn diese Risiken, die die Landesregierung uns vorenthalten hat, gekommen wären. Ich habe gesagt: Wir hätten eine bessere Entscheidung getroffen. Wir für uns hätten eine bessere Entscheidung getroffen, die wir auch im Parlament oder im Finanzausschuss so mit eingebracht hätten.

(Tobias Koch [CDU]: Zu welchem Ergebnis wären Sie gekommen? Welche Entscheidung hätten Sie getroffen?)

– Ich weiß gar nicht, weswegen Sie darauf jetzt so herumreiten. Frau Raudies hat es beim letzten Mal gesagt; sie hat es gerade noch einmal wiederholt, dass wir zum Beispiel beim Thema der Auszahlungsmodalitäten und bei dem gesamten Vertragswerk andere Verfahren hätten treffen können. Wir hätten sagen können: Nein, das Risiko ist uns zu hoch, dass wir jetzt mit 300 Millionen sofort bürgen und denen das im Vorhinein schon auszahlen. – Wir hätten auch zu ganz anderen Modalitäten kommen können. In dieser Diskussion hätten wir diese Risiken gekannt.

Aber all diese Punkte der Zahlungsmodalitäten und der Verpflichtungen, die die einzelnen Parteien eingehen müssen – dazu wollen Sie jetzt nur eine Ja- oder Nein-Entscheidung hören. Hätten wir die Diskussion anders geführt, hätten wir uns zumindest in dieser Frage anders verhalten, da bin ich mir ziemlich sicher. Dann hätte es nicht sofort geheißen: „Nein, wir geben dieses Geld nicht“, oder „Ja, unbedingt, die 300 Millionen müssen kommen“, sondern dann hätten wir noch die Option C, D und E aufgemacht.

Das ist der Punkt, den ich von Anfang an vertreten habe, den Frau Raudies in der letzten Sitzung dargelegt hat, den sie in dieser Sitzung dargelegt hat und den Sie einfach nicht hören wollen, weil Sie von uns hören wollen, ähnlich wie bei der Kollegin Krämer: Ja oder nein, hätten Sie es noch gemacht oder nicht?

Dieses Schwarz-Weiß-Denken tut dieser Debatte überhaupt nicht gut. Das ist auch der Grund, warum wir gesagt haben: Wir wollen diese Aufklärung und wollen wissen – deswegen reiten wir auch so darauf herum –, warum uns diese ganzen Risiken nicht genannt wurden.

Der Kollege Buchholz hat ja gerade noch einmal gesagt, wie man eigentlich mit diesem PwC-Gutachten auch hätte verfahren können, meiner Meinung nach auch müssen. Sie haben in dem Reliance Letter explizit mit drinstehen, dass uns das Gutachten zur Verfügung gestellt werden kann, nicht nur uns, auch dem Landesrechnungshof. Wenn sich der Minister heute hinstellt und sagt: Wir haben das sonst auch nicht gemacht, deswegen war es auch keine aktive Entscheidung, das nicht zu machen. – Na ja, was denn sonst?

Wenn Sie dieses Gutachten bekommen und es nicht weiterleiten, dann ist es natürlich eine Ent-

scheidung dagegen, das so transparent zu machen. Wenn Sie ganz offensichtlich, schwarz auf weiß die Erlaubnis haben, das weiterzuleiten, das aber nicht tun, finde ich das nicht richtig. Dann ist das schon eine aktive Entscheidung; da kommt man hier nicht so einfach raus, wenn man sich am Anfang der Sitzung hinstellt und sagt: Wir haben uns nicht dazu entschieden, weil es sonst auch nicht üblich war. – Nichts an dieser ganzen Ansiedlung, nichts an diesem ganzen Geld – Steuergeld –, das wir hier hineingeben, war üblich.

Deswegen, ja, bin auch ich dafür, Herr Kilian, dass wir uns noch einmal darüber unterhalten, was man beim nächsten Mal anders machen muss; das ist auch der Aufklärungswille, den wir haben. Aber man muss schon auch darüber sprechen, warum es bei diesem Mal überhaupt so gewesen ist. Da finde ich schon, dass die Landesregierung noch Versäumnisse einräumen muss, was sie hier sehr zögerlich tut und auch nur auf unseren Nachdruck hin oder wenn Dinge wie das Gutachten vom Bundesrechnungshof kommen und peu à peu doch mehr Transparenz hergestellt wird.

In Sachen Transparenz: Wir haben ja am Anfang darüber gesprochen, dass wir hier noch aus verschiedenen Umdrucken zitieren und die auch nennen wollen. Daher möchte ich das gerne zu einem tun, Herr Vorsitzender, und zwar beschäftige ich mich mit dem [Umdruck 20/4839](#) auf der Seite 85. Da geht es um eine E-Mail vom 24. November 2023, in der das MWVATT von der Staatskanzlei aufgefordert wurde, eine „zusätzliche Beschlussziffer“ in die Kabinettsvorlage zu formulieren, nach der doch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft das Bundesgutachten begründen sollte. Was genau ist der Grund dafür, dass das hineinformuliert werden sollte? Also gab es nun doch Zweifel an dem Bundesgutachten? Ich habe in der letzten Ausschusssitzung, als Minister Schrödter darauf eingegangen ist, noch nicht verstanden, ob es Zweifel an diesem Gutachten gab oder nicht. Ich lese es aus diesem Mailverlauf, den ich gerade aus dem Umdruck zitiert habe, anders heraus, als Sie es beim letzten Mal gesagt haben.

Daran anschließend die Frage, Frau Carstens, wenn ich mir diesen Schriftverlauf hier angucke – ich bin immer noch beim gleichen Umdruck -: Warum waren Sie denn der Auffassung, dass diese Beauftragung einer möglichen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nicht bei Ihnen, sondern bei der Staatskanzlei lag?

Auch noch zum selben Umdruck die Frage an Sie: Hat es diese Prüfung denn dann gegeben, beziehungsweise warum hat es die Prüfung nicht gegeben? – Das ist mir beim letzten Mal noch nicht klar geworden.

Wenn ich direkt noch eine Frage hinterher stellen darf – da geht es dann um einen anderen Umdruck, und zwar um den [Umdruck 20/4867](#) auf Seite 64. Da heißt es in einer innerhalb des Finanzministeriums am 29. November 2023 verschickten E-Mail – ich zitiere –:

„Wäre SH, anstatt sich auf die PWC-Prüfung zu verlassen, eigentlich dazu verpflichtet, einen eigenen Mandatar einzuschalten ...?“

– und so weiter –

„MWVATT prüft wohl gerade, ob es insoweit Präzedenzfälle gibt, in denen bereits so verfahren wurde.“

Ich frage mich: Warum wurde wenige Tage vor der Kabinettsbefassung, 4. Dezember, immer noch über die Frage diskutiert, das Bundesgutachten doch vom Land bewerten zu lassen? Wie ist die Frage durch wen entschieden worden? – Sie haben gesagt, es ist alles gemeinsam entschieden worden, aber hier gibt es ja feste Schriftverkehre im Finanzministerium. Da glaube ich nicht, dass Sie sich dann zufällig einmal zu dritt an einen Tisch gesetzt und das so entschieden haben.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich versuche, mich an Bernd Buchholz zu orientieren. Gandhi hat gesagt: Be the change you wish to see in the world. – Deswegen beginne ich mit dem PwC-Gutachten – sage nichts mehr zum Verfahren –, und zwar zur Wahrscheinlichkeit.

Ich bin nämlich weiterhin davon überzeugt, dass das in der Situation kein unübliches Risiko war, und kann daher auch weiterhin nachvollziehen, dass dieses Gutachten und diese Risikodarstellung in der Art und Weise erfolgt sind, wie sie erfolgt sind. Ob wir daraus, jetzt aus der Zukunft betrachtet, lernen wollen, ist eine andere Diskussion.

Es wurde mehrfach gesagt: die 86 Prozent Wahrscheinlichkeit auf Erfolg mit Zinsen und 1 Prozent Wahrscheinlichkeit auf den Totalver-

lust – das klingt beides nach den Maximalgrenzen. Ich will einmal darauf hinweisen, dass diese Wahrscheinlichkeiten das Ergebnis von über 20.000 Simulationen sind. Es ist also nicht so, dass man das Pi mal Daumen gemacht hat, sondern man hat 20.000 Simulationen durchgeführt, um zu Wahrscheinlichkeiten zu kommen, damit eine anständige Entscheidung zustande kommen kann.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Auf welcher Datenbasis?)

Die Wahrscheinlichkeit, dass weniger als 50 Prozent zurückgeführt werden – also weniger als 50 Prozent –, lag immer noch bei fünf Prozent. Da reden wir nicht mehr von unter 1 Prozent Totalverlust, aber die Wahrscheinlichkeit, dass weniger als 50 Prozent zurückgeführt werden, lag lediglich bei fünf Prozent. Die Wahrscheinlichkeit, dass 90 Prozent inklusive Zinsen zurückgeführt werden – das ist eine enorme Summe, wenn man einmal bedenkt, was das Ziel des Ganzen war: 90 Prozent inklusive Zinsen, und wir wissen, bei einer Wandelanleihe gibt es Risiken –, lag immer noch bei 88 Prozent – bei 20.000 Simulationen.

Ich will einmal hinzufügen: Es ging hierbei nicht nur um eine Frage von Wahrscheinlichkeit und darum: „Ist das jetzt gerade die marktwirtschaftlich allersinnvollste aller Entscheidungen, die wir zu treffen haben?“, sondern ein weiteres Kriterium der politischen Entscheidung war die strategische Bedeutung einer europäischen, einer deutschen Batteriezellproduktion, die wir so dringend brauchen. Das ist in den Wahrscheinlichkeiten noch nicht einmal ausgedrückt. Wenn wir die Tatsache zu den Wahrscheinlichkeiten addieren, ist diese Entscheidung, die damals getroffen wurde, bis heute nachvollziehbar.

(Beate Raudies [SPD]: Schön das Thema umschiffen!)

Sybilla Nitsch [SSW]:

Das waren gute Stichworte, Herr Kollege Petersdotter; denn ich teile diese Einschätzung nicht. Ich kann einmal darlegen, warum ich das nicht tue.

Kurz noch einmal ein, zwei Worte zu Herrn Kilian: Sie haben gesagt, Sie haben Lösungsvorschläge in den Raum gestellt. Da würde ich von meinem Eingangsstatement aus der letzten Beratung behaupten, dass wir das auch getan haben, dass man sich auf jeden Fall der Frage

stellen muss: Was brauche ich, um eine Entscheidungsgrundlage zu haben? – Das haben wir vielleicht alle in Teilen unterschätzt. Ich schätze an Ihnen, dass Sie da Eingeständnisse machen. Trotz allem ist es aber so, dass wir auch untersuchen müssen: Auf welcher Grundlage hat die Landesregierung uns immer wieder plausibel machen wollen: „Das Risiko haben wir eingeschätzt, und wir können dahinterstecken“? – Das müssen wir einfach untersuchen.

Wenn wir jetzt in das PwC-Gutachten gehen, dann kann ich mich den Fragen von Herrn Buchholz anschließen, weil das genau die Punkte sind – genau die Knackpunkte –: Welche Datengrundlage hatte man, und auf welcher Annahme, für welche Kapazität, auch für die Unternehmenskapazität, hat man geplant? – Denn man muss an dieser Stelle festhalten: Das Traumszenario – das ja Berge versetzen wollte – von 250 Gigawattstunden für den Gesamtkonzern, was bedeutet hätte, dass wir 60 Gigawattstunden Produktionskapazität in Heide gehabt hätten, hat keine Grundlage. Das macht das Gutachten ganz deutlich. Es hat keine Grundlage.

Die einzige Grundlage, die hier berechnet wird, ist das 150-Gigawattstunden-Szenario. Dieses Szenario wird aber auch nur anhand von Annahmen berechnet und plausibel gemacht. Das müssen Sie doch einmal eingestehen! Sie müssen das hier doch einmal darlegen und sagen: Ja, es ist so eingeschätzt worden.

Auf Bundesebene ist es ganz klar so eingeschätzt worden, dass diese Annahmen einfach gefährlich waren und man diese Entscheidung nicht so fahrlässig hätte treffen müssen. Das ist für mich ein ganz großer Knackpunkt in der Diskussion, weil wir auch darüber sprechen: Was ist eigentlich dem Bürger mitgeteilt worden? – Dem Bürger ist mitgeteilt worden: Tolles Projekt, Batteriezellproduktion, 3.000 Mitarbeiter und so weiter und so fort. – Das sind alles Zahlen, die auf dem 250-Gigawatt-Szenario fußen. Aber wir sehen jetzt, es gab nur Zahlenmaterial und eine Grundlage für das 150-Gigawatt-Szenario. Das ist für mich auch ein kritischer Punkt, den es aufzuarbeiten gilt, weil wir hier davon sprechen müssen, dass die Öffentlichkeit über dieses Gesamtprojekt in Teilen getäuscht worden ist. Wäre mir das an der Stelle so bewusst gewesen, dann hätte ich sicherlich auch noch einmal Fragen gestellt.

Immer diese Frage: Warum hätte man die Entscheidung anders getroffen? – Da muss man ganz deutlich sagen: Ja, wir hätten dann als

Haushaltsgesetzgeber sicherlich eine Notbremse eingebaut; denn wir waren alle überzeugt davon, dass wir das machen wollen. Ich glaube, da muss man sich auch noch mal selber hinterfragen, ob man da nicht ein paar Einverständnisse macht, um auf Dauer glaubwürdig zu bleiben.

Deswegen: Diese Fragen, was die Szenarien angeht, sind, finde ich, extrem zentral in dieser ganzen Frage. Denn wir sprechen immer von diesem Szenario von 250-Gigawatt, dass der Glaube an dieses Szenario in Heide Berge versetzt hätte; darüber haben wir ja gesprochen. Wir müssen jetzt aber ins Detail einsteigen und sehen, dass wir gar keine Grundlage dafür hatten.

Ich möchte an der Stelle einmal eine Frage stellen und werde gegebenenfalls einen Antrag hinterherschicken. Herr Minister Madsen, Sie hatten letztes Mal, als ich auf die Businesspläne einging, die bereits in 2022 vorlagen, und auch auf die SWOT-Analyse zu dem PwC-Gutachten, dargestellt, dass das dem PwC-Gutachten sozusagen beigeheftet wäre. Da haben wir jetzt aber keine Unterlagen bekommen. Daher ist für mich die Frage: Sehen Sie Möglichkeiten, genauso zu fordern, dass der Businessplan und auch die SWOT-Analyse freigegeben werden? – Die lieferten in meinen Augen auch noch eine Grundlage für eine fachliche Diskussion, die die Szenarien noch einmal ganz anders aussehen ließe. Das möchte ich einmal geklärt wissen. Wenn das jetzt nicht geklärt werden kann, können wir das auch gerne in Form eines Antrags machen, dass wir darum bitten, dass auch diese Unterlagen ohne Schwärzungen zur Verfügung gestellt werden.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Ich möchte einen technischen Hinweis geben: Wir hätten die Möglichkeit, in ungefähr einer Viertelstunde in einen anderen Saal umzuziehen. Da herrschen 26,9 Grad, und wir sind gerade bei 28 Grad. Ich glaube, der Aufwand ist es nicht wert, aber wenn es gewünscht wird, können wir umziehen.

(Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Solange keine Zeitung schreibt, „die Koalition kommt ins Schwitzen, und das liegt nicht nur am Wetter“, sind wir mit dem Raum sehr fein!)

Ansonsten gab es den Hinweis der GM.SH, dass die Klimaanlage angeblich besser funktio-

niert, wenn wir die Fenster und Türen schließen. Ich bin nicht so sicher, ob das so ist; ich finde den Durchzug eigentlich ganz gut.

Jetzt aber weiter in der Sache. Da hatte ich mir notiert, dass Herr Minister Schrödter dran ist.

Dirk Schrödter, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Das war wahrscheinlich die Frage des Abgeordneten Stender zu der Kabinettsvorlage.

(Zuruf: Das Mikro ist nicht an!)

– Ach so, aber das Licht leuchtete. Die Hitze macht offensichtlich der Anlage zu schaffen, aber jetzt geht es hoffentlich.

Man muss sagen, der Abgeordnete Buchholz hat genau diese Frage schon vor Wochen in der Presse einmal thematisiert. Wir haben darüber im Ausschuss, glaube ich, schon dreimal gesprochen. Ich sage es gerne auch noch zum vierten Mal.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Das ist heute eigentlich nicht Gegenstand!)

– Herr Abgeordneter Buchholz, ich weiß, dass wir heute über das PwC-Gutachten sprechen wollen. Jetzt hat der Abgeordnete Stender aber eine Frage gestellt, die wir schon dreimal im Ausschuss erörtert haben. Daher würde ich gerne diese Frage noch einmal bewegen.

(Kianusch Stender [SPD]: Weil das nicht beantwortet wurde!)

Also, in der Tat, wir haben das noch einmal reingegeben, als es in der Entstehung der Kabinettsvorlage war. Wir haben uns – das sehen Sie in den Akten, die Sie vorliegen haben – miteinander intensiv besprochen. Wir haben dann zwischen den drei Häusern festgestellt, dass wir durch eine weitere Begutachtung keine weiteren Erkenntnisse bekommen werden und dass es uns obliegt, diese Risikobewertung selbst zu vorzunehmen. Das hatten wir in einem über ein Dreivierteljahr andauernden Prozess mit mehreren Fragen sehr intensiv gemacht. Das sind 180, 200 Fragen oder so was zu unterschiedlichsten Sachverhalten.

Wir haben dann in der Tat – das war zunächst nicht Gegenstand der Kabinettsvorlage; Herr Dr. Buchholz hatte schon herausgearbeitet, dass es da noch zu Änderungen gekommen ist;

das hatten wir auch schon im Ausschuss miteinander beraten – noch einmal die Kabinettsvorlage geschärft, auch hinsichtlich der Frage der Risikobewertung an dieser Stelle. Wir haben alle miteinander festgehalten, dass wir über das hinaus, was wir an Risikobewertung auf Basis des vorliegenden Gutachtens haben, keine weitergehenden Erkenntnisse gewinnen können, wenn wir das noch einmal machen. Aus diesem Grund haben wir dann von diesem Punkt einfach Abstand genommen.

Das ist ein ganz normaler Prozess innerhalb der Entstehung einer Kabinettsvorlage. Ich kann verstehen, dass das für Außenstehende nicht ganz nachvollziehbar ist, aber so arbeitet eben die Landesverwaltung: zusammen, gemeinschaftlich Dinge beraten und dann zu gemeinsamen guten Erkenntnissen kommen.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Darf ich dazu eine unmittelbare Nachfrage stellen?)

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Gut, eine und dann nicht wieder gleich drei Punkte.

Dr. Bernd Buchholz [FDP]:

Unmittelbare Nachfrage. Herr Minister, das kann ich nachvollziehen. Die Frage ist: Was war die Veranlassung für den ersten Gedanken, doch noch einmal das Gutachten überprüfen zu lassen? Hatte das möglicherweise mit dem Charakter des Geschäfts zu tun, und gibt es dafür Voraussetzungen?

Dirk Schrödter, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Ich habe mir die Kabinettsvorlage durchgelesen und festgestellt, dass da noch Ergänzungsbedarf ist. Dann dachte ich, wenn wir das jetzt nicht selbst da hineinschreiben, dann müsste man noch einmal jemanden draufgucken lassen. Aber da wir selbst in der Lage waren, das gut noch einmal abzuwägen, konnten wir das auch sehr gut in die Kabinettsvorlage übernehmen.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Dann ist Lasse Petersdotter dran.

(Staatssekretärin Carstens: Wir müssen doch Fragen beantworten! – Kianusch Stender [SPD]: Aber meine Fragen sind

noch nicht beantwortet! – Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Es müssen noch Fragen beantwortet werden!)

– Das weiß ich. Trotzdem habe ich eine Rednerliste, und alle warten darauf. Jetzt habe ich den Kollegen Petersdotter, dann den Kollegen Kilian, dann Herrn Madsen beziehungsweise Frau Carstens, und dann sind Frau Herdejürgen und Frau Nitsch dran.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Okay, vielen Dank. Ich habe auch keine Frage an die Landesregierung. Insofern wird der Text nicht länger.

Die Kollegin Nitsch hatte gerade angesprochen, dass man nur aufgrund von Annahmen entschieden hätte. Ich finde da als Gegenargument wichtig, dass das bei Start-ups und so weiter nicht unüblich ist.

(Lachen Beate Raudies [SPD])

Ich bin eben in meinem Wortbeitrag sehr auf die unterschiedlichen Risikobewertungen nach diesen 20.000 Simulationen eingegangen. Ich finde aber auch wichtig, bei solchen Entscheidungen sind natürlich nicht nur Wahrscheinlichkeiten relevant, sondern auch: Worum ging es, und was sprach für das Unternehmen aus diesem Gutachten hervorgehend? – Das war einmal die technologische Wettbewerbsfähigkeit. Ich finde, wir dürfen nicht vergessen, dass Northvolt in dem Gutachten als kompetenter Hersteller eingeschätzt wird. Es waren die Kundenbasis und die bestehenden Absatzverträge. Es bestanden auch langfristige Verträge mit führenden Unternehmen – dazu zählten VW, BMW, Volvo – und damit auch eine gewisse erwartbare Stabilität. Es gab ein Referenzprojekt mit der Inbetriebnahme der Batteriefabrik in Schweden. Auch das stärkte in der Situation die Glaubwürdigkeit. Es gab eine deutliche Nachhaltigkeits- und europäische Strategie im Hinblick auf die CO₂-arme Produktion. Also auch hier wieder Stabilität, Glaubwürdigkeit und Zukunftsorientierung. Hinzuweisen ist auch auf das Recycling und die lokalisierten Lieferketten, die es dort gab.

Allgemein passte alles in die Industriepolitik, die sowohl das Land Schleswig-Holstein als auch die Bundesrepublik als auch die Europäische Union verfolgen. Und all das befand sich in einem Markt, der sich in dieser Zeit im Wachstum

befand, in der Batteriezellen gerade im Zusammenhang mit der E-Mobilität immer relevanter wurden. Neben allen Wahrscheinlichkeiten und Risiken darf man das nicht außer Acht lassen, wenn es um die Entscheidung eines solchen politischen Projektes geht.

Lukas Kilian [CDU]:

Ich möchte auf die Kollegin Nitsch antworten, die gesagt hat, dass zu dem 250-Gigawatt-Szenario keinerlei Anhaltspunkte und Annahmen vorliegen.

(Widerspruch SPD – Zuruf Sybilla Nitsch [SSW])

Der Kollege Dr. Buchholz hat aus dem Gutachten zitiert; wir kennen das von ihm, er zitiert die Sätze, die ihm gefallen.

(Beate Raudies [SPD]: Ja, gleichfalls!)

Aber man muss im Zweifel weiterlesen. Wenn man sich dann anschaut, dass beispielsweise in Randnummer 364 drinsteht:

„Die von NV AB bereitgestellten Informationen zur Finanzierungsplanung beschränken sich auf das 150 GWh-Szenario.“

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Ja!)

„Da sich die beiden Szenarien nicht durch neue Fabriken, sondern im Wesentlichen durch zusätzliche Fabrikblöcke voneinander unterscheiden, gelten die Informationen zu den geplanten Projektfinanzierungen weiterhin.“

Also ist es tatsächlich auch eine Bewertung, die PwC vornimmt,

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Aber eine Annahme! Das stimmt!)

indem gesagt wird, es wird keine komplett neue Fabrik gebaut, sondern es wird ein Bestandteil, quasi ein Legostein, dazugelegt.

Ich glaube, wir müssen uns immer mal wieder überlegen: Was ist der Kern dieser ganzen Diskussion? – Ich bin ja stolz darauf, ich freue mich, in Schleswig-Holstein Politik zu machen. Ich freue mich, mit Ihnen allen Politik zu machen, weil wir hier, auch wenn etwas in die Hose geht oder wir solche Diskussionen haben, wo

dann Steuerzahlergeld in Gefahr gerät – Frau Raudies, ich bewerte das noch nicht ganz so, wie Sie das gemacht haben, aber wer weiß, wer von uns beiden am Ende des Tages recht hat –

(Beate Raudies [SPD]: Es ist weg!)

Wenn man nach Berlin schaut, dann sieht man, dass die Vorlage für den Haushaltsausschuss in Berlin, um der ganzen Kiste zuzustimmen, zweieinhalb Seiten umfasste – zweieinhalb Seiten: Fertig aus, Mickey Maus, Berlin stimmt zu.

Wenn man sich jetzt anschaut, was in Berlin stattfindet, dann stellt man fest, die Beteiligten – meine Partei, alle anderen Parteien, die noch im Parlament vertreten sind – diskutieren mit einem Mal darüber und sagen: Ja, Untersuchungsausschuss oder sonst was! – Aber eine richtige Untersuchung findet da bislang noch gar nicht statt. Die haben sich weder im Bundeswirtschaftsministerium noch im Bundesfinanzministerium noch im Bundeskanzleramt offensichtlich in der Detailtiefe wie unsere Ministerien, mit Nachfragen, diesem Gutachten gewidmet.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Der Haushaltsausschuss schon!)

– Der Haushaltsausschuss fängt jetzt an zu diskutieren. Er hat aber auf der Grundlage von zweieinhalb Seiten Vorlage außerplanmäßige Ausgaben mit einem Mal gesagt: Ja, machen wir. – Deswegen muss ich erst einmal sagen: Ich finde es sehr gut, was wir hier tun.

Aber ich will auch im Gesamtzusammenhang noch einmal sehr klar sagen: Es ging um 750 Millionen Euro Bundes- und Landesgelder, die in Schleswig-Holstein für ein Industriegroßprojekt verbaut werden sollten. Davon hat ein Großteil der Bund getragen. Denn wir haben ja sozusagen nur rückabgesichert. Wir sind quasi der Notfallanker für den Fall, dass es schiefgeht, für einen Teilbetrag.

(Beate Raudies [SPD]: Da haben Sie auch gut verhandelt!)

Ich finde, es ist wichtig, in der Bewertung zu berücksichtigen, dass es nur – in Anführungszeichen – um einen Teilbetrag ging. In der wirtschaftlichen Situation, in der wir uns in Schleswig-Holstein befinden und in der sich insbesondere die Westküste befindet, muss man bei jeder politischen Entscheidung mit bewerten, dass hier 750 Millionen Euro Steuergelder für

die wirtschaftliche Entwicklung bereitgestellt wurden und Schleswig-Holsteins Risiko die Rückabsicherung, abgesichert über einen Zinssatz, mit einer Rückzahlungswahrscheinlichkeit von 86 Prozent war.

Vor dem Hintergrund sage ich immer noch, ich würde als schleswig-holsteinischer Landtagsabgeordneter vielleicht selbstkritisch noch einmal schauen: Lässt man sich Gutachten vorlegen und Ähnliches? – Ich glaube, ich wäre bei der damaligen Betrachtung trotzdem zu dem Schluss gekommen: Das ist eine wirtschaftliche Entwicklungschance für Schleswig-Holstein, die der Bund – das Bundeskanzleramt, das Bundesfinanzministerium, das Bundeswirtschaftsministerium – geprüft hat, vorschlägt und in die er mit wahnsinnig viel Steuergeld zu investieren bereit ist.

Ich würde aus der damaligen Sicht immer noch sagen: Das ist eine wahnsinnige Chance für Schleswig-Holstein, die wir uns nicht entgehen lassen sollten. – Ich glaube, es ist wichtig, das immer wieder zu betrachten, weil wir uns hier ansonsten durchaus in Spiegelstrichen verlieren können. Das soll das nicht abwerten; wir müssen uns darüber definitiv unterhalten. Aber wenn man sich anschaut, wie das auf unterschiedlichen Ebenen gelaufen ist und was das für ein Entwicklungspotenzial und für einen Push für Schleswig-Holstein gebracht hat, mit wahnsinnig viel Bundesgeld, so darf das in der Gesamtbetrachtung nicht fehlen.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Herr Madsen oder Frau Carstens, Sie brannten darauf, die Fragen zu beantworten. – Bitte, Herr Madsen.

Claus Ruhe Madsen, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Ich fange an und dann gern Frau Staatssekretärin, wenn es erlaubt ist. – Vorweg würde ich gerne in den Raum stellen, dass ich glaube: Wir erkennen alle an, dass PwC eine sehr anerkannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist. Ich persönlich zumindest will das nicht infrage stellen.

Ich bin auch der Überzeugung, dass PwC kein Gutachten erstellt hätte, wenn sie der Auffassung wären, dass die Daten, die ihnen vorliegen, dafür nicht ausreichen.

(Beate Raudies [SPD]: Wieso, sie haben es doch reingeschrieben!)

Ich bin davon überzeugt, dass eine Firma wie PwC ihrem Image entsprechend das nicht täte, weil es denen als Unternehmen schaden würde.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Das haben sie doch reingeschrieben! – Beate Raudies [SPD]: Sie haben es doch reingeschrieben! – Zuruf Kianusch Stender [SPD])

Wenn Sie, lieber Herr Dr. Buchholz, Einzelpassagen herausziehen, indem Sie sagen, genau hier auf Seite 84 steht dies und jenes, dann könnte man an vielen anderen Stellen auch Einzelpassagen herausnehmen. Wenn Sie das Ganze aber global betrachten, dann steht dort sehr ausführlich, dass es Northvolt gelungen ist, in mehreren erfolgreichen Finanzierungsrunden Gelder zu bekommen, dass es ihnen gelungen ist, in mehreren Runden Kundenaufträge in sehr großer Höhe mit Take-or-Pay-Bedingungen hereinzubekommen und dass es ihnen bereits gelungen ist, eine Gigafabrik Ett auf die Beine zu stellen. Es wird auch an sehr vielen Stellen gesagt, dass dies auf der einen Seite plausibel ist.

Andererseits kann auch festgehalten werden: Es ist gar nicht unüblich, dass mit Annahmen gearbeitet wird, gerade dann, wenn es um Start-ups, neue Technologien, um Technologie insgesamt und Innovation geht. Diese Annahmen sind in der Monte-Carlo-Simulation dargestellt – das haben wir, glaube ich, hier mehrfach miteinander diskutiert –: 1 Prozent für den Totalausfall und 86 Prozent Wahrscheinlichkeit, dass alles zurückgezahlt werden wird.

Ein klarer Indikator ist natürlich das Finanzierungswerkzeug einer Wandelanleihe mit einem Risikoaufschlag. Auch der war Ihnen allen bekannt. Das heißt, dieses Instrument ist nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn es zur Finanzierung letztendlich benötigt wird. Gerade im Hinblick auf den Risikoaufschlag muss ich als Unternehmen überlegen: „Ist es mir das wert?“, und wir wiederum als Ausgeber einer Wandelanleihe: „Ist denn das Risiko entsprechend eingepreist worden?“. – Dazu also dieses Werkzeug.

Ich möchte damit einfach noch einmal klarmachen, dass das Instrument insgesamt eines ist, bei dem man natürlich darüber diskutieren kann, ob man das so für richtig hält oder nicht, und dass Northvolt dieses Instrument für sich gewählt hat und wir dem auch so zugestimmt haben mit dem Wissen um einen Risikoaufschlag. Das erst einmal.

Man könnte es auch anders sagen: Natürlich ist das mit Annahmen und Prognosen immer so ein Thema, worüber man diskutieren kann. Wenn man sich den Wetterbericht anschaut, um es mal bildlich darzustellen, und man aufgrund des Wetterberichtes am nächsten Tag in kurzer Hose erscheint und es regnet doch, dann ist das unglücklich. Aber es ist anhand von Annahmen und Berechnungen erstellt worden.

(Kianusch Stender [SPD]: Er weiß nicht, wovon er redet! – Zuruf Dr. Bernd Buchholz [FDP])

– Das würde man nicht, weil es nämlich, wenn Sie genau schauen, mit Annahmen und Prognosen dazu kommt, dass man nicht immer zu 100 Prozent richtigliegt. Würde man zu 100 Prozent richtigliegen, bräuchte man kein Finanzierungsinstrument. – Jetzt, wenn es erlaubt ist, Herr Vorsitzender, Frau Carstens.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Selbstverständlich, sehr gern.

Julia Carstens, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Ich will einmal versuchen, die Dinge, die ich aus den Fragen, die sich ergeben haben, mitgeschrieben habe, der Reihe nach zu beantworten.

Ich weiß, wir dürfen keine Fragen stellen, aber ich will es nur verstehen; vielleicht können Sie es gleich noch mal ein bisschen erläutern, Herr Abgeordneter Stender. Sie haben vorhin, da waren wir beim Thema „bessere Entscheidungen treffen“, von den Zahlungsmodalitäten in Bezug auf die Anleihe gesprochen. Das habe ich nicht ganz verstanden. Vielleicht können Sie das noch einmal ausführen.

Die Abgeordnete Raudies hat vorhin dargestellt, dass es in der einen Ausschusssitzung um die TCTF-Förderung und auch um Besicherungsfragen ging. Da verstehe ich es, wenn man sich auf die Zahlungsmodalitäten bezieht. Aber was meinen Sie denn damit mit Bezug auf die Wandelanleihe? Denn was die Zahlungsmodalitäten der Wandelanleihe angeht, war es so – das haben wir in den Ausschüssen miteinander besprochen und hier auch schon öfter thematisiert –, dass das Land Schleswig-Holstein erst Rückbürge wurde und der Teil des Landes Schleswig-Holstein auch erst geflossen ist,

nachdem die Standortentscheidung von Northvolt getroffen wurde, und die vorherigen 200 Millionen, die geflossen sind, vom Bund alleine rückabgesichert wurden. Deshalb würde mich da einmal interessieren: Was meinen Sie denn mit Zahlungsmodalitäten mit Bezug auf die Wandelanleihe? – Das habe ich nicht ganz verstanden. Vielleicht können Sie das noch einmal erläutern.

Dann würde ich gerne noch ein paar Dinge sagen, die aufgekommen sind. Herr Abgeordneter Buchholz, Sie haben die Änderungen im PwC-Gutachten angesprochen, auch was der Bund oder der Bundesrechnungshof dazu gesagt hat. Da haben Sie aus der Presse zitiert, so habe ich es verstanden. Da ist es anscheinend so, dass da auf Änderungen abgestellt wurde. Das hatten wir beim letzten Mal ein bisschen aufzulösen versucht. Deshalb ist es gut, dass wir noch einmal darüber sprechen.

Ich glaube, wir werden, wenn wir die entstuften Fragen und die Notizen zu den Videokonferenzen anschauen, noch einmal genauer darauf kommen können, welche Versionen man miteinander vergleicht. Also, vergleicht man die Version, die uns als Land am 7. Mai überstellt wurde mit der Version, die am Ende dabei herausgekommen ist, oder vergleicht man die Version von Juni mit der Version vom September, die uns im November zugegangen ist, also der finalen Version? Da gibt es einen Unterschied. Das will ich nur sagen.

Worauf wir uns beziehen – der Minister hat es in seinem Eingangsstatement vorhin auch gesagt –, ist Folgendes: Nachdem uns das Gutachten am 7. Mai übersandt wurde, sind die Fragen übersandt worden, die Videokonferenzen haben stattgefunden, und nach den Videokonferenzen hat PwC Änderungen im Gutachten vorgenommen, die dann in die Version vom 15. Juni eingeflossen sind, die als finale Version angesehen werden kann. Das haben wir, glaube ich, beim letzten Mal schon miteinander besprochen. Ich glaube, darauf bezieht es sich – korrigieren Sie mich gerne –, wenn gesagt wird: Danach wurden nur noch redaktionelle Änderungen vorgenommen.

(Zuruf Dr. Bernd Buchholz [FDP])

– Nein, okay. Gut, dann freue ich mich darauf, wenn wir in einer der nächsten Sitzungen, wenn wir die Fragen entstuft haben, darüber sprechen können, welche Änderungen konkret am Gutachten vorgenommen wurden; denn es sind

noch Änderungen am Gutachten vorgenommen worden.

Dann hatte ich mir aufgeschrieben: der Reliance Letter. Ja, die grundsätzliche Möglichkeit, es dem Parlament und auch anderen Akteuren im Land zu übersenden, ist in der Tat im Reliance Letter aufgenommen worden. Sie hatten dazu eine kleine Anfrage gestellt. Ich weiß nicht, ob Sie schon die Antwort erreicht hat; sie wird Sie demnächst erreichen. Da ist es auch noch einmal niedergeschrieben. Aber dass grundsätzlich die Möglichkeit geschaffen wird, finden wir als Landesregierung weiterhin richtig, und das korrespondiert ein bisschen mit dem, was vorhin gesagt wurde: Wie macht man es eigentlich in der Zukunft? – Aber eine Verpflichtung – das hat der Minister in seinem Eingangstatement gesagt – oder eine übliche Praxis war es in der Vergangenheit nicht.

Dann möchte ich gerne noch, Frau Nitsch, auf Ihre Punkte eingehen. Einmal die SWOT-Analyse; die finden Sie im entstuften Gutachten ab Seite 9. Das ist eine andere Darstellung, weil sie von uns – das meinen Sie, glaube ich – als Anhang zur Kabinettsvorlage anders dargestellt wurde. Die ist genauso drin – das ist nur herausgezogen worden – in dem PwC-Gutachten ab Seite 9.

In den Akten, die noch VS-VERTRAULICH sind, finden Sie auch eine Kurzanalyse eines Business-Plans. Es gab eine Vertraulichkeitsvereinbarung, damit PwC von Northvolt die Unterlagen bekommt. Das heißt, mehr kann ich Ihnen nicht zusagen, was wir Ihnen dazu zusenden können; denn mehr haben wir auch nicht an der Stelle. Das war als Rückbürge auch nicht unsere Aufgabe, sondern das ist die Aufgabe von PwC. Wir können gerne noch einmal darüber sprechen, wo das genau liegt, dass wir da auch Klarheit haben, aber mehr kann ich Ihnen an dieser Stelle nicht zusagen. Wie gesagt, die SWOT-Analyse finden Sie im Gutachten ab Seite 9.

Das war, glaube ich, das, was ich mir noch aufgeschrieben hatte.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Es ist jetzt viel darüber geredet worden, dass Simulationen im Rahmen von Gutachten durchaus ein übliches Instrument sind. Aber die Frage ist ja, auf welcher Datenbasis solche Simulationen erstellt werden. Und je mehr konkrete Unternehmensdaten vorliegen, desto präziser ist natürlich auch eine Simulation. Ich

frage mich, warum ein Unternehmen, das staatliche Mittel in diesem Umfang in Anspruch nehmen will, dem Gutachter die dafür nötigen Unterlagen nicht zur Verfügung stellt. An welcher Stelle ist denn – vonseiten welchen Ministeriums auch immer – Druck auf Northvolt ausgeübt worden, genau diese Unterlagen zur Verfügung zu stellen? Warum ist das nicht zur Bedingung für die Zahlung von Mitteln gemacht worden?

Sybilla Nitsch [SSW]:

Ich möchte noch einmal kurz darauf eingehen. Also, das auf Seite 9 im PwC-Gutachten ist mir natürlich durchaus bekannt – seit Monaten, wie ja festgestellt wurde. Es geht noch einmal um die Akten, die den Namen „SWOT-Analyse“ tragen. Das werden wir noch nachreichen und gegebenenfalls die Landesregierung schriftlich bitten, diese Unterlagen zu entstuften; denn es hat doch eine andere Qualität, wenn man genau diese Unterlagen einsähe. Das können Sie dann ja prüfen, oder auch wir prüfen es dann, wie damit zu verfahren ist.

Meine Frage war ja, wenn man halt diese – – Das ist nicht diese Punktaufzählung, sondern es sind dann – Sie wissen, wovon ich rede – 30, 40 Seiten Papier, die dann dementsprechend das Unternehmensrisiko und die Chancen darstellen. Also, das ist dann schon ein bisschen intensiver zu betrachten. Das müssten wir dann auch bewerten: Ist das genauso zu betrachten wie das PwC-Gutachten an sich, wo wir immer wussten, das ist Verschlussache, und wir kriegen das vom Bund nicht, oder können wir das öffentlich diskutieren? – Aber das brauchen wir jetzt nicht im Detail zu vertiefen.

Ich möchte noch einmal auf ein, zwei Risiken eingehen, die im Gutachten ganz am Ende beziffert worden sind. Das ist im PwC-Gutachten auf Seite 93, Nummern 454 und 455. – Ich suche es selber einmal heraus, damit ich es zitieren kann. Wir müssen auch noch einmal darüber sprechen, wie überhaupt die Finanzierung des Unternehmens aufgestellt ist. Sie haben gesagt, das ist alles ganz unkritisch. Auf jeden Fall sagen die Kollegen der Koalition: Das ist alles völlig plausibel et cetera. Allerdings finde ich, es ist bei der Nummer 454 zu hinterfragen – da interessiert mich, wie die Landesregierung dazu steht –, dass sich da Risiken durch die Projektfinanzierung darstellen; denn wir müssen feststellen, dass alles, was Northvolt bis dato an Produktion hatte, auf Projekten basierte und dass wir also davon sprechen müssen,

dass da ein hohes Risiko ist, die Fremdfinanzierung für Northvolt zu bekommen.

„Das Eintreten derartiger Fälle könnte potenzielle Kreditinstitute abschrecken und die notwendige Kreditaufnahme erschweren.“

Weiter geht es in Nummer 455:

„Weitere Risiken sind mit der geplanten Finanzierungsstruktur verbunden. Fremdkapitalgeber könnte abschrecken, dass Fremdkapital in der Vergangenheit ausschließlich im Zuge von Projektfinanzierungen aufgenommen wurde. Die Kapitalaufnahme auf NV AB Ebene wäre ein Novum. Zudem tragen Fremdkapitalgeber auf Ebene der NV AB ein erhöhtes Ausfallrisiko, da der Zahlungsstrom der NV AB abhängig ist von den Ausschüttungen der einzelnen Fabriken.“

Also, das sind schon Punkte, wo man sagen muss, das ist nicht so unkritisch, wenn wir das Risiko insgesamt betrachten und vor allen Dingen auch betrachten, dass wir im Laufe des Jahres 2023 schon Hinweise aus Schweden bekommen haben, dass das Projekt Skellefteå schon auf einem Weg war, die Produktionskapazität gar nicht herzugeben, als das Projekt, welches als Aushängeschild genannt wurde.

Dann möchte ich noch einmal in der Lesart der Akten aus Sicht der SSW-Fraktion ganz klar darstellen müssen, dass die Arbeitsebene Ihrer Ministerien tatsächlich sehr intensiv gearbeitet hat. Sie hat die ganze Zeit Hinweise gegeben, dass man genau die Risiken, die wir jetzt aus dem Gutachten heraus benennen, dem Landtag als Haushaltsgesetzgeber vorlegen sollte, um nicht in so ein Verfahren zu kommen, in dem wir jetzt stecken, wo wir alle extrem viel Arbeit haben und uns Misstrauen unterstellen et cetera. Das möchte ich an der Stelle noch einmal deutlich machen, dass genau diese Hinweise immer wieder in jeder Akte zu lesen sind, man solle doch diese Risikoeinschätzung auch dem Landtag zur Verfügung stellen.

Das haben wir in den letzten Sitzungen aufgearbeitet. Von daher wissen und finden wir, dass auf der Arbeitsebene der Ministerien diese Warnhinweise gegeben worden sind. Das fußt auch auf den Erläuterungen, die wir aus dem Gutachten kennen.

Julia Carstens, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Einmal zur Abgeordneten Herdejürgen: Datengrundlage. Zum Datenraum – das habe ich eben darzustellen versucht – gibt es diese Vertraulichkeitsvereinbarung zwischen Northvolt und PwC, damit PwC in einem Datenraum Zugriff auf die Daten von Northvolt hat. Auf den Datenraum haben wir keinen Zugriff. Aber was wir natürlich getan haben – ich will dem nicht vorgreifen, das werden wir sicherlich in der nächsten Sitzung dann machen –: Sie kennen die Fragen, die zu dem Gutachten gestellt wurden. Die sind natürlich gestellt worden, weil man sich an vielen Stellen Fragen gestellt hat.

Deshalb sind diese Fragen von der Fachebene erarbeitet worden; das haben wir miteinander schon festgestellt, das ist auch gut so. Die wurden in diesen Videokonferenzen miteinander besprochen. Dann sind die Erkenntnisse aus den Videokonferenzen sowohl in die Überarbeitung des PwC-Gutachtens, wie ich es eben dargestellt habe, eingeflossen als auch in die Erstellung der weiteren Unterlagen auf Landesebene, das heißt in weitere Vermerke und dann am Ende auch in die Kabinettsvorlage – wie wir es schon die letzten Male dargestellt haben. Das heißt, die Risiken, die Herausforderungen, die in diesem Gutachten benannt sind, auch das, was PwC aufschreibt – Sie haben ja zu Recht gesagt, wo vielleicht auch Dinge fehlen – sind natürlich gesehen und sind besprochen worden.

Trotzdem war es am Ende eine Abwägungsentscheidung, die das Kabinett getroffen hat. Es wurde hier schon mehrfach gesagt, dass sich die Landesregierung im Rahmen der Abwägungsentscheidung dafür entschieden hat, weil das PwC-Gutachten am Ende zu der Einschätzung kommt – die Zahlen sind mehrfach genannt worden –: 86 Prozent Rückzahlungswahrscheinlichkeit und weniger als 1 Prozent Ausfallwahrscheinlichkeit. Wir gehen davon aus, dass ein Wirtschaftsprüfer wie PwC so etwas nicht aufschreibe, wenn er sagen würde: „Ich kann das auf Grundlage der Daten nicht machen“, sondern gesagt hat: „Annahmen können getroffen werden, auch wenn die Daten an der einen oder anderen Stelle vielleicht nicht ganz vollständig waren“.

Frau Nitsch, wir müssen es, glaube ich, wirklich nicht vertiefen, aber vielleicht können Sie uns gleich im Nachgang noch einmal sagen, was Sie genau meinen; denn wir reden, glaube ich,

aneinander vorbei, wenn es um die SWOT-Analyse geht. Deshalb wäre es gut, wenn Sie uns gleich noch einmal sagten, was Sie genau mit 20, 30 Seiten meinen. Das können wir gerade nicht nachvollziehen. Vielen Dank, das wäre gut.

Im Jahr 2023 – ich glaube, die Frage haben wir auch schon öfter beantwortet – lagen uns keine Hinweise darauf vor. Die Frage wurde öfter schon gestellt: Hätte das Gutachten noch einmal aktualisiert werden müssen? – Uns lagen keine Hinweise vor, an uns sind keine Hinweise herangetragen worden, dass sich etwas an der Situation des Unternehmens geändert hat. Deshalb kann ich sagen, ist diese Frage auch gar nicht gestellt worden. Jedenfalls kenne ich nichts in den Akten, wo diese Frage von jemandem gestellt wurde, weil diese Hinweise der Landesregierung zu dem Zeitpunkt schlicht nicht vorlagen. Die Hinweise, dass es zu Problemen beim Unternehmen kommt, kamen Mitte 2024 an die Landesregierung heran.

(Wortmeldung Birgit Herdejürgen [SPD])

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Kleinen Moment. – Frau Herdejürgen, ist das eine neue Wortmeldung?

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Eine unmittelbare Nachfrage!)

– Ja, und dann kommt Herr Schrödter dran.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Dass es eine Vertraulichkeitsvereinbarung zwischen PwC und Northvolt gegeben hat, ja. Aber PwC hat in dem Gutachten ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es eben nicht die geforderten Unterlagen von Northvolt bekommen hat. Spätestens da – – Ich gehe einmal davon aus, dass das in der Entwurfsfassung des Gutachtens auch schon enthalten war. Ein Gutachter verweist ja nicht ohne Not darauf, dass ihm nicht die vollständigen Unterlagen vorgelegt werden; denn natürlich ist das eine Rückversicherung für PwC, falls am Ende diese Prognosen, diese Ergebnisse der Simulationen, doch nicht eintreffen sollten. Das macht solch ein Gutachter ja nicht ohne Grund. Spätestens da hätte man doch zumindest ein bisschen Misstrauen gegenüber Northvolt an den Tag legen können.

Dirk Schrödter, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Sie werden ja, wenn wir jetzt die Fragen veröffentlichen, sehen, dass auch zu diesem Punkt natürlich Nachfragen gestellt und diese Punkte erörtert wurden. Im Ergebnis bleibt es aber dabei, dass das, was Sie gerade beschreiben, natürlich in eine Gesamtbewertung mit einfließt, und die Gesamtbewertung findet sich ja auch im Gutachten von PwC in den entsprechenden Nummern mit den Hinweisen auf die Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Also, natürlich kann man jetzt nicht einzelne Punkte zu Datengrundlagen herausgreifen, um dann zu sagen: Die Simulationen sind völlig – So haben sie es nicht formuliert, aber: sie sind nicht tragfähig. – Das Gegenteil ist ja der Fall. Sonst hätte PwC gar keine Simulation anstellen können. Das dazu.

Das ist kritisch hinterfragt worden. Das ist noch einmal richtig beschrieben worden. Ich bin dankbar, dass das noch einmal herausgestellt wurde. Ja, die Kolleginnen und Kollegen in unseren Häusern haben sich sehr kritisch – deshalb haben Sie auch 40.000 Aktenseiten – mit dieser Frage auseinandergesetzt.

Am Ende haben wir bei dem Ergebnis trotzdem eine Abwägungsentscheidung darüber zu treffen, ob wir dieses industrielle Großvorhaben, dieses Ansiedlungsvorhaben mit den Fakten, die auf dem Tisch liegen, realisieren wollen oder nicht. Die Fakten finden sich in dem Gutachten. Die Fakten lassen sich sehr, sehr deutlich auf zwei Zahlen konzentrieren: auf die Zahl unter eins und auf die Zahl 86. Dazwischen gibt es auch noch etwas. Aber darauf lässt sich das konzentrieren.

Die Ergebnisse dieser über ein Dreivierteljahr andauernden Beratungen, Prozesse, Bewertungen entbinden uns als Landesregierung gerade nicht, eine Entscheidung zu treffen. Wir haben an dieser Stelle eine positive Entscheidung für eine industrielle Großansiedlung getroffen auf Basis dieser zwei zugespitzten Zahlen. Das will ich sehr deutlich noch einmal sagen.

Gerade weil es eine kritische Auseinandersetzung gibt, weil es eben nicht – das beweisen ja die Akten – – Anfänglich wurde ja gesagt, wir haben gar nicht hingeguckt. Die Argumentation hat sich jetzt komplett gewandelt mit: Wir hätten es ignoriert. – Gerade nicht! Wir haben den Abwägungsprozess – das findet sich auch in der Kabinettsvorlage – sehr intensiv am Ende durchgeführt und auf Basis der vorliegenden Fakten entschieden – mit dem Wissen, dass

eine Ampelkoalition in Berlin das Projekt vollständig mitentschieden hat, sie an dieser Stelle mit einem Betrag von 743 Millionen Euro in die Vorleistung gegangen ist, entschieden hat, ohne dass wir schon das abschließende Go gegeben hatten. Das ist die Situation der Landesregierung. Dafür, würde ich sagen, hat die Landesregierung insgesamt die Verantwortung für dieses Vorhaben übernommen.

Beate Raudies [SPD]:

Das passt ganz wunderbar. Herr Minister Schrödter, Sie haben gerade das schöne Bild gebracht mit: Es lag auf dem Tisch. – Das ist der Punkt, auf den ich immer wieder gerne zurückkomme: Auf dem Tisch des Landtages lag es nicht.

(Thomas Hölck [SPD]: Genau!)

Es lag auf dem Tisch der Regierung, und, das will ich gerne zugestehen, Ihre Häuser haben wirklich sehr intensiv und sehr umfassend geprüft. Am Anfang war ja die Frage, warum wir das wissen wollen. Wir wollen wissen: Was hat die Regierung gewusst, was hat sie geprüft, und was hat sie dem Landtag gesagt oder nicht gesagt? – Das waren die drei Punkte.

Deswegen auch an die Kollegen Kilian und Petersdotter: Die Argumente, Industrieansiedlung an der Westküste, Autarkie in der Batteriezellenproduktion in Europa oder was uns sonst noch an guten Argumenten für dieses Projekt einfällt, die sind alle wichtig. Trotzdem fehlte für den Landtag in der Abwägung diese eine Frage: Sind diese energiepolitischen, diese wirtschaftspolitischen, diese standortpolitischen Ziele das finanzielle, das Haushaltsrisiko von 300 Millionen wert?

(Zuruf CDU)

– Nein, die haben wir gerade nicht getroffen. Das ist ja unser Punkt. Vielleicht ist es gut, dass wir das einmal – – Die Landesregierung hat es für sich bewertet und hat entschieden: Es ist das wert. Sie stellt das große Ziel – –

(Wortmeldung Lukas Kilian [CDU])

Sie hat die Risiken gekannt, sie hat sie bewertet, und sie sagt: Es ist uns das wert, dieses Risiko einzugehen! – Dem Landtag war das Risiko nicht bekannt. Deswegen ist mein Punkt: Es lag nicht auf unserem Tisch, und wir hatten diese Möglichkeiten nicht. Sie haben uns nicht ausreichend informiert.

(Unruhe CDU)

Ich will auch noch sagen, weil es um das Thema Rückfluss und die Bewertung von Risiken ging: 86 Prozent bedeutet eine Ausfallwahrscheinlichkeit von 14 Prozent. Wenn man sich anguckt, wie Banken und Kreditinstitute solche Dinge im Gesamtblick raten – –

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

– Guckt doch mal in die Schlagzeile vom Handelsblatt, da steht nicht „Wahrscheinlichkeit Rückzahlung“, sondern da steht „Ausfallwahrscheinlichkeit“. Zitat aus den Vorbemerkungen des Gutachtens, ohne jetzt in die Details einzusteigen – das ist Textziffer 7, der vorletzte Boller –:

„Neben einer Rückführung in Form von Unternehmensanteilen besteht die Möglichkeit, die Wandelanleihe bis zum Fälligkeitsdatum (30. Juni 2028) in bar zurückzuzahlen. Die Ausübung dieser Rückzahlungsmethode wird für das Szenario erwartet, in dem kein Börsengang stattfindet.“

– Also das kleine Szenario.

„Wird die konservativere Unternehmensplanung als Ausgangspunkt für die zukünftige Zahlungsfähigkeit Northvolts gewählt, zeigt unsere Analyse, dass eine Rückzahlung aus dem generierten operativen Geschäft von Northvolt zum Fälligkeitsdatum voraussichtlich nicht möglich sein wird.“

– Das heißt, Northvolt wird nicht so viel Geld erwirtschaftet haben, dass sie aus eigenen Mitteln diese Rückzahlung leisten können. Deswegen haben Sie ja zu Recht so lange über diese Wandelanleihe diskutiert. Völlig schlüssig kommt dann der letzte Boller der Wirtschaftsprüfer, in dem es heißt:

„Allerdings halten wir es für plausibel, dass Northvolt zum Fälligkeitsdatum in der Lage sein wird, ausreichend Liquidität am Kapitalmarkt aufzunehmen ...“

(Zurufe Lukas Kilian [CDU] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wobei aber noch einmal sehr deutlich wurde, dass über das Wohl und Wehe der Rückzahlung dieser Kapitalanleihe dann am Kapitalmarkt entschieden wird und nicht mehr bei Northvolt. Es geht eben nicht um einen Start-up, wo das, wie der Kollege Petersdotter sagt, durchaus üblich ist. Es ist ein großes Start-up, es ging um viel Geld; die Beträge sind hier genannt.

(Zuruf Minister Schrödter)

– Dann mögen wir eine unterschiedliche Einschätzung und Wertung dieser Zahlen haben, Herr Minister. Wenn wir uns darauf verständigen, sind wir, glaube ich, schon einen Schritt weiter.

Ich kann so eine positive Bewertung, wie die Landesregierung sie aus den Zahlen und aus dem Gutachten getroffen hat, leider nicht nachvollziehen.

(Zuruf Minister Schrödter)

Ich hatte auch keine Gelegenheit, mir bei der Entscheidung über die Wandelanleihe ein eigenes Bild zu machen, weil ich das Gutachten noch nicht einmal kannte. Nur, um es noch mal wieder auf den Punkt zu bringen.

Dr. Bernd Buchholz [FDP]:

Mir gefällt ein bisschen die Herangehensweise des Kollegen Petersdotter. Er sagt: Was waren denn eigentlich die positiven Teile, was war positiv, und was war kritisch? – Wir hatten jetzt gerade aus meinen Fragen: Ergebnissimulationen nicht plausibilisierbar, Finanzierungssituation auf tönernen Füßen. Das endet nachher ja in der Kabinettsvorlage mit dem Satz:

„Auch die Gesamtfinanzierung ist ... nicht gesichert“.

Jetzt sagt Kollege Petersdotter, Vertriebsrisiken. – In der Tat, da sind wir bei dem einzigen Punkt. Da sind die Pay-and-Take-Verträge, die Pay-or-Take-Verträge sind ziemlich gut. Dann haben Sie gesagt: Produktqualität super. – Da zitiere ich einmal aus dem Gutachten von PwC, Randnummer 86:

„Northvolt AB hat uns gegenüber keine Einschätzung zu den Merkmalen der eigenen Produkte im Vergleich zu Wettbewerbsprodukten gegeben, da angeblich

kein Benchmarking der eigenen Produkte vorgenommen werden würde.“

Randnummer 155:

„Den Sachverhalt, dass Northvolt nach eigener Aussage kein Benchmarking der eigenen Produkte mit denen der Konkurrenz vornimmt, erachten wir jedoch als zumindest unüblich.“

Ups, was schreibt der Gutachter denn da auf? – Da sagt er: Wir können die Ergebnissituation nicht plausibilisieren, wir können die Finanzierung nicht sicher feststellen, die Produktqualität ist nicht nachweisbar, weil kein Benchmark. Auf der Basis simulieren wir jetzt ein – – Jetzt gehen wir einmal in die Reste, Herr Kollege Petersdotter, da hinein, dass dann die wesentlichen Ergebnisse – – Da wollen wir jetzt überhaupt nicht streiten.

Im Ergebnis kommt PwC ja tatsächlich zu einem positiven Ergebnis. Es geht hier darum, die Frage zu stellen: Hätte man gerade mit den 150 Fragen aus der Fachebene dieses nicht extrem kritisch hinterfragen müssen? Klammer auf: Haben Sie gemacht, sagen Sie jetzt, Frau Staatssekretärin, Sie haben nur keine Antworten bekommen. – Das ist genau das, was der Bundesrechnungshof thematisiert.

Übrigens, nur damit wir das einmal klarstellen: Sie zitieren hier immer eine Version des PwC-Gutachtens aus dem September. Sie haben gesagt, da gibt es eine Version aus dem September. Die uns übersandte Form ist vom 16. Juni. Nur, dass wir das einmal geklärt haben.

(Zuruf Staatssekretärin Carstens)

– Das steht da als Datum drin. Es gibt eine Freigabe im September. Das unterscheidet sich nicht von der Geschichte im Juni; da gibt es überhaupt keine Unterschiede. Deshalb ist das so.

Also, noch einmal: Ertragslage, Finanzierungslage, Produktsituation. Und jetzt kommt, dass der Gutachter selbst sagt: Wenn das alles gut geht – also die Pläne müssen alle gut gehen –, dann würde Northvolt innerhalb

„...von drei bis vier Jahren zu den 10 größten globalen Batteriezellanbieter gehören. Vor diesem Ausblick erscheinen die Expansionspläne ambitioniert.“

(Beate Raudies [SPD]: „Ambitioniert“!)

Meine Frage ist: Haben Sie das Wort „ambitioniert“ in der Landesregierung hinterfragt und, wenn ja, wie? – Ich entnehme den Äußerungen des Bundesrechnungshofes, dass „ambitioniert“ insoweit bedeutete, dass nach den Plänen von Northvolt die Umsatzrendite, die erzielt werden sollte, doppelt so hoch hätte gewesen sein müssen wie die eines vergleichbaren Unternehmens, das allerdings im eingeschwungenen Zustand schon permanent produziert. Also, die Prognose der ambitionierten Geschichte ist nach dem Motto, das Unternehmen hätte eine doppelt so hohe Umsatzrendite erzeugen müssen wie die von Unternehmen, die im eingeschwungenen Zustand sind, obwohl es ein Start-up ist. Das kann man in der Tat als ambitioniert bezeichnen.

Dann kommt auf der Basis in der Tat das, was die Kollegin Raudies gerade zitiert hat, nämlich die Tatsache, dass auf Grundlage dieser Zahlen Northvolt gemäß der

„Analyse zum Fälligkeitsdatum nicht in der Lage [ist], seinen eigenen Schuldendienst aus eigenen Mitteln zu decken,“

sondern Fremdkapital zuführen muss. Bitte einmal auf der Zunge zergehen lassen:

„Die Gesamtfinanzierung ... ist nicht gesichert“

– steht in der Kabinettsvorlage –, und hier steht jetzt: Kapitaldienstfähig ist das Unternehmen nicht. – Diese beiden Aussagen werden wir bei der späteren Bewertung noch einmal zusammenfließen lassen müssen. Aber das ist das Ergebnis.

Wenn Sie jetzt sagen: „Nein, das ist falsch“, dann müssen Sie begründen, warum diese beiden Annahmen falsch sind.

Dirk Schrödter, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Ich habe mich gemeldet, Herr Dr. Buchholz, weil Sie noch einmal umfassend aus dem Gutachten auch hinsichtlich der Batterien zitieren. Das will ich auch tun:

„
“

(Zuruf)

– und jetzt der entscheidende Satz:

„
“¹

Und dann geht es weiter. Das heißt, natürlich gab es eine Auseinandersetzung mit der Produktionsfrage. Erster Punkt.

Gesamtfinanzierung – nächster Punkt. Ja, das findet sich in der Kabinettsvorlage. Das findet sich genauso in der Kabinettsvorlage wie in der Vorlage an die Ausschüsse aus dem Juli 2023. Also, da ist überhaupt kein anderer Sachverhalt irgendwie dahinter gelegt worden. Das war also umfassend bekannt. Darüber ist informiert worden.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Darf ich das einmal klarstellen, Herr Vorsitzender?)

Wenn Sie jetzt über „ambitioniert“ sprechen – ich glaube, es verwundert niemanden, dass der Aufbau einer völlig neuen Batteriezellproduktion in Europa ein insgesamt ambitioniertes Vorhaben ist

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Ist es nicht!)

– doch –, dass es auch mit den Expansionsplänen insgesamt schon ein ambitioniertes Vorhaben ist. Ich glaube, das ist völlig unstrittig, und das wird Ihnen jeder sagen.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Darf ich unmittelbar dazu?)

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Einmal kurz.

Dr. Bernd Buchholz [FDP]:

Herr Minister, damit wir hier keinem Missverständnis aufsitzen: Das fehlende Benchmark

¹ Das Zitat enthält nicht öffentliche, nur für Berechtigte einsehbare Inhalte.

bezieht sich auf die Produkte, nicht auf die Produktionsabläufe. Die Aussage, die im PwC-Gutachten drinsteht, mache ich Ihnen gar nicht zum Vorwurf. Aber die ist falsch, wie sich im Nachhinein herausgestellt hat. In Nummer 88 steht zu den Produktionsabläufen der Satz:

„Prismatische Batteriezellen werden laut NV AB bereits in NV Ett erfolgreich produziert, und die erprobte Produktionstechnologie kann somit auf den Standort Heide übertragen werden.“

– Das hat sich als falsch erwiesen. Die erprobte Technologie hat nie den Wert bekommen, dass sie übertragbar gewesen wäre. Das mache ich Ihnen nicht zum Vorwurf; das können Sie nicht wissen. Das ist kein Problem.

(Unruhe bei der Landesregierung)

Aber was Sie wissen können, ist, dass für die Produkte kein Benchmark vorlag und deshalb die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte überhaupt nicht eingeschätzt werden konnte. Das ist die dritte nicht vorhandene Annahme, die Grundlage von Simulationen ist: keine Ergebnismachvollziehbarkeit, keine Finanzierungsmachvollziehbarkeit, keine Produktbenchmarks, die Vergleichbares machen. Und das – sagt der Bundesrechnungshof – reicht mit der ambitionierten Planung nicht als Entscheidungsgrundlage aus, um dafür Geld zu investieren.

Julia Carstens, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Ich will noch einmal versuchen, die Daten für das Gutachten klarzuziehen. Wir haben alle das Gutachten mit dem Datum 15. Juni. Das ist quasi die finale Version. Also, die ganz finale Version haben wir, glaube ich, im November bekommen. Allerdings da hat sich – das haben wir beim letzten Mal auch schon festgestellt – nicht mehr viel geändert. Aber zwischen der Version im Mai und der Version im Juni gibt es Unterschiede. Ich habe vorhin von September gesprochen – jetzt möge mich die Arbeitsebene korrigieren, wenn das falsch ist –, weil uns im September nach der Überarbeitung, als Sie das Gutachten im Mai bekommen haben, die Version quasi mit Stand 15. Juni geschickt wurde. Deshalb habe ich von September gesprochen. Ich wollte das nur noch einmal klarziehen, damit wir da nicht durcheinanderkommen, wann welche Änderungen vorgenommen wurden, und was ich genau meinte.

(Unruhe Dr. Bernd Buchholz [FDP])

Kianusch Stender [SPD]:

Mit Blick auf die Uhr – wir haben auch noch einen anderen Punkt – weiß ich nicht, wie lange wir das noch ziehen wollen. Ich probiere, es kurz zu machen.

Was mir noch fehlt, Frau Carstens, ist die Beantwortung meiner Frage von vorhin. Darauf sind Sie jetzt nach dem Minister nicht noch weiter eingegangen. Das war aber an Sie gerichtet, und ich habe jetzt vom Minister Schrödter und auch von Minister Madsen keine Antwort darauf bekommen. Es geht mir nach wie vor um den [Umdruck 20/4839](#) auf Seite 85, darum, warum Sie der Auffassung waren, dass die Beauftragung einer möglichen Bewertung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nicht bei Ihnen lag, sondern in der Staatskanzlei. Das hatten Sie vorhin nicht beantwortet.

Dann hatten Sie mich gerade noch einmal auf das Thema andere Bewertungen, andere Ergebnisse angesprochen. Zahlungsmodalitäten wäre ein Punkt gewesen, den man hätte transparent diskutieren können. Da fallen mir ganz viele verschiedene Möglichkeiten ein, was man machen könnte, zum Beispiel, dass man sagt, man einigt sich mit dem Bund auf eine andere Risikoverteilung, nicht 300/300, und was nicht alles. Es muss auch nicht unbedingt eine Wandelanleihe sein. Es gibt ganz viele Möglichkeiten, die wir da noch hätten diskutieren können, oder Möglichkeiten, wo man sagt: Ja, das wurde angesprochen, und das ist das Verhandlungsergebnis, aber das ist nichts, womit der Landtag dann arbeiten kann. – Aber Sie haben uns gar nicht mit einbezogen, weil Sie uns all diese Dokumente nicht zur Verfügung gestellt haben. Es kam also leider nie dazu, weil diese Risikoabwägung gegenüber dem Parlament von Ihrer Seite verschwiegen wurde.

Fakt ist auch das, was Kollegin Raudies sagte, dass es eine offene, transparente Debatte hätte geben können, die zu besseren Ergebnissen hätte führen können, Beispiel Zahlungsmodalitäten. Zur TCTF-Förderung hatten wir zum Beispiel eine vertrauliche Sitzung im Oktober 2024, aus der Sie – da da leider eine vertrauliche Sitzung angesprochen ist, kann ich nicht viel dazu sagen – aber mit einer anderen Haltung rausgegangen sind, weil wir im Ausschuss darüber gemeinsam diskutiert haben.

Ich glaube, dass man in so einer Ausschusssitzung, in der man offen darüber spricht, wo alle

auch dieselbe Entscheidungsgrundlage haben, gemeinsam noch über andere Möglichkeiten hätte beraten können.

Aber noch einmal: Über all diese Dinge können wir jetzt im Nachhinein gerne philosophieren, es ist allerdings der falsche Zeitpunkt. Der richtige Zeitpunkt wäre gewesen, Frau Carstens, dass wir das vor der Entscheidung zur Wandelanleihe machen. Und da haben uns all diese Dinge nicht vorgelegen.

Julia Carstens, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Okay. Ich will jetzt gar keine Rückfrage mehr stellen, aber dass Sie jetzt sagen: andere Möglichkeiten zur Wandelanleihe. – Also, dass es eine Wandelanleihe gibt und die Modalitäten der Wandelanleihe, dazu möchte ich einmal festhalten, dass die Landesregierung darüber sehr früh informiert hat und wir darüber auch im Ausschuss gesprochen haben. Wir haben auch über die Aufteilung gesprochen: Wer geht wann ins Risiko? – Auch das haben wir miteinander besprochen.

Aber ich will das gar nicht mehr aufmachen. Sie haben jetzt Ihren Punkt gemacht; von mir aus können wir es dabei bewenden lassen. Ich habe die Aussage immer noch nicht verstanden, aber das ist in Ordnung.

Was den anderen Punkt angeht, den Sie angesprochen haben, so bitte ich um Entschuldigung, weil ich mir die Frage so konkret vorhin gar nicht notiert habe. Die muss wohl an mir vorbeigegangen sein.

Sie sprechen jetzt meine E-Mail an, aus der Sie gerade nicht ganz zitiert haben; so will ich es mal sagen. Minister Schrödter hat sie gerade aufgerufen; er kann vielleicht noch einmal zitieren, was ich genau in dieser E-Mail geschrieben habe. Aber es ging natürlich darum, und er hat es vorhin dargestellt, warum aus der Staatskanzlei die Anregung kam, noch einmal drauf zu schauen, weil in dem Moment die Kabinettsvorlage eine andere war und anders aussah. Deshalb haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, so wie wir es ja auch die ganze Zeit gemacht haben: Wir haben schon geprüft, und zu dem Ergebnis sind wir dann auch miteinander am Ende des Tages gekommen. – Deshalb sah ich nicht die Aufgabe bei uns im Wirtschaftsministerium, eine weitere Prüfung anzuschreiben. Deshalb habe ich diese E-Mail so geschrieben.

Aber wenn wir dürfen, würde der Minister vielleicht, weil er die E-Mail gerade vorliegen hat und ich nicht, noch einmal sagen, was ich genau geschrieben habe.

Dirk Schrödter, Minister und Chef der Staatskanzlei:

In gut sortierten Akten findet sich alles.

(Beate Raudies [SPD]: Aktenordnung ist alles!)

Ich will noch einmal zwei Bemerkungen machen. An der ersten Stelle Ihrer Bemerkung, glaube ich, drehen wir uns im Kreis, weil wir das letzte Mal sehr deutlich gemacht haben, dass wir transparent gemacht haben, dass es ein Gutachten gibt. Das ist ja auch jetzt in den Wortprotokollen alles festgehalten. Darüber haben wir diskutiert. Wir haben mit der Vorlage im Januar deutlich gemacht, dass es einen Risikozins gibt. Wir haben den Gutachter präsentiert. Also, dass das alles irgendwie an Ihnen vorbeigelaufen ist, das kann man nicht sagen.

Dann würde ich sagen, gucke ich noch einmal den zweiten Punkt an, den Sie angesprochen haben. Da ging es darum, dass genau geschrieben wurde:

„Das läge dann nach meiner Auffassung in der StK ...“

Das bezieht sich auf die Frage: Beauftragt man? – Diese Frage, die nach eingehender Abwägung – das habe ich vorhin dargestellt – nicht mehr relevant und notwendig erschien, ist allein darauf zurückzuführen, dass wir mit einem Beratungsunternehmen in dem gesamten Kontext eine Zusammenarbeit hatten. Das wissen Sie auch, weil wir dazu auch Vorlagen gemacht haben. Deshalb war die kurze Überlegung, ob man diesen Gutachter heranziehen könnte. Das hat sich aber – das wissen Sie, weil auch das in den Akten steht und sich eine Seite weiter sozusagen in den Unterlagen findet – als nicht möglich herausgestellt. Wir haben dann weiter diskutiert und sind dann zu der Auffassung gekommen, dass uns eine zusätzliche Beauftragung keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn bringt. Das habe ich vorhin ausgeleuchtet.

Tobias Koch [CDU]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich diese Diskussion so anschaut, glaube ich, kommen wir immer wieder zum Kern zurück. Das grundlegende Problem bei diesem Gutachten

wie bei jedem anderen Gutachten ist, dass es sich um eine Entscheidung unter Unsicherheit handelt. Wir haben eben keine Zahlen, Daten, Fakten vorliegen, die mit hundertprozentiger Sicherheit so in der Zukunft eintreten werden. Das ist nie möglich, das gibt es nicht. Deswegen muss man immer mit Annahmen und Prognosen arbeiten.

Wenn eine bessere Zahlenbasis von Northvolt geliefert worden wäre, dann wären das ja auch nur Annahmen gewesen. Es wären die Annahmen von Northvolt gewesen, die sie uns geliefert hätten, und dann hätte der Gutachter überprüft, wie plausibel die Annahmen sind, die Northvolt selber getroffen hat. Jetzt war die Zahlenbasis von Northvolt schlecht, also ist der Gutachter hingegangen. Deswegen haben wir oder der Bund extra einen Gutachter beauftragt.

(Kianusch Stender [SPD]: Das heißt, Sie haben keinen beauftragt!)

– Der Bund hat den Gutachter beauftragt, und dann geht der Gutachter hin und sagt: „Wenn die Zahlenbasis schlecht ist, dann gucken wir selber, welche Prognosen, welche Annahmen man treffen kann“, und simuliert das im Ganzen. Wenn Northvolt Zahlen für das 150-Gigawatt-Szenario vorlegt und der Gutachter zu dem Schluss kommt, das lässt sich hochskalieren auf 250 Gigawatt, dann wäre das genauso gut oder so schlecht, als wenn Northvolt die Zahlen für 250 Gigawatt vorgelegt hätte, und der Gutachter hätte das überprüft und gesagt: Ja, das passt zu den Zahlen zu 150, das ist hochskaliert. – Es ist immer nur eine Annahme, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir hätten nie die hundertprozentige Sicherheit gehabt.

Jetzt versucht die FDP, zumindest die Kollegin Krämer, ja sehr deutlich, so diese Story zu schreiben: Unter Kenntnis dieser Zahlen hätten wir nicht zugestimmt. – Da haben wir vorhin schon festgestellt, das ist eine sehr schneidige Behauptung, wenn man sieht: FDP-geführtes Bundesfinanzministerium damals, wenn man sich das Verhalten der FDP-Bundestagsabgeordneten im Haushaltsausschuss des Bundestages anschaut. Das hat dort überall keine Bedenken hervorgerufen.

Bei der SPD ist die Story ein bisschen anders. Deswegen will ich darauf noch einmal zurückkommen. Da wird immer noch dieses Mantra von besserer Entscheidung vertreten, um sich nicht festlegen zu müssen, ja oder nein. Ich habe es jetzt so verstanden, mit „besserer Entscheidung“ wäre gemeint gewesen, Sie hätten

noch intensiver diskutiert, hätten noch mehr Fragen gehabt und hätten versucht, an den Details, an den Modalitäten noch etwas zu ändern, zu sagen: Mensch, da sind ja gewisse Risiken; da müssen wir die Auszahlungsmodalitäten noch mal verändern; da haben wir noch Anpassungsbedarf.

Da würde ich Sie fragen: Glauben Sie tatsächlich, zu einem Zeitpunkt, zu dem Bundesregierung mit SPD-Bundeskanzleramt, Haushaltsausschuss des Bundestages mit SPD-Abgeordneten im Haushaltsausschuss, nachdem die alle schon durch waren, wir ja nur der Rückbürge sind, uns also im Grunde freuen, dass der Bund hier in Schleswig-Holstein investiert, und wir uns jetzt nur beteiligen sollen, dass wir oder die SPD-Fraktion damit Erfolg gehabt hätte zu sagen: „Lieber Olaf Scholz, wir müssten noch ein paar Details ändern; so wie ihr es im Augenblick konzipiert habt, geht es nicht!“? – Ich halte das für wenig realistisch.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Wir werden es nie erfahren!)

Deswegen komme ich auch nach dieser ganzen Debatte zum Ergebnis, wenn das Gutachten – – Insofern ist es wirklich tragisch, dass das Gutachten damals nicht vorgelegen hat, dass es die Landesregierung nicht vorgelegt hat und dass es auch niemand verlangt hat; denn wenn es vorgelegen hätte, dann hätten wir diese ganzen Diskussionen heute nicht, weil wir alle auf Basis dieses Gutachtens damals zugestimmt hätten.

(Sybilla Nitsch [SSW]: Nein! – Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Nein, vielleicht im Finanzausschuss!)

Dann wäre alles klar gewesen, und dann hätten wir zwar alle gemeinsam gesagt: „Mensch, war vielleicht nicht die ganz gute Entscheidung“, aber wir hätten genauso entschieden, wenn das Gutachten vorgelegen hätte.

Denn wir hätten natürlich die Risiken gesehen, aber wir hätten trotzdem mit all den Argumenten, die die Kollegen Petersdotter und Kilian genannt haben – mit der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung, mit Batterieproduktion für Europa und für unser Land, mit Investitionen in Schleswig-Holstein – genauso entschieden, wohlweisend, dass damit ein Risiko verbunden ist. Alles andere ist, glaube ich, einfach Besserwisseri,

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Das werfen Sie dann auch Frau Reiche und dem Bundesrechnungshof vor!)

heute zu sagen, dass wäre in Kenntnis dieses Gutachtens anders ausgegangen.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Lauter Besserwisser im Bundesrechnungshof!)

– Das ist nicht glaubwürdig, Herr Kollege Buchholz.

Michel Deckmann [CDU]:

Zuallererst: Ich teile die Einschätzung der Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss: Es ist schade, dass das Gutachten nicht vorher bekannt war; denn dann hätte man das, was ich jetzt sage, auch schon sagen können.

Zunächst möchte ich zu dieser Entrüstung über die Zitate in dem Sinne, dass die Wandelanleihe aus dem generierten operativen Geschäft voraussichtlich nicht finanzierbar und nicht rückzahlbar ist, eines klarstellen. Ich frage mich: Welches Unternehmen und welche Organisation macht das in einem Start-up-Verfahren beziehungsweise ist im Start-up-Level bereit, 600 Millionen Euro – hierüber reden wir: 600 Millionen Euro – im Jahr 2028,

(Beate Raudies [SPD]: 600 Millionen!)

bei einer Situation, wo im Jahr 2024/25 noch nicht mal Gewinne erwirtschaftet worden sind, direkt aus dem generierten operativen Geschäft zurückzuzahlen? Es ist meines Erachtens ganz regulär, normal, dass dieses Geld über den Kapitalmarkt aufgenommen wird und entsprechend dann die Wandelanleihe zurückgezahlt wird.

Das ist ein übliches Verfahren bei Start-ups. Das ist nichts Außergewöhnliches. Das möchte ich hier einmal klarstellen.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Es ist schön, dass das wörtlich protokolliert wird!)

Ich glaube, ehrlicherweise, das wissen die Kolleginnen und Kollegen auch.

(Beate Raudies [SPD]: 600 Millionen sind ja wohl kein gewöhnliches Start-up!)

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Können wir trotzdem den Kollegen Deckmann weiterreden lassen?

Michel Deckmann [CDU]:

Nein. Frau Kollegin Raudies, weil Sie gerade sagen, 600 Millionen sind kein übliches Start-up: Da stimme ich Ihnen zu. Ich habe darüber gesprochen, dass die 600 Millionen Euro von Northvolt bis ins Jahr 2028 als Liquiditätsüberschuss aus dem laufenden operativen Geschäft hätten erwirtschaftet werden müssen. Ich halte dies für sämtliche Unternehmen, die in einem Start-up-Verfahren sind, egal, in welcher Größe, erst einmal für sehr sportlich.

Dann haben wir über die Datengrundlage gesprochen, die mit Unsicherheiten verbunden ist, insbesondere beim Thema Finanzierungs- und Schuldendienst, dass die Datenlage ausbaufähig gewesen wäre. – Da stimme ich zu.

Ich gebe gleichzeitig zu bedenken: Finanzierung und Schuldendienst wie eine Prognose als Unternehmen aufzustellen, während gleichzeitig über Milliardeninvestitionen, Wandelanleihen gesprochen wird, halte ich erst einmal für herausfordernd. Und genau unter dieser Prämisse hat PwC tatsächlich die richtige Ausgangslage genommen und hat eine Monte-Carlo-Simulation durchgeführt, die genau dafür da ist, unsichere Datengrundlagen zumindest mit Eintrittswahrscheinlichkeiten zu versehen und Szenarien zu ermitteln. Nur so kann das bei einem Start-up am Ende des Tages erfolgen. Es sind 20.000 Szenarien berechnet worden. Dies halte ich grundsätzlich schon einmal für eine sehr gute Ausgangslage.

Am Ende des Tages kann man alles mit einem Satz zusammenfassen, und zwar direkt ganz am Anfang: PwC hält eine Rückzahlung der Wandelanleihe inklusive Zinsen für sehr plausibel, mit mindestens 86 Prozent vollständige Rückzahlung. – Das ist meines Erachtens eine gute Ausgangsgrundlage gewesen.

(Unruhe Dr. Bernd Buchholz [FDP])

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Der Kollege Buchholz hat gerade gesagt, er war von meiner Argumentation so begeistert. Ich habe es jetzt ein bisschen hyperbolisch ausgedrückt. Aber bei einem Punkt haben Sie sich gestört gefühlt, nämlich bei meinen Ausführungen

zur Produktqualität. Ich bin mir ziemlich sicher, dass ich dazu überhaupt nichts gesagt habe. Sollte sich das im Wortprotokoll bewahrheiten, freue ich mich über eine Tüte Lakritz.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Ich will aber einmal darauf eingehen: Es wurde eben schon die Nummer 130 und irgendwas genannt, aber auch die Nummer 154, die besagt – ich zitiere, also auch im Gutachten –:

„Insgesamt schätzen wir das gegenwärtige Produktportfolio von Northvolt als technisch wettbewerbsfähig ein. Dementsprechend gehen wir ebenfalls davon aus, dass die in Heide zu produzierenden Zellen ebenfalls technisch wettbewerbsfähig sein werden.“

Ich finde, das kommt zu der Frage der Produktqualität in der Bewertung auf der Grundlage des Gutachtens unbedingt dazu.

Dazu kommt auch, dass es nicht nur um PwC geht. Im PwC-Gutachten wird auch immer wieder Bezug genommen auf andere Quellen, auf die KfW, auf das Bundeswirtschaftsministerium, auf Linklaters, auf Morgan Stanley, beispielsweise bei der Kapitalmarktfähigkeit, damit es nicht immer reduziert wird auf ein Unternehmen, das allerdings auch – das wurde hier mehrfach gesagt – von hoher internationaler Bedeutung und Glaubwürdigkeit ist.

Dazu will ich sagen, dass die Frühfinanzierung von Innovationsprojekten Standard ist. Auch das spielt meiner Auffassung nach in der Bewertung eine Rolle; und es handelte sich hierbei um eine solche Frühfinanzierung. Deswegen war es umso richtiger, auch von der Landesregierung, dass es hier eine Zweckbindung gegeben hat; denn wenn es die zum Beispiel nicht gegeben hätte, dann hätten wir hier eine lange Debatte darum geführt. Aber dass ganz klar in den Verträgen festgelegt wurde: „Ja, wir machen eine Frühfinanzierung für ein Start-up, aber es ist zweckgebunden für Northvolt in Heide für den Bau einer Batteriezellproduktion“, das war sehr weitsichtig und richtig.

Ich frage mich manchmal: Wovon ging man denn in der Belastbarkeit aus bei Nichtwissen um das Gutachten? Also, was war die Annahme auch seitens der Opposition, wie belastbar die Zahlen eines Start-ups in diesem Stadium sind? Denn ich glaube, ein für uns alle in der Nachvollziehbarkeit relevanter Faktor war das bestehende Werk von Northvolt in Schweden, das

seit 2021 produziert hat – nicht in großen Stückzahlen, wo wir im Nachhinein vieles wissen, was man aber zu dem Zeitpunkt nicht wissen konnte.

Ein Bewertungskriterium, das man, glaube ich, auch noch hineinnehmen kann, wenn man die Zahlen als nicht ausreichend empfand: Sind nicht viele der faktischen Probleme erst nach der Entscheidung, gerade wenn wir auf die internationalen Märkte und so weiter schauen, entstanden?

Dann würde ich auch einmal widersprechen: Ich hatte nicht die Erwartung, dass die Rückzahlung eines Start-ups von dann 600 Millionen Euro aus Eigenkapital zu erfolgen hat. Für mich war wichtig, dass das Geld zurückgezahlt wird. Aber dass das beispielsweise auch über die Kapitalmärkte oder so ermöglicht wird, da hätte ich jetzt keine Zweifel gehabt. Das hätte ich logisch gefunden, wäre für mich auch okay gewesen. Ich hatte nicht die Erwartung, dass ein Start-up in der Phase aus dem Eigenkapital zahlt. Wenn sie das hätten tun können, wäre es auch fein gewesen. Aber das war für mich an der Stelle nicht das Bewertungskriterium.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Ich weise einmal darauf hin, dass es inzwischen 12:46 Uhr ist. Ich habe noch die Wortmeldungen von Lukas Kilian, Bernd Buchholz und Sibylla Nitsch.

(Peer Knöfler [CDU]: Sag die Temperatur dazu!)

– Die Temperatur liegt bei 29,3 Grad.

Lukas Kilian [CDU]:

Und trotzdem keine Schweißperlen auf der Stirn, ja. – Ich möchte einmal zu den Kollegen Raudies und Buchholz etwas sagen. Frau Raudies, Sie sagen: Uns waren die Risiken gar nicht bekannt. – Also wir wissen, es gibt ja Dokumente, die immer noch als vertraulich eingestuft sind, beispielsweise vertrauliche Sitzungen Wirtschaftsausschuss, Finanzausschuss und Ähnliches, wo wir uns gerade über das Instrument der Wandelanleihe sehr intensiv ausgetauscht haben, gefragt haben: Wieso Wandelanleihe? Was ist der Hintergrund einer Wandelanleihe? Welche Eigenkapitalmöglichkeiten gibt es? Und, und, und.

Ich muss sagen, wenn man zugestimmt hat und sich jetzt diesen ganzen Prozess anschaut,

dann, finde ich – ich habe das für meine Person sehr deutlich gesagt –, gehört auch eine Portion Selbstkritik dazu. Wenn man für sich jetzt zu dem Schluss kommt: „Mir war gar kein Risiko bewusst, aber ich konnte über eine Wandelanleihe abstimmen“, dann muss ich sagen, das trägt in der Argumentation nicht durch.

(Beate Raudies [SPD]: Das war auch nicht meine Argumentation, aber das macht nichts!)

Denn natürlich ist ein Risiko da. Wenn es einen Risikoaufschlag gibt, genannt Zins, dann lassen wir uns das sogar bezahlen,

(Beate Raudies [SPD]: Auf jeden Fall!)

weil wir das bewertet haben.

Dementsprechend finde ich: Man kann mit jedem streiten, welche Fehler er gemacht hat. Ich für meinen Teil habe auch gesagt, wir hätten durchaus auch sagen können: Wir wollen ein Gutachten sehen und nicht nur mit einem Gutachter sprechen. – Aber jetzt so zu tun, als ob eine Wandelanleihe und alles ein komplett risikoloses Geschäft ist und eine derartige Unternehmensansiedlung hier einfach nur einen Haken von uns braucht, und dann läuft der ganze Laden, das finde ich, vereinfacht es erheblich.

Auf der anderen Seite, Frau Raudies, finde ich es fast charmant, dass Sie jetzt die falsche Überschrift des Handelsblatts zitieren, wo uns das Gutachten doch vorliegt. Die Überschrift des Handelsblatts sagt: „14 Prozent Ausfallrisiko“.

– Der Kollege Petersdotter hat eben noch einmal sehr deutlich dargestellt, wie das Ausfallrisiko ist: 86 Prozent Rückzahlungswahrscheinlichkeit, vollständig, inklusive Zinsen – 86 Prozent! Mal rein ketzerisch gesagt: Das sind Werte, über die sich der eine oder andere SPD-Vorsitzende freuen würde.

(Unruhe SPD)

Dann haben wir 88 Prozent Rückzahlungswahrscheinlichkeit für 90 Prozent, also für das Ausfallrisiko von 10 Prozent haben wir 88 Prozent.

(Beate Raudies [SPD]: Wissen Sie, was die Sparkasse dann für Zinsen nimmt, für solche Ausfallrisiken?)

– Ja, wir haben dafür auch Zinsen genommen. Frau Raudies, wir haben dafür auch Zinsen genommen. In den vertraulichen Diskussionen – auch das wäre ein Part, wo man sich selbstkritisch hinterfragen kann – hat der eine oder andere auch gefragt: Wie viel kriegen wir denn dann, wenn die Rückzahlung stattfindet? Wie läuft das mit den Zinsen? – Also, wir haben vielleicht alle zu sehr auf das Klappen geschaut und zu wenig auf das Nichtklappen. Aber das gehört doch zur Fehlerkultur dazu, dass man sich auch selbstkritisch hinterfragt, ob wir damals nicht einfach nur die Dollarzeichen in den Augen gehabt und gedacht haben: Wir kriegen hier eine tolle Wirtschaftsansiedlung, und wir kriegen sogar noch den Zins ausbezahlt!

Dann haben wir das Thema Benchmarking, Herr Kollege Buchholz. Das ist ein Punkt, den Sie da haben. Das ist ein Punkt, dass man sagt: Es ist unüblich, dass es keinen Benchmark für das Produkt gibt. – Aber auch da ist Ihre Darstellung natürlich lückenhaft; denn das beste Benchmarking für ein Produkt ist, wenn man Kunden hat, und wir haben Kunden, die einen Take-or-Pay-Vertrag hatten, und zwar nicht irgendeinen Kunden. Es war jetzt nicht irgendwie, keine Ahnung, der Gebrauchtwagenhändler, der gesagt hat: „Falls ich mal Batterien in Gebrauchtwagen einbauen muss, dann nehme ich euch 500 im Jahr ab!“, sondern es waren riesige Autokonzerne, die gesagt haben: „Wir bestellen nach Take-or-Pay-Verträgen“.

Take-or-Pay heißt: Ich nehme das Produkt ab oder bezahle es auf jeden Fall. – Solche Verträge sind geschlossen worden. Deswegen jetzt zu sagen, dass das Produkt in einem Benchmarking nicht bewertet worden ist – – Das kann man kritisieren, definitiv. Man darf dabei aber dann – das macht das Ganze dann nur seriös – nicht vergessen zu bewerten, dass es ganz viele gibt, die schon bereit waren, Verträge abzuschließen und zu sagen: Ich kaufe das Ding.

Am Ende ist es mir wichtiger, einen Kunden zu haben, der sagt: „Ich kaufe das Ding“, anstatt einen Gutachter, der sagt: „Im Benchmarking, finde ich, ist die Batterie irgendwie zwischen Platz eins und Platz zwei“. Denn wenn Platz 1 und Platz 2 unbezahlbar sind und man deswegen keine Kunden findet, bringt einem das gar nichts. Deswegen auch da: komplette Argumentation.

(Lukas Kilian [CDU] stößt die vor ihm stehende Wasserflasche um.)

– Tut mir leid, Herr Petersdotter, Sie haben eine kleine Überschwemmung.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Vielleicht ist die Abkühlung ja ganz willkommen.

Dr. Bernd Buchholz [FDP]:

Kollege Kilian, Sie können versuchen, so zu argumentieren. Sie kommen nicht umhin, festzustellen, dass es hier nicht um normale Risiken eines Start-up-Unternehmens geht. Hier geht es nicht darum, dass der Finanzausschuss über irgendetwas zu entscheiden hatte, was eine normale Förderung eines Start-ups war, sondern hier ging es um eine Rückbürgschaft für eine Beteiligung an einem Unternehmen in einer Größenordnung von 600 Millionen Euro – neben einer Förderung mit einem Finanzierungsmodell, das wir jetzt ordnungspolitisch noch einmal ganz kurz betrachten wollen, Herr Kollege Deckmann.

Die Wandelanleihe wird deshalb als Instrument gewählt, weil man über die Wandelanleihe Northvolt AB das Geld gibt, das AB dann an Northvolt Drei gibt, wo es, nachdem es oben Fremdkapital ist, unten als Eigenkapital gelten kann – mit dem Ergebnis, dass in Northvolt Drei in Deutschland für das Gesamtinvestment von 4,9 Milliarden Euro von Northvolt selbst genau 60 Millionen Euro drinstecken. Das sind ungefähr 1,5 Prozent. Oder anders ausgedrückt: Sie haben auf einer Grundlage von: „Das unternehmerische Risiko der deutschen Aktivitäten soll zu 95 Prozent in der öffentlichen Hand liegen“, eine Entscheidung getroffen und das auf der Basis eines Gutachtens, das erhebliche Risiken aufgezeigt hat. Das ist nicht ein Thema, Herr Kollege – das werden wir notfalls feststellen lassen, Herr Kollege Kilian –, das wie jedes andere Förderthema behandelt werden kann.

(Unruhe CDU)

Da gilt auch nicht, dass der Landtag von sich aus sagen muss: „Gebt uns mal ein Gutachten“, von dem wir nichts wissen, sondern da ist es eine Bringschuld der Regierung, die entsprechenden Risiken in einer Abwägung mit den Dingen auch so darzustellen.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Ich habe ja die Entsperrung und die Einstufung der entsprechenden Unterlagen festgestellt. Sie werden erleben, und alle in der Öffentlichkeit werden es sehen, dass diese vier Umdrucke

und die entsprechenden Protokolle sich pur auf Technik, auf Verwaltungsvereinbarungen und mit keinem Wort auf irgendwelche besonderen Risiken beziehen. Das ist mehr als fahrlässig von der Landesregierung. Das ist etwas, was wir gegebenenfalls an anderer Stelle noch einmal feststellen lassen wollen.

Ich habe zum Schluss nur noch eine klitzekleine Bemerkung zu machen und eine klitzekleine Frage. Das betrifft die Rolle von PwC als solche. Die Landesregierung hat in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von mir gesagt, dass ihr die Rolle von PwC auch als Berater von Northvolt AB nicht bekannt gewesen ist; jetzt erst im Sommer oder im Frühjahr des Jahres 2025. Meine Frage ist: Ist Ihnen nicht aufgefallen, dass im PwC-Gutachten ganz vorne bei der Frage, woher PwC eigentlich seine Informationen gesammelt hatte, als Informationsgeber PwC Strategy& steht?

Ich sage jetzt mal, mit Ihrer Logik, wie Sie uns sagen, dass wir aus einer Anmerkung in einem Umdruck hätten schließen müssen, dass es ein PwC-Gutachten gab, sage ich Ihnen, hätten Sie aus der Erwähnung von Strategy& sehen müssen, dass es parallel dazu eine inhaltliche Beratung von Northvolt AB durch PwC gegeben hat. Das behaupte ich nicht. Das behaupte ich nicht; aber dann dürfen Sie auch nicht weiter behaupten, wir seien ordentlich informiert worden über die Vorlage oder über das Vorhandensein eines PwC-Gutachtens.

Sybilla Nitsch [SSW]:

Ich möchte das jetzt nicht hinauszögern, aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass ich auf die Ziffern 454 und 455 hingewiesen hatte in Bezug auf das Risiko, was das Fremdkapital und die Projektfinanzierung angeht. Ich hatte darum gebeten, einmal von der Landesregierung zu hören, wie da die Einschätzung ist, weil das doch schon als ein erhebliches Risiko einzuschätzen ist.

Eine andere Sache – dann vielleicht eine Reaktion auf Herrn Deckmann –: Grundsätzlich ist es ja schön, dass Sie hier immer die Rückzahlungen über Unternehmensanteile mit den 86 Prozent hervorheben. Wenn wir uns aber noch einmal in die Zusammenfassung begeben – das ist unter Punkt 7 –, dann geht es ja auch darum, wenn man das konservativ angeht – ich bin immer noch der Meinung, dass wir mit diesem Gutachten nur eine Grundlage für das 150-Gigawattstunden-Szenario haben –, wird ganz deutlich – das wird ja auch geschrieben –,

„dass eine Rückzahlung aus dem generierten operativen Geschäft von Northvolt zum Fälligkeitsdatum voraussichtlich nicht möglich sein wird.“

Das ist eine Ausgangslage, wo ich finde, dass sie hier insgesamt mit den Reaktionen heruntergespielt wird.

Ich bin auch erstaunt darüber, liebe CDU-Kollegen, dass Sie immer noch den Glauben haben, dass in Heide ein großer Berg versetzt wird, wenn man dieses Gutachten kennt. Das muss ich an der Stelle auch noch einmal ganz deutlich sagen.

Dann noch eine abschließende Frage – das habe ich vielleicht auch nicht deutlich genug formuliert – an die Landesregierung. Ich habe auf die Arbeitsebene hingewiesen, die in unseren Augen wirklich sehr, sehr sorgfältig gearbeitet hat, auch im Sinne des Landtags, nämlich diese Warnhinweise zu geben: Geben Sie alles an die Abgeordneten beziehungsweise den Landtag, damit das Risiko wirklich vollumfänglich einzuschätzen ist! – Damit man eben nicht in diese Situation kommt. Wir haben bis heute keine Antworten darauf, warum Sie diese Hinweise übergangen haben.

Denn das hätte in unserer Lesart bedeutet, dass diese Hinweise auch dazu hätten führen sollen, dass das PwC-Gutachten – unter anderem – vorgelegt wird. Das beantworten Sie nicht. Sie gehen immer wieder darüber hinweg, dass diese Warnhinweise – Sie sagen, ja, Sie haben sich unterhalten und haben das abgewogen – sich durch alle Akten ziehen, wenn wir das im Detail untersuchen. Das ist für mich schon ein Punkt.

Wie gesagt, wir können da die Arbeitsebene nicht genug loben, weil das auch in unserem Sinne gewesen wäre. Dazu erwarte ich auf Dauer eine Erklärung, auch wenn Sie dafür vielleicht noch ein bisschen brauchen.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Jetzt frage ich noch einmal bei der Regierung nach. Die Randnummern 454 und 455 sind noch einmal konkret angesprochen worden. Ich hatte es vorhin so verstanden, Frau Nitsch, dass Sie sagten, das kann auch später gemacht werden.

(Sybilla Nitsch [SSW]: Nein, das war ein anderer Punkt!)

– Okay, gut. Und zur letzten Frage: Wer möchte?

Julia Carstens, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Ich würde mit der letzten Frage starten, wenn das in Ordnung ist. Frau Nitsch, in der Tat, ich hatte vorhin daraus keine konkrete Frage gehört. Deshalb hatten wir die nicht beantwortet. Aber wenn Sie jetzt noch einmal konkret nachfragen – das geht so ein bisschen in Richtung der Frage des Abgeordneten Stender, die wir am Anfang beantwortet haben –: Wo ist denn in der Landesregierung der Beschluss zur Nichtvorlage von Unterlagen getroffen worden? – Diesen Beschluss gibt es nicht, oder jedenfalls ist er mir nicht bekannt.

(Kianusch Stender [SPD]: Habe ich auch nicht gefragt!)

Wenn Sie ihn in den Akten finden, teilen Sie uns diesen Beschluss gerne mit. Das heißt: Niemand hat entschieden, etwas nicht vorzulegen. So will ich das sagen.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Ist das ein Versäumnis?)

Dann kann ich direkt an das anschließen, was wir auch schon mehrfach gesagt haben, nämlich dass wir einräumen und das auch schon mehrfach getan haben, dass die Risiken und Chancen den Ausschüssen gegenüber besser hätten verschriftlicht werden können und dass man es beim nächsten Mal sicherlich auch anders machen würde. Darüber wurde heute in der Sitzung schon mehrfach ausführlich gesprochen. Da werden wir in der Zukunft sicherlich auch zu einem gemeinsamen Modus kommen.

Lukas Kilian [CDU]:

Ich bin ja immer interessiert an Zitaten. Herr Kollege Dr. Buchholz, wo findet sich dieser Punkt, den Sie eben gerade angesprochen haben, dass PwC am Anfang des Gutachtens darauf hinweist, dass Datengrundlage und Quelle PwC ist? – Das können Sie mir auch gleich so zurufen.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Suche ich Ihnen heraus!)

Meine zweite Frage. Ich habe das in der letzten Sitzung schon gesagt. Wir sitzen vor der Entscheidung mit einem PwC-Gutachter zusammen, befragen den PwC-Gutachter, und die Opposition meint ernsthaft immer noch, dass Ihnen nicht bekannt ist, dass es ein PwC-Gutachten gab? – Denn ich meine: Was soll denn der PwC-Gutachter bei der Fragestellung gemacht haben? – Ich habe, glaube ich, das letzte Mal scherzhaft gefragt, ob die die Luftreinheit in Dithmarschen überprüft haben.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Das muss die Landesregierung wissen, und Sie hat auf meine Kleine Anfrage falsch geantwortet! – Weitere Zurufe)

– Nee. Der Punkt ist doch, wenn wir einen PwC-Gutachter haben – das ist jetzt meine Frage an Sie alle, die Sie für sich beantworten müssen –: Finden Sie es falsch, so wie ich es falsch finde, nicht nach dem Gutachten gefragt zu haben, oder lehnen Sie sich zurück und sagen: Nein, ich musste gar nichts von dem Gutachten wissen? Es war irgendwie merkwürdig, dass jemand von PwC bei uns saß und irgendwas über das Projekt erzählt hat, aber dass ich dadurch auf die Idee kommen könnte, dass es vielleicht ein Gutachten gibt, und dass ich dann nach diesem Gutachten frage – – Also gibt es dieses Maß an Selbstkritik bei Ihnen oder nicht?

(Beate Raudies [SPD]: Eine Nebelkerze!)

Dr. Bernd Buchholz [FDP]:

Auf die Frage von Herrn Kilian kann ich nur sagen: PwC-Gutachten Seite 16, hier steht: Termine mit entsprechenden Unternehmungen zur Herstellung – – Seite 14: Termine, die stattgefunden haben, um Fragen zu klären und Informationen zu generieren mit Northvolt AB, PwC und Strategy& – zum Markt, zum Produkt, zu sonst irgendwas. Der Informationsgeber war im Wesentlichen PwC selbst.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Tobias Koch [CDU]:

Ich habe mich noch einmal als Replik auf die Kollegin Nitsch gemeldet, die auf den Kollegen Deckmann eingegangen ist. Der Kollege Deckmann hat zur Rückzahlung in Aktien gar nichts gesagt, sondern es ging um Eigenkapital, weil das Gutachten ja sagt: Es ist nicht zu erwarten, dass die Rückzahlung aus dem operativen Geschäft erfüllt werden kann. – Darin meinen Sie jetzt ein Problem zu erkennen, Sie sagen: Das

wäre die große Warnung gewesen, es ist nicht zu erwarten aus operativem Geschäft, da hätte man doch vorsichtig sein müssen!

(Zuruf Sybilla Nitsch [SSW])

Zu glauben, dass es einem Unternehmen, das hier eine Milliardeninvestition tätigt, innerhalb von drei Jahren, 2028, gelingt, so viel Geld zu verdienen, dass es aus diesen Gewinnen heraus die 600 Millionen zurückzahlen kann, das ist doch aber keine realistische Annahme, die man überhaupt haben kann. Sondern es muss natürlich darum gehen, zu sagen: Ihr seid in drei Jahren so weit, dass ihr die 600 Millionen, die ihr vom Staat bekommen habt, dann wieder von privaten Kapitalgebern am Kapitalmarkt finanzieren könnt, weil ihr dann ein etabliertes Unternehmen und kein Start-up mehr seid, und deswegen findet ihr entsprechende private Kapitalgeber, die euch wie jedes andere Unternehmen finanzieren. Deswegen könnt ihr dann die staatliche Wandelanleihe zurückzahlen.

Man kann doch nicht ernsthaft glauben, dass sie in den zwei Jahren so viele Gewinne machen, dass sie das aus eigenen erwirtschafteten Gewinnen zurückzahlen können.

(Zuruf Dr. Bernd Buchholz [FDP])

Wenn das die Erwartungshaltung von Anfang an gewesen wäre, dann hätte man wahrscheinlich in der Tat nicht zustimmen können. Es ist doch keine realistische Annahme, dass sie so viele Gewinne innerhalb kürzester Zeit erwirtschaften.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Nach den Regeln, die ihr euch selbst gesetzt habt! Aber dazu kommen wir noch!)

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Einmal: Auch ich finde solche Doppelrollen bei Strategieberatungsfirmen und so weiter immer hochproblematisch. Ich habe auch erst durch die Spiegel-Berichterstattung erfahren, dass es hier eine Doppelrolle gab. Wir kennen das ja von Ernst & Young und so weiter. Das ist, glaube ich, eine politische Diskussion, die man führen muss.

Ich sehe aber nicht, dass man aus dem Gutachten, so wie Sie das im Nachhinein herauslesen, hätte herauslesen können, dass hieraus von PwC und Strategy& – erst einmal ist das

scheinbar ein eigener Name – ein Mandat für Northvolt ausgeführt wird. Das lese ich nicht.

(Zurufe Dr. Bernd Buchholz [FDP] und
Lukas Kilian [CDU])

– Ich will nur einmal sagen, dass ich das daraus nicht lese.

Ich will einmal an die Zeit erinnern; wir sind jetzt ja gerade am Ende. Aber in der Zeit, in der wir diese Debatten in der Ausschusssitzung geführt haben, auch im November, oder in der öffentlichen Debatte – nicht in der Ausschusssitzung; ich glaube, daraus darf ich nicht zitieren, aber –, in der öffentlichen Debatte ging es sehr viel im Kern darum: Darf man die TCTF-Förderung aus Notkreditmitteln finanzieren und so weiter? – Das war der Fokus.

Alle waren begeistert von dem Projekt. Der Einzige, den ich in der Zeit in Gesprächen wahrgenommen habe, der nicht begeistert war, war Ulf Christen von den Kieler Nachrichten. Der hat immer schon gesagt: Nee, erinnert euch an Motorola! – Das ist derjenige, woran ich mich erinnere. Aber ansonsten wollten alle dieses Projekt. Das finde ich noch einmal für den Gesamtkontext sehr wichtig. Die Debatte war eher: Wie kriegen wir noch mehr Regionalbüros nach Heide und so weiter und so fort? – Ich finde, das gehört in den Kontext – weil ich ja immer wieder auf den Kontext verweise – als letzter Handlungsstrang auch noch dazu.

Beate Raudies [SPD]:

Ich wollte nur noch einmal auf den Kollegen Kilian eingehen. Diese Nebelkerze hat er in der letzten Sitzung bereits geworfen. Nun ist die Frau Schäfer heute nicht da. Aber Frau Schäfer hat sich in der letzten Sitzung ausdrücklich auf die gemeinsame Sitzung im Januar 2024 bezogen, in der abgestimmt wurde, und hat da noch einmal sehr eindeutig klargestellt, wonach sie gefragt hat und was sie da zu hören erwartet hat. Insofern ist zu dem Punkt, wer wann wem was hätte erzählen müssen, eigentlich alles gesagt worden.

Die Landesregierung hat den Landtag nicht über die Risiken informiert. – Das bleibt, egal, was Sie hier anderes versuchen.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Sybilla Nitsch [SSW]:

Ich habe ja meine Nachfrage jetzt noch einmal gestellt. Wenn Sie jetzt nicht antworten können, nehmen wir das einfach mit in die nächste Sitzung. Ich habe gemerkt, dass das irgendwie Irritationsmomente ausgelöst hat. Dann können wir das da vielleicht noch einmal aufgreifen.

Aber insgesamt, ich möchte das auch noch mal kurz benennen und Frau Raudies darin unterstützen, dass das definitiv so war. Das werden wir in den Wortprotokollen auch noch einmal nachlesen, was Frau Schäfer vom Landesrechnungshof angeht. Ich kann mich sehr deutlich an die Ausschusssitzung erinnern. Das wurde verneint. Das haben wir in vielen Debatten auch festgestellt. Dementsprechend muss man das auch noch einmal festhalten.

Wie gesagt – das ist für heute mein Abschlusskommentar –: Ich bin immer noch erstaunt über die Kollegen aus der Koalition, dass sie immer noch daran glauben und dass sie immer noch meinen, dass das die richtige Grundlage war.

Dann möchte ich auch zu bedenken geben, weil wir auch darüber gesprochen haben, was die Bürger draußen denken und was die reden, dass man einfach eben einmal 300 Millionen Euro lockermacht – was natürlich nicht der Fall ist; das muss ich an der Stelle auch festhalten: Es ist doch so, wenn man sich das Zuwendungsrecht und kleine Vereine anguckt, wenn die eine Förderung von der Landesregierung bekommen wollen, dann müssen die sonst was nachweisen, also jeden kleinsten Bon und Zettel und alles Mögliche bestätigen und so. Das ist ja auch immer die Realität, die bei den Bürgern ankommt. Das müssen wir aufklären. Das ist einfach der Grundsatz dieser Debatte. Ich finde, es gehört dazu, dass man nicht über diese Risiken einfach so rübergeht und sagt: Das ist alles ganz normal. – Es sind keine normalen Risiken gewesen.

Ich möchte auch daran erinnern – das hat mein Kollege Harms damals auch bekanntgegeben und infrage gestellt –, dass es damals so war, dass diese Unternehmensansiedlung als eine Notsituation tituliert wurde und wir insgesamt in der Kritik standen, dass das über Notkreditmittel finanziert werden sollte. Das ist in der Historie vielleicht noch einmal zu betrachten, dass das keine unkritische Sache ist.

So, dann freue ich mich auf die nächsten Debatten. Beim nächsten Tagesordnungspunkt können wir das ja noch einmal erörtern.

Dirk Schrödter, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Ich hatte mich in der Tat schon vor etwas längerer Zeit gemeldet. Ich hatte versucht, ein bisschen das aufzuklären, was Frau Nitsch gefragt hat. Vielleicht war es nicht deutlich genug. Gerne nehmen wir natürlich das Angebot an, wenn jetzt noch etwas unklar bleibt, dass wir vielleicht bilateral schnell irgendwie im Nachgang klären, was wir an der Stelle besser beantworten können.

Aber was die Nummern 454 und 455 angeht, die im Gutachten auch sozusagen bestimmte Herausforderungen, Risiken benennen, die im Zusammenhang mit der Realisierung des Projekts stehen: Ist Bewusstsein da, dass da eine Projektfinanzierung für einzelne Werke dahinter liegt? Wie sieht das mit der Finanzierungsstruktur für einzelne Tochterunternehmen aus? Was passiert mit der Mutter? Was passiert mit der Zahlungsbereitschaft?

Es ist ja erst einmal ein positives Zeichen, dass diese Risiken im Gutachten benannt werden, und es stellt doch überhaupt nicht infrage, was in Nummer 453 und davor benannt wurde, nämlich dass Northvolt über ausreichend Zugang zum Kapitalmarkt verfügen wird, um zum betreffenden Zeitraum die Wandelanleihe zurückzuführen. Das ist doch die Kernaussage in Nummer 453. Und dass das auch noch mal mit bestimmten Herausforderungen gespiegelt wird, das ist normal.

Es gibt eben keine Nummer 456, in der steht, dass die Risiken und Herausforderungen aus Nummern 454 und 455 das Ergebnis der Nummer 453 infrage stellen. Das ist der Gesamtkomplex. Es ist völlig in Ordnung, dass das aufgeschrieben wird. Das ist natürlich in eine Gesamtbewertung mit eingeflossen, ja.

Dr. Bernd Buchholz [FDP]:

Nur, damit wir hier auch noch einmal die Äußerungen von Herrn Koch und Herrn Deckmann einsortieren: Es geht in Nummer 453 des Gutachtens nicht um die Rückzahlung der Wandelanleihe, sondern es geht um die Bedienung des Schuldendienstes, also um die Kapitaldienstfähigkeit des Unternehmens.

(Tobias Koch [CDU]: Schuldendienst und Rückzahlung von Zinsen!)

– Schuldendienst ist das, was im Fälligkeitszeitpunkt an konkreten Schuldenlasten zu bedienen ist.

(Tobias Koch [CDU]: Durch Zahlung von Zinsen!)

Bei dem laufenden Betrieb und den Planungen, so wie sie vorlagen, war Northvolt nach dem, was der Gutachter feststellt, zum Zeitpunkt der Endfälligkeit der Wandelanleihe nicht in der Lage, seinen Schuldendienst aus eigenen Mitteln aufzunehmen – Punkt.

(Beate Raudies [SPD]: So ist es! – Tobias Koch [CDU]: Ja!)

Heißt: Ja, wir vertrauen darauf, dass das Unternehmen zu diesem Zeitpunkt in der Lage sein wird, mit Fremdkapital seine Schulden zu bezahlen.

(Beate Raudies [SPD]: So attraktiv ist das!)

Jetzt, Kollege Koch – ach nein, das mache ich jetzt nicht; das mache ich später einmal, das will ich mir nicht nehmen. – Das steht hier. Hier steht, dass der Schuldendienst aus eigenen Mitteln nicht gedeckt werden könnte. – Dann überprüfen wir zukünftig mal, was in Ihren eigenen internen Themen so drinsteht, was ein Unternehmen, um mit einer Bürgschaft ausgestattet zu werden, eigentlich alles erfüllen muss.

Dirk Schrödter, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Also, ich will die Nummer doch noch einmal vorlesen, damit es auch wirklich für jeden hörbar und aktenfest und auch noch einmal protokollfest ist:

„Auf Grundlage der prognostizierten Zahlungsströme Northvolts erachten wir die Aufnahme von Liquidität in Höhe der fälligen KfW-Rückführungssumme am Kapitalmarkt zum Fälligkeitsdatum als möglich.“

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Möglich!)

– Ja, das ist bei Wahrscheinlichkeitsrechnungen so, Herr Dr. Buchholz.

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Nicht wahrscheinlich, sondern möglich!)

– Aus Ihrer Historie, auch in Unternehmen, wissen Sie, wie entsprechende Anleihen getilgt werden und dass das nicht immer aus eigenem, also unternehmensinternen Cashflow, aus operativen Überschüssen der Fall ist. Das dürften Sie wahrscheinlich als Mitglied in unterschiedlichen Vorständen mit beschlossen haben, dass solche Finanzierungslogiken existieren. Wenn nicht, können Sie sagen, dass Sie das nie beschlossen haben – könnten Sie auch im Ausschuss sagen.

„Zwar wird Northvolt gemäß unserer Analyse ...“

– so und so – und dann kommt in der Tat noch einmal ein ganz, ganz interessanter Hinweis:

„..., jedoch soll zu diesem Zeitpunkt bereits ein positiver operativer CF (rd. [REDACTED] im Jahr 2028) generiert werden.“

Das – –

(Dr. Bernd Buchholz [FDP]: Das war geschwärzt! – Heiterkeit SPD – Unruhe)

– Oh!

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Wir können doch Herrn Schrödter ausreden lassen.

Dirk Schrödter, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Nein! Das ist geschwärzt. Ich bitte, das nicht ins Protokoll zu übernehmen. – Aber das macht, glaube ich, deutlich – ich abstrahiere ein wenig –, das Gutachten macht sehr deutlich, dass an dieser Stelle ein Unternehmenshochlauf möglich ist und dieser Unternehmenshochlauf es dem Unternehmen ermöglichen wird, ausreichend Liquidität am Kapitalmarkt aufzunehmen, um die Rückführung der KfW-Summen zu ermöglichen. – Herzlichen Dank.

Ansonsten entschuldige ich mich natürlich für das Zitieren aus einer Passage, die zu zitieren mir nicht zugestanden hätte.

Vorsitzender Claus Christian Claussen:

Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen auf der Liste.

Wir beiden als Vorsitzende haben uns schon mal abgestimmt. Wir sind ja noch nicht am Ende der Gesamtberatung, würde ich mal so einschätzen. Wir müssen das fortsetzen. Wir werden versuchen, die Tagesordnungen der beiden Ausschüsse irgendwie abzustimmen, um dann zügig zu einer Fortsetzung der Sitzungen zu kommen. Das dürfte aber vor der Sommerpause nach meiner Einschätzung schwierig sein. Dann müssten wir unmittelbar danach fortsetzen.

Ansonsten haben wir keine weiteren Wortmeldungen. Abstimmen müssen wir auch nichts mehr. Dann sind wir mit TOP 1 zu Ende.

² Das Zitat enthält nicht öffentliche, nur für Berechtigte einsehbare Inhalte.

2. Bericht der Landesregierung zur Berichterstattung eines Übernahmeangebots für Northvolt

Antrag des Abgeordneten Kianusch Stender (SPD) und der Abgeordneten Beate Raudies (SPD)

[Umdruck 20/4944](#)

(Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 Landesverfassung und § 17 Absatz 2 Geschäftsordnung nicht öffentlich und vertraulich beraten)

Abgeordneter Stender bittet mit Verweis auf Presseberichte, wonach es für Northvolt gemäß Angaben des schwedischen Insolvenzverwalters ein Übernahmeangebot eines ausländischen, vermutlich nicht schwedischen Investors gegeben habe, um einen Bericht der Landesregierung, inwieweit diese in die Vorgänge involviert sei. Nach Presseinformationen gebe es mittlerweile fünf Kaufinteressenten. Informationen, die den Übernahmeprozess gefährden könnten, seien in vertraulicher Sitzung zu beraten, doch sollten so viele Informationen wie möglich in öffentlicher Sitzung bereitgestellt werden.

Wirtschaftsminister Madsen spricht sich für eine vollständig nicht öffentliche Beratung aus, solange kein Kaufangebot unterzeichnet sei.

Der Tagesordnungspunkt wird von 13:20 bis 13:40 Uhr in nicht öffentlicher und vertraulicher Sitzung beraten.

3. Verschiedenes

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Claus Christian Claussen, informiert über die Themen der nächsten, zusätzlichen Wirtschaftsausschusssitzung am 16. Juli 2025, 11 Uhr: Gespräch zum Thema Bäderbahn, [Umdruck 20/4850](#), Thema Hafeninfrastruktur, [Drucksache 20/3176](#), Ausbau der Strecke Elmshorn–Pinneberg, Bahnhof Flensburg-Weiche, [Drucksachen 20/1587](#) und 20/1737, Terminplanung 2026 und Zeitraum der Informationsreise nach Lettland.

Der Wirtschaftsausschuss bittet die Geschäftsführerin, bis zur nächsten Sitzung die Möglichkeit eines Besuchs der Messe Husum Wind 2025 – 16. bis 19. September – durch den Wirtschaftsausschuss, gegebenenfalls mit auswärtiger Sitzung, zu klären und verständigt sich darauf, hierüber in der Sitzung am 16. Juli 2025 zu entscheiden.

Wirtschaftsstaatssekretärin Carstens nimmt Bezug auf die Zusage der Landesregierung bezüglich der Entschwärzung von Dokumenten und fragt, ob angesichts dieser Zusage die für den kommenden Freitag geplante Sitzung des Parlamentarischen Einigungsausschusses entfallen könne. – Abgeordneter Stender sagt eine zeitnahe Rückmeldung in dieser Angelegenheit zu.

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Claus Christian Claussen, schließt die Sitzung um 13:42 Uhr.

gez. Claus Christian Claussen
Vorsitzender

gez. Svenja Reinke-Borsdorf
Geschäfts- und Protokollführerin